

Referentenentwurf

des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen

A. Problem und Ziel

Am 2. Juli 2019 ist die Richtlinie (EU) 2019/904 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (Richtlinie (EU) 2019/904) in Kraft getreten. Ziel der Richtlinie ist es, die Auswirkung von solchen Kunststoffprodukten, die besonders häufig als Abfall an europäischen Stränden gefunden wurden, zu verringern. Dadurch sollen die Umwelt und die Meere vor dem negativen Einfluss von Kunststoffen und insbesondere Mikroplastik geschützt werden. Gleichzeitig soll der Verbrauch limitierter Primärressourcen insgesamt verringert und eine kreislaforientierte Bewirtschaftung von Kunststoffe erreicht werden. Die Richtlinie (EU) 2018/851 zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle (Richtlinie 2008/98/EG) ist am 4. Juli 2018 in Kraft getreten. Sie enthält u.a. in Artikel 8a verschiedene Ergänzungen im Bereich der erweiterten Herstellerverantwortung.

Ziel des Gesetzentwurfs ist es, bestimmte Vorgaben aus der Richtlinie (EU) 2019/904 sowie Artikel 8a der geänderten Richtlinie in Bezug auf Verpackungen 2008/98/EG in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/62/EG in deutsches Recht umzusetzen.

Daneben werden einzelne Vorschriften aktualisiert und angepasst, insbesondere um den Vollzug des am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Verpackungsgesetzes weiter zu vereinfachen und zu verbessern.

Mit dem Gesetzentwurf wird eine weitere ökologische Fortentwicklung des Verpackungsgesetzes angestrebt. Durch die Novellierung sollen zugleich das Ressourcenmanagement und die Ressourceneffizienz in Deutschland weiter verbessert werden. Linie des Gesetzentwurfs ist es, die neuen Vorgaben der EU-Richtlinien – unter Beibehaltung der teilweise über das bestehende EU-Rechts hinausgehenden deutschen Umwelt- und Ressourcenschutzstandards – möglichst weitgehend „eins zu eins“ in das nationale Recht zu integrieren.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden bestimmte Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/904 in deutsches Recht umgesetzt (soweit diese nicht insbesondere in der Einwegkunststoffverbotsverordnung, der Einwegkunststoffkennzeichnungsverordnung oder für Berichtspflichten im Umweltstatistikgesetz umgesetzt sind oder werden). Im Wesentlichen erfolgt die Umsetzung im Verpackungsgesetz, daneben werden einzelne Vorgaben auch im Kreislaufwirtschaftsgesetz und im Wasserhaushaltsgesetz umgesetzt.

Außerdem werden die Vorgaben über die erweiterte Herstellerverantwortung gemäß Artikel 8a der Richtlinie 2008/98/EG im Verpackungsgesetz umgesetzt, soweit sie sich auf die Hersteller von Verpackungen beziehen.

Daneben werden einige Aktualisierungen, Anpassungen und Änderungen vorgenommen, insbesondere um den Vollzug des Verpackungsgesetzes zu vereinfachen und verbessern.

Der Gesetzentwurf stärkt die Vermeidung von Abfällen und dient der langfristigen Förderung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft. Folgende Elemente sind hervorzuheben:

- Anknüpfend an die neuen EU-Vorgaben wird die Getrenntsammlung bestimmter Verpackungsabfallströme verbessert.

- Zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und eines funktionierenden Rezyklatmarktes wird im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2019/904 erstmals ein verpflichtender (Mindest-)Rezyklatanteil für bestimmte Verpackungen vorgeschrieben.

- Um die bereits bestehenden und gut funktionierenden Sammelsysteme für Verpackungsabfälle zu unterstützen, werden die Informationspflichten gegenüber den Endverbrauchern verpackter Produkte ausgeweitet. Daneben werden weitere Maßnahmen für eine verbesserte Transparenz der Abfallbewirtschaftung ergriffen.

- Die Durchsetzung der im Verpackungsgesetz normierten und durch diesen Gesetzentwurf erweiterten Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung wird im Bereich des Versandhandels - insbesondere aus dem Ausland - verbessert. Dabei werden erstmals auch digitale Marktplätze und Fulfillment-Dienstleister als Adressaten solcher Pflichten aufgenommen.

- Die Abfallvermeidung als oberstes Ziel eines ökologisch sinnvollen Umgangs mit Verpackungen wird insbesondere im Bereich von Einwegkunststoffverpackungen im Lebensmittelbereich gestärkt.

Mit dem Gesetzentwurf wird die ökologisch sinnvolle Fortentwicklung des Verpackungsgesetzes im Einklang mit den Anforderungen aus den EU-Richtlinien angestrebt, mit der im Bereich von Verpackungen das Ressourcenmanagement verbessert und die Ressourceneffizienz gesteigert werden sollen. Der Gesetzentwurf verfolgt weitgehend das Ziel, die neuen Vorgaben der EU-Richtlinien möglichst „eins zu eins“ in das nationale Recht zu integrieren, ohne dabei hinter die teilweise über das Unionsrecht hinausgehenden deutschen Umwelt- und Ressourcenstandards zurückzufallen oder die leistungsfähigen und langjährig etablierten Sammlungs- und Verwertungssysteme im Bereich des Verpackungsabfalls in ihrer Funktionalität zu stören.

C. Alternativen

Keine. Die Umsetzung der europäischen Richtlinienvorgaben ist zwingend. Darüber hinaus dienen die neuen Regelungen der Erreichung der Ziele der Bundesregierung im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz. Ebenso unterstützt der Gesetzentwurf die wirkungsvolle und erfolgreiche Fortsetzung des bisher durch das Verpackungsgesetz eingeschlagenen Weges hin zur Reduzierung des Ressourceneinsatzes für Verpackungen und einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft mit geschlossenen Stoffkreisläufen.

Auf anderer Ebene kann eine gleichwertige Fort- und Weiterentwicklung des Umwelt- und Ressourcenschutzes nicht erreicht werden.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es sind keine zusätzlichen Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Aus den neuen und geänderten Vorgaben des Entwurfs ergeben sich ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in Höhe von insgesamt rund 11,3 Mill. Euro jährlich sowie Entlastungen der Wirtschaft in Höhe von insgesamt rund -35,8 Mill. Euro.

Der Gesetzentwurf setzt weitgehend unionsrechtliche Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/904 und der Richtlinie 2008/98/EG „eins zu eins“ in nationales Recht um. Für den insoweit anfallenden Erfüllungsaufwand wird kein Anwendungsfall der One-in, one-out Regel für neue Regelungsvorhaben der Bundesregierung (siehe Kabinettsbeschluss vom 25. März 2015) begründet.

Soweit über die „eins zu eins“-Umsetzung hinausgegangen wird, entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand, sodass hier kein Anwendungsfall der One-in, one-out Regel besteht.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Aufgrund von geänderten und neu eingeführten Informationspflichten ist von Bürokratiekosten als Teil des Erfüllungsaufwandes in Höhe von 36,5 Mill. Euro auszugehen.

Insgesamt entsteht ein einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 13 Mill. Euro.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht insgesamt ein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 248 Tsd. Euro. Für die Bundesverwaltung und dort überwiegend bei der Zentralen Stelle entsteht ein jährlicher Erfüllungsaufwand von 6 Tsd. Euro. Für die Länder entsteht ein jährlicher Aufwand von etwa 242 Tsd. Euro. Auf Bundesebene entsteht zudem ein einmaliger Erfüllungsaufwand in Höhe von 11 Tsd. Euro.

F. Weitere Kosten

Das Gesetz führt neben dem Erfüllungsaufwand nicht zu weiteren Be- oder Entlastungen. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau insgesamt, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen¹⁾²⁾

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Verpackungsgesetzes

Das Verpackungsgesetz vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom [einsetzen: Datum der Ausfertigung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Verpackungsgesetzes] [einsetzen: Fundstelle im BGBl.] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Abschnitt 1 wird folgende Inhaltsübersicht vorangestellt:

„Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Abfallwirtschaftliche Ziele

§ 2 Anwendungsbereich

§ 3 Begriffsbestimmungen

§ 4 Allgemeine Anforderungen an Verpackungen

§ 5 Beschränkungen des Inverkehrbringens

§ 6 Kennzeichnung zur Identifizierung des Verpackungsmaterials

Abschnitt 2

Inverkehrbringen von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen

§ 7 Systembeteiligungspflicht

§ 8 Branchenlösung

-
- 1) Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/851 vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle (ABl. L 150 vom 14.6.2018, S. 109) sowie der Richtlinie (EU) 2019/904 vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1).
 - 2) Dieses Gesetz wurde notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

§ 9 Registrierung

§ 10 Datenmeldung

§ 11 Vollständigkeitserklärung

§ 12 Ausnahmen

Abschnitt 3 Sammlung, Rücknahme und Verwertung

§ 13 Getrennte Sammlung

§ 14 Pflichten der Systeme zur Sammlung, Verwertung und Information

§ 15 Pflichten der Hersteller und Vertreiber zur Rücknahme und Verwertung

§ 16 Anforderungen an die Verwertung

§ 17 Nachweispflichten

Abschnitt 4 Systeme

§ 18 Genehmigung

§ 19 Gemeinsame Stelle

§ 20 Meldepflichten

§ 21 Ökologische Gestaltung der Beteiligungsentgelte

§ 22 Abstimmung

§ 23 Vergabe von Sammelleistungen

Abschnitt 5 Zentrale Stelle

§ 24 Errichtung und Rechtsform; Stiftungssatzung

§ 25 Finanzierung

§ 26 Aufgaben

§ 27 Registrierung von Sachverständigen und sonstigen Prüfern

§ 28 Organisation

§ 29 Aufsicht und Finanzkontrolle

§ 30 Teilweiser Ausschluss des Widerspruchsverfahrens und der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage; Widerspruchsbehörde

Abschnitt 6 Getränkeverpackungen

§ 30a Mindestzyklatanteil bei bestimmten Einwegkunststoffgetränkeflaschen

§ 31 Pfand- und Rücknahmepflichten für Einweggetränkeverpackungen

§ 32 Hinweispflichten

Abschnitt 7

Verbrauchsminderung bestimmter Einwegverpackungen

§ 33 Mehrwegalternative für bestimmte Einwegkunststoffverpackungen und für Einweggetränkebecher

§ 34 Erleichterungen für kleine Unternehmen

Abschnitt 8

Schlussbestimmungen

§ 35 Beauftragung Dritter

§ 36 Bußgeldvorschriften

§ 37 Einziehung

§ 38 Übergangsvorschriften

Anlage 1 (zu § 3 Absatz 1) Verpackungskriterien und -beispiele

Anlage 2 (zu § 3 Absatz 7) Schadstoffhaltige Füllgüter im Sinne von § 3 Absatz 7

Anlage 3 (zu § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2) Anforderungen, unter denen der in § 5 Absatz 1 Satz 1 festgelegte Schwermetallgrenzwert nicht für Kunststoffkästen und -paletten gilt

Anlage 4 (zu § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4) Anforderungen, unter denen der in § 5 Absatz 1 Satz 1 festgelegte Schwermetallgrenzwert nicht für Glasverpackungen gilt

Anlage 5 (zu § 6)

Anlage 6 (zu § 18 Absatz 1a)“.

2. Dem § 1 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Von den jährlich erstmals in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffgetränkeflaschen, einschließlich ihrer Verschlüsse und Deckel, mit einem Füllvolumen von bis zu 3,0 Litern sind ab dem 1. Januar 2025 mindestens 77 Masseprozent und ab dem 1. Januar 2029 mindestens 90 Masseprozent zum Zwecke des Recyclings getrennt zu sammeln; ausgenommen davon sind Einwegkunststoffgetränkeflaschen nach § 30a Absatz 2.“

3. In § 2 Absatz 2 Satz 2 wird nach der Angabe „§ 17 Absatz 2 und 3,“ die Angabe „§ 19 Absatz 2,“ eingefügt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird die Angabe „652/2014 (ABl. L 189 vom 27.6.2014“ durch die Angabe „2019/1381 (ABl. L 231 vom 6.9.2019“ ersetzt.

b) Nach Absatz 4 werden folgende Absätze 4a und 4b eingefügt:

„(4a) Einwegkunststoffverpackungen sind Einwegverpackungen, die ganz oder teilweise aus Kunststoff bestehen.

(4b) Einwegkunststofflebensmittelverpackungen sind Einwegkunststoffverpackungen, also Behältnisse wie Boxen mit oder ohne Deckel, für Lebensmittel, die

a) dazu bestimmt sind, unmittelbar vor Ort verzehrt oder zum Verzehr mitgenommen zu werden,

b) in der Regel aus der Verpackung heraus verzehrt werden und

c) ohne weitere Zubereitung wie Kochen, Sieden oder Erhitzen verzehrt werden können;

keine Einwegkunststofflebensmittelverpackungen in diesem Sinne sind Getränkeverpackungen, Getränkebecher, Teller sowie Tüten und Folienverpackungen, wie Wrappers, mit Lebensmittelinhalt.“

c) Nach Absatz 14 wird folgender Absatz 14a eingefügt:

„(14a) Bevollmächtigter ist jede im Geltungsbereich dieses Gesetzes niedergelassene natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die ein Hersteller ohne Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes beauftragt hat, in eigenem Namen sämtliche Aufgaben wahrzunehmen, um die Herstellerpflichten nach diesem Gesetz zu erfüllen.“

d) Nach Absatz 14a werden folgende Absätze 14b und 14c eingefügt:

„(14b) Elektronischer Marktplatz ist eine Website oder jedes andere Instrument, mit dessen Hilfe Informationen über das Internet zur Verfügung gestellt werden und die oder das es Vertreibern, die nicht Betreiber des Marktplatzes sind, ermöglicht, Waren in eigenem Namen in Verkehr zu bringen. Betreiber eines elektronischen Marktplatzes ist jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die einen elektronischen Marktplatz unterhält und es Vertreibern ermöglicht, über diesen Marktplatz Waren in Verkehr zu bringen.

(14c) Fulfilment-Dienstleister ist jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die im Rahmen einer Geschäftstätigkeit mindestens zwei der folgenden Dienstleistungen für Vertreter im Geltungsbereich dieses Gesetzes erbringt: Lagerhaltung, Verpacken, Adressierung und Versand von Waren, an denen sie kein Eigentumsrecht hat. Post-, Paketzustell- oder sonstige Frachtkverkehrs-dienstleister gelten nicht als Fulfilment-Dienstleister.“

e) In Absatz 15 Nummer 2 werden die Wörter „Artikel 3 des Gesetzes vom 25. November 2015 (BGBl. I S. 2092“ durch die Wörter „Artikel 124 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)“ und werden die Wörter „(EG) Nr. 295/2008 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 13)“ durch die Wörter „(EU) 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)“ ersetzt.

f) Folgender Absatz 21 wird angefügt:

„(21) Kunststoff ist ein Werkstoff bestehend aus einem Polymer nach Artikel 3 Nummer 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. EU L 396 vom 30.12.2006, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/507 (ABl. EU L 110 vom 8.4.2020, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, dem möglicherweise Zusatzstoffe oder andere Stoffe zugesetzt wurden und der als Hauptstrukturbestandteil von Endprodukten fungieren kann; ausgenommen sind Werkstoffe aus natürlichen Polymeren, die nicht chemisch modifiziert wurden.“

5. In § 4 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 nach dem Wort „so“ die Wörter „zu entwickeln,“ eingefügt.
6. Dem § 5 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Beschränkungen des Inverkehrbringens von Verpackungen nach § 3 der Einwegkunststoffverbotsverordnung vom [einsetzen: Datum der Verkündung und Fundstelle im BGBl.] in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.“
7. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Rücknahme“ die Wörter „vor dem Inverkehrbringen“ eingefügt.
 - bb) Satz 4 wird aufgehoben.
 - b) In Absatz 2 Satz 3 werden nach dem Wort „über“ die Wörter „; der Hersteller nach Absatz 1 Satz 1 bleibt jedoch zusätzlich selbst zur Registrierung gemäß § 9 verpflichtet“ eingefügt.
 - c) Folgender Absatz 7 wird angefügt:

„(7) Hersteller dürfen systembeteiligungspflichtige Verpackungen nicht in Verkehr bringen, wenn sie sich mit diesen Verpackungen entgegen Absatz 1 nicht an einem System beteiligt haben. Vertreiber dürfen systembeteiligungspflichtige Verpackungen nicht zum Verkauf anbieten und Betreiber eines elektronischen Marktplatzes dürfen das Anbieten von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen zum Verkauf nicht ermöglichen, wenn sich die Hersteller mit diesen Verpackungen entgegen Absatz 1 nicht an einem System beteiligt haben. Fulfilment-Dienstleister dürfen keine der in § 3 Absatz 14c Satz 1 genannten Tätigkeiten in Bezug auf systembeteiligungspflichtige Verpackungen erbringen, wenn sich die Hersteller mit diesen Verpackungen entgegen Absatz 1 nicht an einem System beteiligt haben; umfasst die Tätigkeit eines Fulfilment-Dienstleisters das Verpacken von Waren in systembeteiligungspflichtige Versandverpackungen, so gilt der Vertreiber der Waren, für den der Fulfilment-Dienstleister tätig wird, hinsichtlich der Versandverpackungen als Hersteller nach Absatz 1 Satz 1.“
8. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Die Pflichten nach § 15 Absatz 4 gelten für den Hersteller entsprechend.“
 - b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
9. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Angabe „§ 7 Absatz 1 Satz 1“ und das Wort „systembeteiligungspflichtigen“ gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „E-Mail-Adresse“ durch die Wörter „die europäische oder nationale Steuernummer“ ersetzt.
 - bb) Nach Nummer 1 werden folgende Nummern 2 und 3 eingefügt:

„2. im Falle einer Bevollmächtigung: Name, Anschrift und Kontaktdaten des Bevollmächtigten wie nach Nummer 1;

3. im Falle einer Bevollmächtigung: die schriftliche Beauftragung durch den Hersteller;“

cc) Die Nummern 2 bis 4 werden die Nummern 4 bis 6.

dd) In der neuen Nummer 5 werden nach dem Wort „Kennnummer“ die Wörter „und E-Mail-Adresse“ eingefügt und werden die Wörter „, einschließlich der europäischen oder nationalen Steuernummer des Herstellers“ durch die Wörter „; im Falle einer Bevollmächtigung die gleichen Angaben zum Bevollmächtigten“ ersetzt.

ee) In der neuen Nummer 6 wird das Wort „systembeteiligungspflichtigen“ gestrichen.

ff) Nach der neuen Nummer 6 werden folgende Nummern 7 und 8 eingefügt:

„7. Angaben zu den Verpackungen, die der Hersteller in Verkehr bringt, aufgeschlüsselt nach systembeteiligungspflichtigen Verpackungen gemäß § 3 Absatz 8, Verpackungen gemäß § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 und Einweggetränkeverpackungen, die gemäß § 31 der Pfandpflicht unterliegen;

8. Erklärung, dass sämtliche Angaben nach diesem Absatz der Wahrheit entsprechen.“

gg) Die bisherigen Nummern 5 und 6 werden aufgehoben.

hh) Folgender Satz wird angefügt:

„Hersteller nach § 7 Absatz 1 Satz 1 haben darüber hinaus eine Erklärung abzugeben, dass sie ihre Rücknahmepflichten durch Beteiligung an einem oder mehreren Systemen oder durch eine oder mehrere Branchenlösungen erfüllen; im Falle einer vollständigen Übertragung der Systembeteiligungspflicht gemäß § 7 Absatz 2 auf einen oder mehrere Vorvertreiber haben sie stattdessen zu erklären, dass sie nur bereits systembeteiligte Serviceverpackungen in Verkehr bringen.“

c) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „und 4“ durch die Angabe „, 2, 6 und 7“ ersetzt.

d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „systembeteiligungspflichtige“ gestrichen.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „anbieten“ die Wörter „und Betreiber eines elektronischen Marktplatzes dürfen das Anbieten von Verpackungen zum Verkauf nicht ermöglichen“ eingefügt.

cc) Der folgende Satz wird angefügt:

„Fulfillment-Dienstleister dürfen keine der in § 3 Absatz 14c Satz 1 genannten Tätigkeiten in Bezug auf Verpackungen erbringen, wenn die Hersteller dieser Verpackungen entgegen Absatz 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert sind.“

10. Dem § 10 Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Die Angaben nach Satz 1 Nummer 2 sind nach den in § 16 Absatz 2 Satz 1 und 2 genannten Materialarten aufzuschlüsseln; sonstige Materialien sind jeweils zu einer einheitlichen Angabe zusammenzufassen. Verbundverpackungen, die gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 verwertet werden, sind der entsprechenden Hauptmaterialart zuzuordnen.“

11. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Verbundverpackungen, die gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 verwertet wurden, sind der entsprechenden Hauptmaterialart zuzuordnen.“

b) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „gemäß § 2 des Signaturgesetzes“ gestrichen.

12. § 14 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „privaten“ gestrichen.

b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Im Hinblick auf Einwegkunststoffverpackungen müssen die Systeme darüber hinaus über die Auswirkungen einer Vermüllung auf die Umwelt, insbesondere die Meeresumwelt, sowie über Maßnahmen zur Vermeidung dieser Auswirkungen, insbesondere über die Verfügbarkeit von Mehrwegverpackungen als Alternative zu bestimmten Einwegkunststoffverpackungen, informieren.“

c) Die folgenden Sätze werden angefügt:

„Die Systeme haben unter Wahrung der Geschäftsgeheimnisse die folgenden Informationen auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen und regelmäßig zu aktualisieren:

1. ihre Eigentums- und Mitgliederverhältnisse,
2. die von den beteiligten Herstellern geleisteten Entgelte je in Verkehr gebrachter systembeteiligungspflichtiger Verpackung oder je Masseinheit an systembeteiligungspflichtigen Verpackungen und
3. das Verfahren, das sie zur Auswahl der Abfallbewirtschaftungseinrichtungen verwenden, soweit dieses nicht nach den Vorgaben des § 23 erfolgt.

Die Systeme sind verpflichtet, das Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen nachvollziehbar zu begründen und diese Begründung schriftlich oder elektronisch der Zentralen Stelle vorzulegen.“

13. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 3 wird nach dem Wort „ist,“ das Wort „und“ gestrichen.

bbb) Der Nummer 4 wird das Wort „und“ angefügt.

ccc) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. Mehrwegverpackungen“.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Letztvertreiber von Verpackungen nach Satz 1 müssen die Endverbraucher durch geeignete Maßnahmen in angemessenem Umfang über die Rückgabemöglichkeit und deren Sinn und Zweck informieren.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Über die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen ist Nachweis zu führen.“

bb) Nach Satz 5 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Bewertung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumentation sind geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten.“

cc) In dem neuen Satz 7 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Dokumentation“ ersetzt.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Hersteller oder in der Lieferkette nachfolgende Vertreiber von Verpackungen nach Absatz 1 Satz 1 sind verpflichtet, die finanziellen und organisatorischen Mittel vorzuhalten, um ihren Pflichten nach dieser Vorschrift nachzukommen. Sie haben zur Bewertung ihrer Finanzverwaltung geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten.“

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und werden nach der Angabe „Satz 2“ die Wörter „sowie die Pflichten nach Absatz 4“ eingefügt.

bb) In Satz 5 wird die Angabe „5“ durch die Angabe „6“ ersetzt.

14. § 16 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 4 werden das Wort „kann“ durch das Wort „ist“ und die Wörter „angerechnet werden“ durch das Wort „anzurechnen“ ersetzt.

b) In Absatz 6 werden die Wörter „Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190 vom 12.7.2006, S. 1), der Verordnung (EG) Nr. 1420/1999 des Rates vom 29. April 1999 zur Festlegung gemeinsamer Regeln und Verfahren für die Verbringung bestimmter Arten von Abfällen in bestimmte nicht der OECD angehörende Länder (ABl. L 166 vom 1.7.1999, S. 6) und der Verordnung (EG) Nr. 1547/1999 der Kommission vom 12. Juli 1999 zur Festlegung der bei der Verbringung bestimmter Arten von Abfällen in bestimmte Länder, für die der OECD-Beschluss C(92)39 endg. nicht gilt, anzuwendenden Kontrollverfahren gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates (ABl. L 185 vom 17.7.1999, S. 1)“ durch die Wörter „Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190 vom 12.7.2006, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2015/2002 (ABl. L 294 vom

11.11.2015, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und der Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 der Kommission vom 29. November 2007 über die Ausfuhr von bestimmten in Anhang III oder III A der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführten Abfällen, die zur Verwertung bestimmt sind, in bestimmte Staaten, für die der OECD-Beschluss über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen nicht gilt (ABl. L 316 vom 4.12.2007, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 733/2014 (ABl. L 197 vom 4.7.2014, S. 10) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

15. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:

„Verbundverpackungen, die gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 verwertet wurden, sind der entsprechenden Hauptmaterialart zuzuordnen.“

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Zur Bewertung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Mengenstromnachweises haben die Systeme geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „der Zentralen Stelle“ gestrichen und die Wörter „schriftlich vorzulegen“ durch die Wörter „elektronisch bei der Zentralen Stelle zu hinterlegen“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Die Bestätigung nach Absatz 2 Satz 1 ist mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Die Zentrale Stelle kann für die Übermittlung die Verwendung bestimmter elektronischer Formulare und Eingabemasken sowie eine bestimmte Verschlüsselung vorschreiben.“

16. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Genehmigung“ die Wörter „und Organisation“ angefügt.

b) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 3 werden die Wörter „verfügt und“ durch das Wort „verfügt,“ ersetzt.

bb) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„4. finanziell leistungsfähig ist und“

cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.

c) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Die Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 sind erfüllt, wenn das System nachweist, dass es alle bestehenden und voraussichtlichen Verpflichtungen unter realistischen Annahmen über einen Zeitraum von zwölf Monaten erfüllen kann. Die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Systems ist nicht gegeben, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist oder in erheblichem Umfang oder wiederholt Rückstände an Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen bestehen, die aus der Unternehmenstätigkeit resultieren. Die Behörde nach Absatz 1 Satz 1 prüft die finanzielle Leistungsfähigkeit insbesondere anhand des handelsrechtlichen Jahresabschlusses oder, falls ein System keinen solchen vorlegen kann, anhand einer Vermögensübersicht. Jedes System hat mindestens die in Anlage 6 genannten Angaben zu machen. Die Behörde nach Absatz 1 Satz 1 kann von dem System die Übermittlung weiterer für die Prüfung im Einzelfall erforderlicher Unterlagen, insbesondere die Vorlage eines Prüfungsberichts und geeigneter Unterlagen einer Bank, einer öffentlichen Sparkasse, eines Wirtschaftsprüfers oder eines vereidigten Buchprüfers, verlangen.“

d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Die Systeme sind verpflichtet, die organisatorischen Mittel vorzuhalten, um ihren Pflichten nach diesem Gesetz nachzukommen. Sie haben zur Bewertung ihrer Finanzverwaltung geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten.“

17. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Das Wort „Materialart“ wird durch die Wörter „den in § 16 Absatz 2 Satz 1 und 2 genannten Materialarten“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Verbundverpackungen, die gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 verwertet werden, sind der entsprechenden Hauptmaterialart zuzuordnen.“

b) Folgende Absätze 5 und 6 werden angefügt:

„(5) Jedes System ist verpflichtet, bis zum 31. März des auf das Geschäftsjahr folgenden Jahres seinen handelsrechtlichen Jahresabschluss oder, falls ein System keinen solchen vorlegen kann, eine Vermögensübersicht elektronisch an die Zentrale Stelle zu melden. Jedes System hat mindestens die in Anlage 6 genannten Angaben zu machen.

(6) Die Zentrale Stelle kann für die Übermittlung der Meldungen nach Absatz 5 Satz 1 die Verwendung bestimmter elektronischer Formulare und Eingabemasken sowie eine bestimmte Verschlüsselung vorschreiben. § 18 Absatz 1a Satz 1 und 2 gelten entsprechend. Bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine fehlende finanzielle Leistungsfähigkeit oder Unvollständigkeit der übermittelten Meldungen kann die Zentrale Stelle von den betroffenen Systemen die Übermittlung weiterer für die Prüfung im Einzelfall erforderlicher Unterlagen, insbesondere die Vorlage eines Prüfungsberichts und geeigneter Unterlagen einer Bank, einer öffentlichen Sparkasse, eines Wirtschaftsprüfers oder eines vereidigten Buchprüfers, verlangen.“

18. § 21 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 4 wird jeweils das Wort „Recyclaten“ durch das Wort „Rezyklaten“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Beteiligungsentgelte“ die Wörter „im vorangegangenen Kalenderjahr“ eingefügt.

bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Sie kann im Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt verbindliche Vorgaben hinsichtlich der Form der Berichte beschließen.“

19. In § 22 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666)“ durch die Angabe „10. März 2017 (BGBl. I S. 417)“ ersetzt.

20. In § 23 Absatz 11 werden nach der Angabe „624)“ die Wörter „, die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. März 2020 (BGBl. I S. 674) geändert worden ist,“ eingefügt.

21. Dem § 24 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit kann das Einvernehmen nach Absatz 2 Satz 1 und die Zustimmung nach Absatz 3 Satz 3, auch nachdem sie unanfechtbar geworden sind, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen, wenn die tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr den Anforderungen des Absatzes 2 Satz 2 Nummer 2 bis 5 entsprechen. Es wird unwiderleglich vermutet, dass die tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr den Anforderungen des Absatzes 2 Satz 2 Nummer 3 entsprechen, wenn der Anteil der in einem Kalenderjahr von den Mitgliedsunternehmen der im Kuratorium vertretenen Verbände an Systemen beteiligten oder über Branchenlösungen zurückgenommenen Verpackungen auf unter 75 Prozent der insgesamt in dem jeweils gleichen Kalenderjahr an Systemen beteiligten oder über Branchenlösungen zurückgenommenen Verpackungen sinkt.“

22. Dem § 25 Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Das Umweltbundesamt kann Auskünfte sowie die Vorlage weiterer Unterlagen und sonstiger Daten von der Zentralen Stelle verlangen, soweit dies für die Prüfung der Bescheinigungen nach Satz 2, der Dokumentation der zugrundeliegenden Methode der Bemessung des Umlageaufkommens und der Durchführung der Nachkalkulation oder deren Anwendung durch die Zentrale Stelle sowie der Angemessenheit der Höhe des Umlageaufkommens, einschließlich der Nachkalkulation, erforderlich ist.“

23. § 26 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 6a eingefügt:

„6a. prüft die gemäß § 14 Absatz 3 Satz 4 übermittelten Begründungen zum Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen und informiert im Falle der fehlenden Nachvollziehbarkeit des Vorliegens von Geschäftsgeheimnissen unverzüglich die zuständigen Landesbehörden über das Ergebnis der Prüfung,“

b) In Nummer 7 wird das Wort „vorgelegten“ durch das Wort „hinterlegten“ und die Angabe „2“ durch die Angabe „4“ ersetzt.

c) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 8a eingefügt:

„8a. prüft die gemäß § 20 Absatz 5 Satz 1 übermittelten Meldungen der Systeme, kann erforderlichenfalls Anordnungen nach § 20 Absatz 6 Satz 3 erteilen und informiert unverzüglich die zuständigen Landesbehörden, wenn ein System keine Meldung nach § 20 Absatz 5 Satz 1 übermittelt hat oder die Anhaltspunkte nach § 20 Absatz 6 Satz 3 nicht zur Überzeugung der Zentralen Stelle ausräumen kann,“

d) Nach Nummer 10 wird folgende Nummer 10a eingefügt:

„10a. kann gemäß § 21 Absatz 2 Satz 3 im Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt verbindliche Vorgaben hinsichtlich der Form der Berichte nach § 21 Absatz 2 Satz 1 beschließen,“

e) In Nummer 19 wird die Angabe „4“ durch die Angabe „5“ ersetzt.

f) In Nummer 21 wird die Angabe „34“ durch die Angabe „36“ ersetzt.

g) In Nummer 23 wird das Komma am Ende durch die Wörter „; sie kann hierzu Verwaltungsvorschriften erlassen,“ ersetzt.

24. Dem § 31 wird folgender § 30a vorangestellt:

„§ 30a

Mindestzyklatanteil bei bestimmten Einwegkunststoffgetränkeflaschen

(1) Einwegkunststoffgetränkeflaschen, einschließlich ihrer Verschlüsse und Deckel, mit einem Füllvolumen von bis zu 3,0 Litern, die hauptsächlich aus Polyethylenterephthalat bestehen (PET-Einweggetränkeflaschen), dürfen ab dem 1. Januar 2025 nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie jeweils zu mindestens 25 Masseprozent aus Kunststoffzyklaten bestehen. Ab dem 1. Januar 2030 dürfen alle Einwegkunststoffgetränkeflaschen, einschließlich ihrer Verschlüsse und Deckel, mit einem Füllvolumen von bis zu 3,0 Litern nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie jeweils zu mindestens 30 Masseprozent aus Kunststoffzyklaten bestehen.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Einwegkunststoffgetränkeflaschen,

1. bei denen der Flaschenkörper aus Glas oder Metall besteht und lediglich die Verschlüsse oder Deckel aus Kunststoff sind;
2. die für flüssige Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 92/52/EWG des Rates, der Richtlinien 96/8/EG, 1999/21/EG, 2006/125/EG und 2006/141/EG der Kommission, der Richtlinie 2009/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 41/2009 und (EG) Nr. 953/2009 des Rates und der Kommission (ABl. L 181 vom 29.6.2013, S. 35), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/1091 (ABl. L 158 vom 21.6.2017, S. 5) geändert worden ist, bestimmt sind und dafür verwendet werden.“

25. § 31 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 4 werden nach dem Wort „ermöglicht“ die Wörter „, und auf einer Internetseite in geeignetem Umfang Informationen für den Endverbraucher zum Rücknahme- und Sammelsystem für pfandpflichtige Einweggetränkeverpackungen und zur Verwertung der zurückgenommenen Verpackungen veröffentlicht“ eingefügt.

b) Absatz 3 Satz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Nach der Angabe „Satz 4“ werden die Wörter „und Absatz 3 Satz 3 bis 7“ eingefügt.
- bb) Das Wort „gilt“ wird durch das Wort „gelten“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 Nummer 7 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a werden nach dem Wort „Getränkeverpackungen,“ die Wörter „ausgenommen Einwegkunststoffgetränkeflaschen und Getränkedosen,“ eingefügt.
 - bb) In Buchstabe d werden die Wörter „Artikel 241 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ durch die Wörter „Artikel 206 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)“ und werden die Wörter „Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2221)“ durch die Wörter „Artikel 7 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 420)“ ersetzt.
 - cc) Die Buchstaben g bis i werden wie folgt gefasst:
 - „g) sonstige trinkbare Milcherzeugnisse gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 2 des Milch- und Margarinegesetzes vom 25. Juli 1990 (BGBl. I S. 1471), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Januar 2019 (BGBl. I S. 33) geändert worden ist, insbesondere Joghurt und Kefir, sofern kein in der Anlage 8 (zu den §§ 4 und 5) der Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung vom 24. Mai 2004 (BGBl. I S. 1016), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Mai 2020 (BGBl. I S. 1075) geändert worden ist, aufgeführter Stoff zugesetzt ist;
 - h) Fruchtsäfte im Sinne der Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung und Gemüsesäfte;
 - i) Fruchtnektare im Sinne der Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung und Gemüsenektare ohne Kohlensäure;“
 - dd) In Buchstabe j werden die Wörter „Artikel 60 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ durch die Wörter „Artikel 22 der Verordnung vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2272)“ ersetzt.
- d) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Hersteller nach Absatz 1 Satz 1 sowie Vertreiber nach Absatz 2 Satz 1 sind verpflichtet, die finanziellen und organisatorischen Mittel vorzuhalten, um ihren Pflichten nach diesem Gesetz nachzukommen. Zur Bewertung ihrer Finanzverwaltung zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Gesetz haben sie geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten.“
- 26. In § 32 Absatz 5 werden die Wörter „Artikel 11 des Gesetzes vom 11. März 2016 (BGBl. I S. 396)“ durch die Wörter „Artikel 5 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2394)“ ersetzt.
- 27. Nach § 32 wird folgender Abschnitt 7 eingefügt:

„Abschnitt 7

Verbrauchsminderung bestimmter Einwegverpackungen

§ 33

Mehrwegalternative für bestimmte Einwegkunststoffverpackungen und für Einweggetränkebecher

(1) Letztvertreiber von Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und von Einweggetränkebechern sind ab dem 1. Januar 2022 verpflichtet, die in diesen Einwegverpackungen angebotenen Waren am Ort des Inverkehrbringens jeweils auch in Mehrwegverpackungen zum Verkauf anzubieten. Die Letztvertreiber dürfen dabei die Verkaufseinheit aus Ware und Mehrwegverpackung nicht zu einem höheren Preis oder zu schlechteren Konditionen anbieten als die Verkaufseinheit aus der gleichen Ware und einer Einwegverpackung.

(2) Letztvertreiber nach Absatz 1 sind verpflichtet, die Endverbraucher in der Verkaufsstelle durch deutlich sicht- und lesbare Informationstafeln oder -schilder auf die Möglichkeit, die Waren in Mehrwegverpackungen zu erhalten, hinzuweisen. Im Falle einer Lieferung von Waren ist dieser Hinweis in den jeweils verwendeten Darstellungsmedien entsprechend zu geben.

(3) Abweichend von § 15 Absatz 1 Satz 2 beschränkt sich die Rücknahmepflicht für Letztvertreiber nach Absatz 1 auf diejenigen Mehrwegverpackungen, die sie in Verkehr gebracht haben.

§ 34

Erleichterungen für kleine Unternehmen

(1) Sofern Letztvertreiber nach § 33 Absatz 1 insgesamt nicht mehr als drei Mitarbeiter beschäftigen und ihre Verkaufsfläche 50 Quadratmeter nicht überschreitet, können sie die Pflicht nach § 33 Absatz 1 Satz 1 auch erfüllen, indem sie dem Endverbraucher anbieten, ihm die Waren in von diesem zur Verfügung gestellten Mehrwegbehältnissen abzufüllen; im Falle einer Lieferung von Waren gelten als Verkaufsfläche zusätzlich alle Lager- und Versandflächen. § 33 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Hinweispflicht nach § 33 Absatz 2 gilt für Letztvertreiber, welche die Erleichterung nach Absatz 1 in Anspruch nehmen, entsprechend in Bezug auf die Möglichkeit, die angebotenen Waren in vom Endverbraucher zur Verfügung gestellten Mehrwegbehältnissen zu erhalten.“

28. Der bisherige Abschnitt 7 wird Abschnitt 8.

29. Der bisherige § 33 wird § 35 und wie folgt gefasst:

„§ 35

Beauftragung Dritter und Bevollmächtigung

(1) Die nach diesem Gesetz Verpflichteten können Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen; § 22 Satz 2 und 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes gilt entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Registrierung nach § 9.

(2) Hersteller, die keine Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, können einen Bevollmächtigten mit der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen nach diesem Gesetz, mit Ausnahme der Registrierung nach § 9, beauftragen. Der Bevollmächtigte gilt im Hinblick auf diese Verpflichtungen als Hersteller im Sinne dieses Gesetzes. Die Aufgabenerfüllung durch den Bevollmächtigten erfolgt im eigenen Namen. Jeder Hersteller darf nur einen Bevollmächtigten beauftragen. Die Beauftragung nach Satz 1 hat schriftlich und in deutscher Sprache zu erfolgen.“

30. § 34 wird § 36 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter „Absatz 1 Satz 4“ durch die Wörter „Absatz 7 Satz 1“ ersetzt.

bb) Nach Nummer 4 werden folgende Nummern 5 und 5a eingefügt:

„5. entgegen § 7 Absatz 7 Satz 2 oder § 9 Absatz 5 Satz 2 eine Verpackung zum Verkauf anbietet oder das Anbieten einer Verpackung zum Verkauf ermöglicht,

5a. entgegen § 7 Absatz 7 Satz 3 oder § 9 Absatz 5 Satz 3 eine in § 3 Absatz 14c Satz 1 genannte Tätigkeit erbringt,“

cc) In Nummer 6 wird das Wort „vorlegt“ durch das Wort „hinterlegt“ ersetzt.

dd) Nummer 9 wird aufgehoben.

ee) Die Nummern 5 bis 8 werden die Nummern 6 bis 9.

ff) In Nummer 14 wird die Angabe „4“ durch die Angabe „5“ ersetzt.

gg) In Nummer 15 wird die Angabe „4“ durch die Angabe „5“ ersetzt.

hh) In Nummer 16 wird die Angabe „4“ durch die Angabe „5“ ersetzt.

ii) In Nummer 17 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt und werden nach den Wörtern „oder 5,“ die Wörter „oder § 31 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit § 15 Absatz 3 Satz 3, auch in Verbindung mit § 15 Absatz 3 Satz 4 oder 5,“ eingefügt.

jj) Nach Nummer 20 wird folgende Nummer 20a eingefügt:

„20a. entgegen § 30a Absatz 1 Satz 1 eine PET-Einweggetränkeflasche oder entgegen Satz 2 eine Einwegkunststoffgetränkeflasche in Verkehr bringt,“

kk) In Nummer 26 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

ll) In Nummer 27 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

mm) Folgende Nummern 28 bis 30 werden angefügt:

„28. entgegen § 33 Absatz 1 Satz 1 keine Mehrwegverpackungen anbietet,

29. entgegen § 33 Absatz 1 Satz 2 oder § 34 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 33 Absatz 1 Satz 2 eine Ware in einer Mehrwegverpackung oder in einem vom Endverbraucher zur Verfügung gestellten Mehrwegbehältnis

zu einem höheren Preis oder zu schlechteren Konditionen zum Verkauf anbietet als die gleiche Ware in einer Einwegverpackung oder

30. entgegen § 33 Absatz 2 Satz 1 oder 2 oder § 34 Absatz 2 in Verbindung mit § 33 Absatz 2 Satz 1 oder 2 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig gibt.“

b) In Absatz 2 wird nach der Angabe „5,“ die Angabe „5a,“ eingefügt und die Angabe „9“ durch die Angabe „8“ ersetzt.

31. Nach § 36 wird folgender § 37 eingefügt:

„§ 37

Einziehung

Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 36 Absatz 1 begangen worden, so können Gegenstände eingezogen werden,

1. auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht oder
2. die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind.

§ 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.“

32. Der bisherige § 35 wird § 38.

33. Dem § 38 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Systeme, denen bis zum (einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach Artikel 4 Absatz 1) eine Genehmigung nach § 18 Absatz 1 Satz 1 erteilt wurde, gelten als finanziell leistungsfähig nach § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4, bis die Zentrale Stelle nach § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a die gemäß § 20 Absatz 5 Satz 1 bis zum 31. März 2022 zu übermittelnden Meldungen der Systeme geprüft hat. Die Zentrale Stelle stellt der zuständigen Landesbehörde die Meldungen nach Satz 1 zur Verfügung.“

34. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Stoffe und Gemische, die bei einem Vertrieb im Einzelhandel dem Selbstbedienungsverbot nach § 8 Absatz 4 der Chemikalien-Verbotsverordnung vom 20. Januar 2017 (BGBl. I S. 94; 2018 I S. 1389), die zuletzt durch Artikel 300 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, unterliegen würden,“

b) In Nummer 2 werden die Wörter „Artikel 4 Absatz 84 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666)“ durch die Wörter „Artikel 278 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)“ ersetzt,

c) In Nummer 3 wird die Angabe „(EU) 2015/1221 (ABl. L 197 vom 25.7.2015, S. 10)“ durch die Angabe „(EU) 2020/1182 (ABl. L 261 vom 11.8.2020, S. 2)“ ersetzt.

35. Folgende Anlage 6 wird angefügt:

„Anlage 6
(zu § 18 Absatz 1a)

Finanzielle Leistungsfähigkeit

Die Informationen, die Systeme nach § 18 Absatz 1a bereitzustellen haben, umfassen:

1. verfügbare Finanzmittel einschließlich Bankguthaben sowie zugesagte Überziehungskredite und Darlehen,
2. als Sicherheit verfügbare Mittel und Vermögensgegenstände,
3. Betriebskapital,
4. einschlägige Kosten einschließlich der Erwerbskosten oder Anzahlungen für Transportmittel, Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Fahrzeuge,
5. Belastungen des Betriebsvermögens,
6. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.“

Artikel 2

Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2232) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 30 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 9 Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - b) Folgende Nummer 10 wird angefügt:

„10. Maßnahmen, die aufgrund der Richtlinie (EU) 2019/904 getroffen wurden.“
2. § 33 Absatz 3 Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe l wird das Wort „sowie“ gestrichen.
 - b) In Buchstabe m wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt.
 - c) Folgender Buchstabe n wird angefügt:

„n) Maßnahmen, die aufgrund der Richtlinie (EU) 2019/904 getroffen wurden,“
3. § 46 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Bei der Beratung ist insbesondere hinzuweisen auf

1. die Einrichtungen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers und soweit wie möglich sonstiger natürlicher oder juristischer Personen, durch die Erzeugnisse, die kein Abfall sind, erfasst und einer Wiederverwendung zugeführt werden, und
2. die Verfügbarkeit von Mehrwegprodukten, insbesondere als Alternative zu den Einwegkunststoffprodukten nach der Richtlinie (EU) 2019/904.“

b) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Beratung umfasst auch

1. die Beratung über die möglichst ressourcenschonende Bereitstellung von Sperrmüll,
2. die Information über die Auswirkungen einer Vermüllung oder sonstigen nicht ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf die Umwelt, insbesondere die Meeresumwelt, und die Beratung über Maßnahmen zur Vermeidung dieser Vermüllung sowie
3. die Information über die Auswirkungen einer nicht ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf Abwasseranlagen.“

4. Dem § 72 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Für Verfahren zur Aufstellung von Abfallwirtschaftsplänen, die bis zum Ablauf des 3. Juli 2021 eingeleitet worden sind, ist § 30 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) in der bis zum (einsetzen: Tag des Inkrafttretens nach Artikel 4 Absatz 1 dieses Gesetzes) geltenden Fassung anzuwenden.“

Artikel 3

Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

Das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 45 h Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 3 wird das Wort „und“ gestrichen.
- b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „, und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. Maßnahmen nach der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1).“

2. Dem § 82 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Maßnahmenprogramme enthalten auch Maßnahmen nach der Richtlinie 2019/904/EU.“

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 3. Juli 2021 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe d, Nummer 7 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb und Buchstabe c, Nummer 9 Buchstabe d Doppelbuchstabe bb und cc, Nummer 12 Buchstabe c, Nummer 13 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa und bb, Nummer 23 Buchstabe a, Nummer 25 Buchstabe b und c, Nummer 30 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa, bb, dd und ee und Nummer 34 Buchstabe a treten am 1. Januar 2022 in Kraft.

(3) Artikel 3 tritt am ... [einsetzen: Datum desjenigen Tages des sechsten auf den Monat der Verkündung folgenden Kalendermonats, dessen Zahl mit der des Tages der Verkündung übereinstimmt, oder, wenn es einen solchen Kalendertag nicht gibt, Datum des ersten Tages des darauffolgenden Kalendermonats] in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Am 2. Juli 2019 ist die Richtlinie (EU) 2019/904 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (Richtlinie (EU) 2019/904) in Kraft getreten. Ziel der Richtlinie ist es, die Auswirkung von solchen Kunststoffprodukten, die besonders häufig als Abfall an europäischen Stränden gefunden wurden, zu verringern. Dadurch sollen die Umwelt und die Meere vor dem negativen Einfluss von Kunststoffen und insbesondere Mikroplastik geschützt werden. Gleichzeitig soll der Verbrauch limitierter Primärressourcen insgesamt verringert und eine kreislauforientierte Bewirtschaftung von Kunststoffe erreicht werden. Die Richtlinie (EU) 2018/851 zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle (Richtlinie 2008/98/EG) ist am 4. Juli 2018 in Kraft getreten. Sie enthält u.a. in Artikel 8a verschiedene Ergänzungen im Bereich der erweiterten Herstellerverantwortung.

Ziel des Gesetzentwurfs ist es, bestimmte Vorgaben aus der Richtlinie (EU) 2019/904 sowie Artikel 8a der geänderten Richtlinie 2008/98/EG in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/62/EG in Bezug auf Verpackungen in deutsches Recht umzusetzen.

Daneben werden einzelne Vorschriften aktualisiert und angepasst, insbesondere um den Vollzug des am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Verpackungsgesetzes weiter zu vereinfachen und zu verbessern.

Mit dem Gesetzentwurf wird eine weitere ökologische Fortentwicklung des Verpackungsgesetzes angestrebt. Durch die Novellierung sollen zugleich das Ressourcenmanagement und die Ressourceneffizienz in Deutschland weiter verbessert werden. Linie des Gesetzentwurfs ist es, die neuen Vorgaben der EU-Richtlinien – unter Beibehaltung der teilweise über das bestehende EU-Rechts hinausgehenden deutschen Umwelt- und Ressourcenschutzstandards – möglichst weitgehend „eins zu eins“ in das nationale Recht zu integrieren.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden Vorgaben der die Richtlinie (EU) 2019/904 und der Richtlinie 2008/98/EG in deutsches Recht umgesetzt. Daneben werden einzelne Aktualisierungen, Anpassungen und Präzisierungen der bestehenden Gesetzeslage vorgenommen, insbesondere um den Vollzug des Verpackungsgesetzes zu vereinfachen und zu verbessern.

Der Gesetzesentwurf behält im Hinblick auf das Verpackungsgesetz dessen Strukturen und Elemente bei und ergänzt nur einzelne Vorschriften, die aufgrund der neuen Anforderungen der genannten EU-Richtlinien notwendig werden. Dabei werden die neuen Vorgaben des Unionsrechts - wo möglich - auf der Basis einer „eins zu eins“-Umsetzung übernommen. Insbesondere in Bezug auf die Anforderungen an Regime der erweiterten Herstellerverantwortung nach dem neuen Artikel 8a der Richtlinie 2008/98/EG sind die allermeisten dieser Anforderungen bereits durch das bestehende Verpackungsgesetz umgesetzt, sodass nur einige Anpassungen und Ergänzungen vorgenommen werden müssen, um diesen Anforderungen umfassend zu genügen.

Folgende Elemente des Gesetzentwurfs sind hervorzuheben:

Der Aufbau und die Struktur des Verpackungsgesetzes werden beibehalten. Die neuen unionsrechtlichen Regelungen werden in die vorhandenen Vorschriften integriert und an einzelnen Stellen durch neue Vorschriften in der bestehenden Struktur ergänzt.

In § 3 des Verpackungsgesetzes (VerpackG) werden einige neue Begriffsbestimmungen aufgenommen, um die Adressaten und Begrifflichkeiten der ergänzenden Vorschriften zu konkretisieren.

Erstmals wird ein verpflichtender Mindestzyklanteil für eine bestimmte Verpackungsart festgelegt. Die Getrenntsammlung dieser und weiterer Verpackungsarten wird ebenfalls verbessert, um ein noch besseres Recycling bestimmter Materialfraktionen zu ermöglichen. Diese Erweiterung der Getrenntsammlung dient darüber hinaus der Vermeidung des unsachgemäßen Ablegens von Abfällen, dem so genannten Littering.

Elektronische Marktplätze und Fulfilment-Dienstleister werden erstmals mit in den Adressatenkreis für bestimmte Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung aufgenommen und die Übernahme von Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung, die ausländische Hersteller betreffen, durch inländische Bevollmächtigte wird ermöglicht. Beide Maßnahmen dienen dazu auch im Versandhandel, insbesondere aus dem Ausland, die verursachergerechte Beteiligung an den Pflichten und Kosten einer ökologisch sinnvollen Gestaltung, Sammlung und Verwertung von Verpackungen umzusetzen.

Zur Verbrauchsminderung von Einwegkunststoffverpackungen und anderen Einwegverpackungen im Bereich von Lebensmitteln und Getränken zum Sofortverzehr wird die Pflicht geschaffen, neben solchen Einwegverpackungen auch Mehrwegalternativen anzubieten (§§ 33, 34 VerpackG). Damit wird zum einen die entsprechende Anforderung zur Verbrauchsverringerung solcher Verpackungen aus der Richtlinie (EU) 2019/904 umgesetzt und zum anderen dem Bedürfnis der Verbraucherinnen und Verbraucher Rechnung getragen, auf Verpackungen zu verzichten und umweltfreundlichere Alternativen wählen zu können.

Der Verbesserung der Transparenz von Sammel- und Verwertungssystemen für Verbraucherinnen und Verbrauchern dient die Ergänzung verschiedener Hinweispflichten auf die Möglichkeit der kostenlosen Rücknahme von Abfällen, die aus Verpackungen entstehen, und die Hinweispflicht auf das Angebot von Mehrwegverpackungen im Bereich von Einwegkunststoffverpackungen für Lebensmittel zum Sofortverzehr. Außerdem wird die Transparenz bestimmter Vergabeverfahren verbessert.

Die Leistungsfähigkeit des gesamten Systems der Rücknahme, Sammlung und Verwertung von Abfällen aus Verpackungen wird durch Pflichten hinsichtlich der finanziellen und organisatorischen Belastbarkeit der einzelnen Akteure gesichert. Die Regelungen werden dabei präzise auf die Funktionsweise der jeweiligen Regime der erweiterten Herstellerverantwortung angepasst.

Zur Verbesserung und Unterstützung des wirksamen Überwachungs- und Durchsetzungsrahmens der bestehenden und neu hinzukommenden Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung wird die Registrierungspflicht aus § 9 VerpackG auf sämtliche Hersteller von Verpackungen erweitert. Außerdem werden Regelungen zur Pfandpflicht (§ 31 VerpackG) präzisiert und erweitert und Vorgaben zu den Verpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter (Anlage 2 VerpackG) aktualisiert.

Zur Verbesserung der unionsrechtlich vorgegebenen Berichterstattung und Schaffung von Berichterstattungssystemen werden die Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung um die Schaffung geeigneter Selbstkontrollmechanismen zur Überprüfung der Datenqualität, sowie durch die Erweiterung der Registrierungspflicht auf alle Hersteller von Verpackungen erweitert. Beides dient dazu die überwiegend in der Novelle des Umweltstatistikgesetzes vom **einsetzen: Datum der Ausfertigung des Gesetzes zur Änderung des**

Umweltstatistikgesetzes] [einsetzen: Fundstelle im BGBl.] umgesetzte Datenerhebung zu erleichtern.

III. Alternativen

Keine. Die Umsetzung der europäischen Richtlinienvorgaben ist zwingend. Darüber hinaus dienen die neuen Regelungen der Erreichung der Ziele der Bundesregierung im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz. Ebenso unterstützt der Gesetzentwurf die wirkungsvolle und erfolgreiche Fortsetzung des bisher durch das Verpackungsgesetz eingeschlagenen Weges hin zur Reduzierung des Ressourceneinsatzes für Verpackungen und einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft mit geschlossenen Stoffkreisläufen.

Auf anderer Ebene kann eine gleichwertige Fort- und Weiterentwicklung des Umwelt- und Ressourcenschutzes nicht erreicht werden.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Regelungen des Gesetzentwurfs betreffen die Abfallwirtschaft, den Wasserhaushalt und das Strafrecht. Nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 24 und Nummer 32 des Grundgesetzes unterfallen die Gebiete der Abfallwirtschaft, des Wasserhaushalts und des Strafrechts und nach Artikel 72 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung von Artikel 8a der geänderten Richtlinie 2008/98/EG und Artikel 4, 6, 9 bis 11 und 14 der Richtlinie (EU) 2019/904.

Es ist auch im Übrigen mit dem Recht der Europäischen Union und mit völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Gesetzentwurf beinhaltet weder wesentliche Rechts- noch Verwaltungsvereinfachungen. Die im Gesetzentwurf neu verankerten Definitionen, Aktualisierungen, Konkretisierungen und Klarstellungen können die Gesetzesanwendung und den Vollzug gleichwohl in einem gewissen Maße verbessern.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Die Bundesregierung misst den Erfolg ihrer Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung anhand von bestimmten Indikatoren und darauf bezogenen Zielen, die sich in ihrer Systematik an den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen orientieren. Der Gesetzentwurf dient der nachhaltigen Entwicklung, da es die Menge an für Verpackungen eingesetzten Ressourcen verringert und gleichzeitig eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit geschlossenen Materialkreisläufen fördert.

Der Gesetzentwurf steht in Einklang mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (Aktualisierung 2018) und fördert die Verwirklichung der darin enthaltenen Ziele.

Im Einzelnen trägt der Gesetzentwurf wie folgt zur Verwirklichung der Schlüsselindikatoren der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung als Bestandteile der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bei:

a) UN-Nachhaltigkeitsziele:

- zu SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Der Gesetzesentwurf trägt durch die Erweiterung der Pflicht zur Getrenntsammlung bestimmter Verpackungsarten und die Verbesserung der Verbraucherinformation über die Rückgabemöglichkeiten von Verpackungen dazu bei, das Littering und damit den Eintrag von in der Natur abgelegten Abfällen in Gewässer zu verringern.

- Zu SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit fördern

Der Gesetzentwurf bindet die Wirtschaftsbeteiligten stärker in die erweiterte Herstellerverantwortung ein, ohne dabei aber die Interessen der betroffenen Unternehmen aus dem Auge zu verlieren. Durch eine maßvolle und gezielte Umsetzung der europarechtlichen Anforderungen werden funktionierende Mechanismen der Kreislaufwirtschaft gestärkt. Gleichzeitig wird etwa durch die Einführung eines verpflichtenden Rezyklatanteils für bestimmte Produkte der Absatzmarkt für Rezyklate gestärkt und ein größerer Anreiz für Innovationen im Bereich des Recyclings geschaffen.

- Zu SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur

Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Die Verpflichtung neben bestimmten Einwegverpackungen auch Mehrwegalternativen anzubieten fördert die Entwicklung innovativer und belastbarer Mehrwegkonzepte, die eine Grundlage für die Ausweitung der Nutzung von Mehrwegalternativen auch in anderen Lebensbereichen bilden können.

Die verpflichtende Festlegung eines Mindestrezyklatgehalts für bestimmte Verpackungen fördert den Rezyklatmarkt und eine belastbare Kreislaufwirtschaft, in der die Entscheidung für ökologisch vorteilhafte Verpackungen nicht nur von ökologischen, sondern auch von ökonomischen Anreizen getragen wird.

- Zu SDG 12: Nachhaltiger Konsum und Produktion

Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

Die konsequente Anwendung des Prinzips der erweiterten Herstellerverantwortung für sämtliche Verpackungen, sowie die Stärkung der Kreislaufwirtschaft tragen dazu bei, dass bei der Produktion von Konsumgütern der Fokus auf einer möglichst umweltverträglichen und ressourcenschonenden Produktion liegt. Schon bei der Gestaltung von Verpackungen wird so der Blick auf die gesamte Lebensdauer der Verpackung und die anschließende Verwertung gelegt. Dabei stehen die Stärkung von Mehrwegalternativen zur Verpackungsvermeidung und die ökologisch vorteilhafte und möglichst gut zu recycelnde Gestaltung von Verpackungen im Vordergrund.

- Zu SDG 14: Leben unter Wasser

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Die Verbesserung der Getrenntsammlung bestimmter Verpackungsarten soll verhindern, dass besonders häufig achtlos in die Umwelt weggeworfene Verpackungsabfälle über unterschiedliche Wege in Gewässer und schließlich in die Meeresumwelt gelangen. Es fördert damit auch die nachhaltige Nutzung der Meere

b) Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung nach der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie:

Zu Prinzip 1: Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden

Durch die getroffenen Regelungen wird das Prinzip der erweiterten Herstellerverantwortung weiter ausgebaut. Das bedeutet, dass die Hersteller im Rahmen ihrer Produktverantwortung die Kosten für die Entsorgung der gebrauchten und restentleerten Verpackungen vollständig übernehmen. Dadurch werden zugleich absehbare Belastungen für kommende Generationen vermieden, da eine dauerhafte und nachhaltige Bewirtschaftung von Verpackungsabfällen sichergestellt ist. Daneben werden durch Anreize zur Verpackungsvermeidung, zur ökologischen Gestaltung von Verpackungen und zum besseren Recycling von Verpackungen effektiv Ressourcen geschont und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft gefördert.

- Zu Prinzip 2: Global Verantwortung wahrnehmen

Deutschland kann als eine der größten Industrienationen besonders wirkungsvoll zur weltweiten Reduzierung des Verbrauchs primärer, nicht erneuerbarer Ressourcen beitragen. Der Bereich Verpackungen, die häufig nur einmal verwendet werden und oftmals aus Primärrohstoffen bestehen ist hier ein wichtiger Ansatzpunkt. Der Gesetzentwurf dient dazu diesen Ansatzpunkt zu nutzen und durch die ökologische Gestaltung von Verpackungen und ein verbessertes Recycling zu einer solchen Verbrauchsreduzierung von Primärressourcen zu gelangen.

Die Einbindung von Herstellern aus dem Ausland in die Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung erweitert den Einflussbereich der deutschen Anforderungen an die ökologische Gestaltung von Verpackungen effektiv auf global agierende Hersteller.

- Zu Prinzip 3: Natürliche Lebensgrundlagen erhalten

Die Schonung von natürlichen Ressourcen und die Vermeidung eines Eintrages von Abfällen in die Umwelt sollen einen Beitrag leisten, um die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten.

- Zu Prinzip 4: Nachhaltiges Wirtschaften stärken

Der Gesetzentwurf dient dazu die Ressource „Abfall“ nachhaltig zu bewirtschaften und im Sinne einer tragfähigen Kreislaufwirtschaft tatsächlich als wertvolle und nutzbare Ressource zu betrachten. Damit soll der Ressourcenverbrauch insbesondere von Primärressourcen insgesamt reduziert werden.

- Zu Prinzip 6: Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen

Der Gesetzentwurf leistet unter anderem mit der Pflicht zum Rezyklateinsatz in bestimmten Verpackungen und der Pflicht des Angebots von Mehrwegalternativen in bestimmten Bereichen, einen wichtigen Anreiz zur Schaffung innovativer Produkte und Produktionsmöglichkeiten.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es sind keine zusätzlichen Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten.

4. Erfüllungsaufwand

a) Gesamtergebnis

aa) Durch den Gesetzentwurf entsteht kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

bb) Durch den Gesetzentwurf entsteht folgender Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft:

Durch den Gesetzentwurf entstehen für die Wirtschaft ein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von insgesamt rund 11,3 Mill. Euro sowie Entlastungen der Wirtschaft in Höhe von insgesamt rund -35,8 Mill. Euro.

Durch den Gesetzentwurf werden Informationspflichten neu eingeführt. Insgesamt entsteht der Wirtschaft durch Bürokratiekosten aus Informationspflichten ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 36,5 Mill. Euro.

Insgesamt entsteht einmaliger Aufwand von rund 13 Mill. Euro. Darunter sind 6,7 Mill. Euro der Kategorie Anpassung von Produkten, Fertigungsprozessen und Beschaffungswegen, rund 461 Tsd. Euro der Kategorie Anpassung von Organisationsstrukturen und rund 5,9 Mill. Euro der Kategorie Einmalige Informationspflicht zuzuordnen. Der Gesetzentwurf setzt weitestgehend unionsrechtliche Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/904 und der Richtlinie 2008/98/EG „eins zu eins“ in nationales Recht um. Insoweit wird kein Anwendungsfall der One-in, one-out-Regel für neue Regelungsvorhaben der Bundesregierung (siehe Kabinettsbeschluss vom 25. März 2015) begründet. Soweit über die „eins zu eins“-Umsetzung hinausgegangen wird, entsteht kein zusätzlicher jährlicher, sondern nur ein einmaliger Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft, der keinen Anwendungsfall der o.g. One-in, one-out-Regel darstellt.

Entsprechend dem Leitfaden zur Berücksichtigung der Belange mittelständischer Unternehmen in der Gesetzesfolgenabschätzung (KMU-Test) vom 30. Dezember 2015 wurde geprüft, ob weniger belastende Regelungsalternativen oder Unterstützungsmaßnahmen möglich sind. Bei der Konzeption der neu geschaffenen §§ 33 und 34 wurde den Belangen kleiner und mittlerer Unternehmen in besonderer Weise Rechnung getragen. Darüber hinaus knüpfen die Regelungen des Gesetzentwurfs überwiegend an der individuellen Unternehmensstruktur an und ermöglichen es den Adressaten jeweils für ihr Unternehmen geeignete Lösungen zu finden.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass bereits bestehende Normen wie §§ 7 Absatz 2 und 31 Absatz 2 Satz 4 durch die Novelle nicht geändert werden und nach wie vor den Belangen kleiner und mittlerer Unternehmen Rechnung tragen. Zentrales Ziel der Novellierung ist es, angemessene und europarechtskonforme Regime der erweiterten Herstellerverantwortung zu schaffen, die jeden Produktverantwortlichen in angemessenem Verhältnis zu der Menge und Beschaffenheit der von ihm in Verkehr gebrachten Verpackungen an den Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung beteiligen.

Die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen wurden damit ausreichend berücksichtigt.

ccc) Durch den Gesetzentwurf entsteht folgender Erfüllungsaufwand bei der Verwaltung:

Für die Verwaltung entsteht insgesamt ein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 248 Tsd. Euro. Für die Bundesverwaltung und dort überwiegend bei der Zentralen Stelle entsteht ein jährlicher Erfüllungsaufwand von 6 Tsd. Euro. Für die Länder entsteht ein jährlicher Aufwand von etwa 242 Tsd. Euro. Für die Bundesverwaltung entsteht zudem ein einmaliger Erfüllungsaufwand in Höhe von 11Tsd. Euro. Der Umstellungsaufwand ist ebenfalls der Bundesebene zuzurechnen.

Obwohl Tätigkeiten der Zentralen Stelle sowohl dem Normadressaten Wirtschaft als der Verwaltung zugeschrieben werden können, werden die in dieser Gesetzesänderung aufgeführten Tätigkeiten als hoheitliche Aufgaben verortet. Entsprechend wird der Aufwand, der durch die Zentrale Stelle Verpackungsregister entsteht, zum Normadressaten Verwaltung gezählt.

b) Vorgaben

Lfd. Nr.	Regelung	Bezeichnung der Vorgabe	Norm-Adressat/ Informationspflicht (Verwaltung, Wirtschaft, Bürger)	EU
1.	Artikel 1 § 7 Absatz 2 Satz 3	Registrierungspflicht auch für Hersteller von Serviceverpackungen	W	1:1
2.	Artikel 1 § 7 Absatz 7	Kontrollpflichten zum Inverkehrbringen systembeteiligungspflichtiger Verpackungen	W	1:1
3.	Artikel 1 § 8 Absatz 4	Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus	W	1:1
4.	Artikel 1 § 9 Absatz 1 Satz 1	Erweiterung der Registrierungspflicht auf alle Hersteller	W, V	1:1
5.	Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 1 und 5	Veränderung der Veröffentlichung von Registrierungsdaten	V	1:1
6.	Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 2 und 3	Registrierung im Falle eines Bevollmächtigten	V	1:1
7.	Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 7 und 8	Bestimmung der Angaben bei der Registrierung	W, V	1:1
8.	Artikel 1 § 9 Absatz 2 Satz 2	Erklärung über Vorverlagerung der Systembeteiligungspflicht (Serviceverpackungen)	W	1:1
9.	Artikel 1 § 9 Absatz 5	Pflichten für Betreiber elektronischer Marktplätze und Fulfillment-Dienstleister	W	1:1

10.	Artikel 1 § 14 Absatz 3	Informationspflicht der Systeme zu Einwegkunststoffverpackungen	W	1:1
11.	Artikel 1 § 14 Absatz 3	Informationspflichten der Systeme zu ihrer Organisation	W	1:1
12.	Artikel 1 §15 Absatz 1	Informationspflichten der Letztvertreiber	W	1:1
13.	Artikel 1 § 15 Absatz 3	Nachweispflichten	W	1:1
14.	Artikel 1 § 15 Absatz 3 Satz 6	Selbstkontrollmechanismen für die Nachweispflichten	W	1:1
15.	Artikel 1 §15 Absatz 5	Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus	W	1:1
16.	Artikel 1 § 17 Absatz 1 Satz 6, ggf. in Verbindung mit § 8 Absatz 3 Satz 1	Selbstkontrollmechanismus für Mengenstromnachweise (Systeme und Branchenlösungen)	W	1:1
17.	Artikel 1 § 17 Absatz 3	Elektronische Hinterlegung statt schriftlicher Vorlage, elektronische Signatur	W, V	1:1
18.	Artikel 1 § 18 Absatz 1 a	Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit der Systeme	W, V	1:1
19.	Artikel 1 § 18 Absatz 5	Organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus	W	1:1
20.	Artikel 1 § 20 Absatz 5	Vorlage Jahresabschluss oder Vermögensübersicht	W	1:1
21.	Artikel 1 § 20 Absatz 6	Prüfung des Jahresabschlusses/ der Vermögensübersicht	V	1:1
22.	Artikel 1 § 21 Absatz 2 i.V.m. § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10a	Festlegung der Berichtsform	V	1:1
23.	Artikel 1 § 25 Absatz 5	Vorlage von Unterlagen durch die Zentrale Stelle an das Umweltbundesamt	V	1:1
24.	Artikel 1 § 26 Absatz 1 Satz	Prüfung des Vorliegens von Geschäftsgeheimnissen	V	1:1

	2 Nummer 6a			
25.	Artikel 1 § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a	Prüfung der Meldung des Jahresabschlusses / der Vermögensübersicht	V	1:1
26.	Artikel 1 § 26 Absatz 1 Nummer 10a	Möglichkeit der Festlegung eines Berichtsformats	V	1:1
27.	Artikel 1 § 26 Absatz 1 Nummer 23	Ermöglichung des Erlasses von Verwaltungsvorschriften durch das Umweltbundesamt	V	1:1
28.	Artikel 1 § 30a	Mindestrezyklatanteil von Einwegkunststoffgetränkeflaschen	W	1:1
29.	Artikel 1 § 31 Absatz 1 Satz 4	Informationspflichten gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern	W	1:1
30.	Artikel 1 § 31 Absatz 4 Nummer 7	Ausweitung der Einwegpfandpflicht	W	z.T. 1:1 / (-) bzgl. der Getränke-dosen
31.	Artikel 1 § 31 Absatz 6	Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus	W	1:1
32.	Artikel 1 § 33	Mehrwegalternative bei Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebechern	W	1:1
33.	Artikel 1 § 35	Ermöglichung der Bestellung eines Bevollmächtigten für Hersteller aus dem Ausland	W	1:1
34.	Artikel 1 § 36	Zusätzliche Ordnungswidrigkeitstatbestände	V	1:1
35.	Artikel 1 § 37	Einziehung von Gegenständen im Rahmen von Ordnungswidrigkeitenverfahren	V	1:1
36.	Artikel 2 § 30 Absatz 6	Mindestanforderungen an Abfallbewirtschaftungspläne	V	1:1
37.	Artikel 2 § 33 Absatz 3 Nummer 2	Abfallvermeidungsprogramme	V	1:1
38.	Artikel 2 § 46	Informationspflichten über Abfallvermeidungsmaßnahmen	V, W (IP)	1:1
39.	Artikel 3 § 45 h Absatz 1 Satz	Maßnahmenprogramme	V	1:1

	4 und § 82 Absatz 2			
--	---------------------	--	--	--

c) Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger

Durch den Gesetzesentwurf entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger.

d). Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Artikel 1 (Änderung des Verpackungsgesetzes)

Insgesamt ändert sich der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft um rund +11,3 Mill. Euro. Dieser jährliche Erfüllungsaufwand folgt vollständig aus der 1:1 Umsetzung von EU-Recht. Obwohl einige Vorgaben inhaltlich über EU-Recht hinausgehen, fällt kein jährlicher Erfüllungsaufwand aus den nationalen Erweiterungen an.

Im Folgenden wird die Schätzung des Erfüllungsaufwands der Wirtschaft für die einzelnen Vorgaben dargestellt.

Vorgabe 1 (Informationspflicht): Registrierungspflicht auch für Hersteller von Serviceverpackungen; Artikel 1 § 7 Absatz 2 Satz 3 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
350.000	30	29,50	-	5.163	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				5.163	

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. EURO)	Sachkosten (in Tsd. EURO)
Einmalige Informationspflicht	5.163	-

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
35.000	30	29,50	-	+516	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+516	

Vor der Gesetzesänderung hatte der Hersteller nach § 7 Absatz 1 Satz 1 VerpackG die Wahl von einer Vorvertriebsstufe die Systembeteiligung zu verlangen, wodurch auch alle dazugehörigen Pflichten, wie z.B. die Registrierungspflicht, an diese übertragen wurden. Mit der Änderung des § 7 Absatz 2 Satz 3 VerpackG wird sichergestellt, dass auch Hersteller nach Absatz 1 Satz 1 zur Registrierung bei der Zentralen Stelle verpflichtet sind. Dazu zählen jene Erstinverkehrbringer, welche Serviceverpackungen mit Waren befüllen und an den Kunden weitergeben.

Näherungsweise wird für die Bestimmung der Fallzahl die Anzahl aller Unternehmen im Einzelhandel gewählt, welche laut Umsatzsteuerstatistik 2018 bei rund 390.000 lag (Einzelhandel ohne Handel mit Kraftfahrzeugen).

Es wird angenommen, dass trotz der Möglichkeit die Registrierungspflicht an einen Vorverreiber zu übertragen bereits jetzt ein Anteil dieser Erstinverkehrbringer von befüllten Serviceverpackungen in einem oder mehreren Systemen registriert ist. Es wird frei angenommen, dass dieser Anteil bei etwa 10 Prozent liegt. Entsprechend beläuft sich die Fallzahl für das weitere Vorgehen auf rund 350.000.

Weiter wird angenommen, dass die Gesamtanzahl der Erstinverkehrbringer zwar konstant bleibt, jedoch jährlich weitere Unternehmen wegfallen bzw. hinzukommen. Dieser Rotationsfaktor wird auf 10 Prozent gesetzt, wodurch die jährliche Fallzahl bei rund 35.000 liegt.

Der Zeitaufwand für die Registrierung bei der Zentralen Stelle liegt laut SKM-Datenbank bei 30 Minuten. Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 29,50 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt G des statistischen Unternehmensregisters „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“.

Der einmalige Erfüllungsaufwand beträgt dadurch rund **5,2 Mill.** und wird der Kategorie „Einmalige Informationspflicht“ zugeschrieben.

Der jährliche Erfüllungsaufwand ändert sich um rund **+516 Tsd. Euro.**

Vorgabe 2 i.V.m. Vorgabe 9 (Weitere Vorgabe): Kontrollpflichten zum Inverkehrbringen systembeteiligungspflichtiger Verpackungen; Artikel 1 § 7 Absatz 7 VerpackG i.V.m. § 9 Absatz 5 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
580	1.140	29,50	-	325	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				325	

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
Anpassung von Organisationsstrukturen	325	-

Nach § 7 Absatz 7 VerpackG müssen Fulfilment-Dienstleister und Betreiber von elektronischen Marktplätzen sicherstellen, dass Händler, die Waren in systembeteiligungspflichtigen Verpackungen anbieten und oben genannte Dienstleistungen in Anspruch nehmen, in einem dualen System registriert sind. Es wird angenommen, dass für diese implizierte Kontrollpflicht alle Händler, die den Service der Dienstleister in Anspruch nehmen, von den Fulfilment-Dienstleistern und Betreibern von elektronischen Marktplätzen einmalig über die geänderte Gesetzesänderung informiert werden und eine Registrierungsbestätigung - welche von einem System ausgestellt wird - angefordert wird. Weiter wird angenommen, dass die Fulfilment-Dienstleister und die Betreiber von elektronischen Marktplätzen den Händlern eine Frist für die Rückmeldung setzen. Sofern ein Händler die Registrierungsbestätigung nicht ausführt und auch keine in der vorgegebenen Frist nachreicht, wird der Vertrag zwischen Dienstleister und Händler gekündigt.

Zusätzlich wird angenommen, dass die Dienstleister für künftige Vertragsabschlüsse mit

Händlern eine Klausel mitaufnehmen, die eine Übermittlung der Registrierungsbestätigung eines Systems von den Händlern für den Abschluss des Vertrags vorsieht.

Für die Fallzahl gilt die Summe der Betreiber von elektronischen Marktplätzen (130 Betreiber) und der Fulfilment-Dienstleister (450 Dienstleister), also 580.

Für die Betreiber von elektronischen Marktplätzen und für die Fulfilment-Dienstleister entsteht ein Zeitaufwand von insgesamt 1.140 Minuten. Dieser setzt sich insbesondere aus den folgenden Aktivitäten zusammen: Einarbeitung in die Vorgaben, Beschaffung von Daten, Vorname von Korrekturen, Überprüfung der übermittelten Daten.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 29,50 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt G des statistischen Unternehmensregisters „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“.

Es entsteht ein **einmaliger Erfüllungsaufwand** von rund **325 Tsd. Euro**.

Vorgabe 3 (Weitere Vorgabe): Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus; Artikel 1 § 8 Absatz 4 VerpackG

Laut § 8 Absatz 4 VerpackG sind Hersteller oder in der Lieferkette nachfolgende Vertreiber von Verpackungen verpflichtet, geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten. Der Gesetzestext gibt nicht konkret vor, wie diese Selbstkontrollmechanismen ausgestaltet werden sollen.

Für die vorliegende Schätzung wird davon ausgegangen, dass die Hersteller und die in der Lieferkette nachfolgenden Vertreiber von Verpackungen bereits ein geeignetes Controlling im Unternehmen implementiert haben, welches den Anforderungen der Gesetzesänderung entspricht, so dass **kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand** anfällt.

Vorgabe 4 (Informationspflicht): Erweiterung der Registrierungspflicht auf alle Hersteller; Artikel 1 § 9 Absatz 1 Satz 1 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
7.500	30	40,70	-	153	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				153	

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
Einmalige Informationspflicht	153	-

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
750	30	40,70	-	+15	-

Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	+15
----------------------------------	-----

Die Änderung des § 9 Absatz 1 Satz 1 VerpackG sieht vor, dass sich nun alle Hersteller, anstelle nur der Hersteller nach § 7 Absatz 1 Satz 1 VerpackG, bei der Zentralen Stelle registrieren lassen müssen. Dadurch sind künftig auch Hersteller von nicht systembeteiligungspflichtigen Verpackungen (Transportverpackungen, Verkaufs- und Umverpackungen, die nach Gebrauch typischerweise nicht bei privaten Endverbrauchern anfallen, Verkaufs- und Umverpackungen, Verkaufsverpackungen mit schadstoffhaltigen Füllgütern und Hersteller von Mehrwegverpackungen) betroffen.

Als Fallzahl werden rund 7.500 Herstellern zugrunde gelegt, die sich nun einmalig registrieren lassen müssen. Diese Fallzahl entspricht den Erkenntnissen einer Befragung der DIHK im Jahr 2016, welche für die damalige Schätzung für das neue Verpackungsgesetz durchgeführt wurde. Laut seinerzeitiger Aussage der DIHK ist die Anzahl der Unternehmen vernachlässigbar klein, die entweder reine Transport-, Verkaufs- oder Umverpackungen bzw. Verkaufsverpackungen mit schadstoffhaltigen Füllgütern in Verkehr bringen, für die wegen Systemunverträglichkeit nach § 7 Absatz 5 VerpackG eine Systembeteiligung nicht möglich ist. Die Anzahl der Hersteller von Mehrwegverpackungen liegt laut „wer liefert was - wlv“ bei rund 100. Die Anzahl der Unternehmen, die Verkaufs- und Umverpackungen in Verkehr bringen, die nicht bei privaten Endverbrauchern als Abfall anfallen, wurde zwischen 5.000 und 10.000 Unternehmen geschätzt. Die Fallzahl für weitere Vorgehen wird näherungsweise auf rund 7.500 Unternehmen geschätzt.

Die Anzahl neuer Hersteller pro Jahr lässt sich nicht genau abschätzen, da dies von der Marktentwicklung abhängig ist. Es wird angenommen, dass die Gesamtanzahl der Hersteller konstant bleibt, jedoch etwa 10 Prozent jährlich rotieren. Dementsprechend müssten sich pro Jahr etwa 750 Hersteller neu registrieren lassen.

Der Zeitaufwand von 30 Minuten, der für die Registrierung bei der Zentralen Stelle anfällt, entspricht der in der SKM-Datenbank erfassten Vorgabe „Pflicht zur Registrierung bei der Zentralen Stelle und zur Mitteilung von Änderungen“.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 40,70 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt C des statistischen Unternehmensregisters „Verarbeitendes Gewerbe“.

Es entsteht ein **einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 153 Tsd. Euro**.

Außerdem entsteht ein **jährlicher Erfüllungsaufwand von rund +15 Tsd. Euro**.

Vorgabe 5 (Informationspflicht): Erweiterung der Registrierungsangaben; Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 1 und 5 VerpackG

In § 9 Absatz 2 Nummer 1 und 5 VerpackG werden zusätzliche Merkmale aufgenommen, die bei der Registrierung der Unternehmen bei der Zentralen Stelle Verpackungsregister bereits erfragt werden (europäische Steuernummer). Der **Erfüllungsaufwand für die betroffenen Hersteller ändert sich nicht**, da es sich nur um eine gesetzliche Verankerung von einem ohnehin bestehenden Prozedere handelt.

Vorgabe 6 (Informationspflicht): Registrierung im Falle eines Bevollmächtigten; Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 2 und 3 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
288	15	40,70	-	+3	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+3	

Die Änderungen des § 9 Absatz 2 Nummer 2 und 3 VerpackG sehen die Möglichkeit der Registrierung bei der Zentralen Stelle mittels Dritten im Falle einer Bevollmächtigung vor. Sofern die Registrierung im Falle einer Bevollmächtigung durchgeführt wird, werden zusätzliche Angaben vom Bevollmächtigten verlangt. Dazu zählen der Name, die Anschrift und die Kontaktdaten des Bevollmächtigten sowie die schriftliche Beauftragung durch den Hersteller.

Es wird geschätzt, dass etwa 5 Prozent der jährlichen Registrierungen durch einen Bevollmächtigten vorgenommen werden. Zu den zur Registrierung verpflichteten Unternehmen zählen sowohl die Hersteller von nicht-systembeteiligungspflichtigen Verpackungen (750 Hersteller pro Jahr; siehe Vorgabe 4 – Wirtschaft), als auch die jährlichen Registrierungen von Herstellern von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen (5.000 Hersteller pro Jahr).

Entsprechend liegt die Fallzahl der Registrierungen durch Bevollmächtigte bei rund 288 (5.750 * 0,05).

Für die Herleitung des Zeitaufwands werden folgende Standardaktivitäten zugrunde gelegt: Beschaffung von Daten und Informationen sowie Ausfüllen von Formularen. Insgesamt wird für das weitere Vorgehen mit 15 Minuten gerechnet.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 40,70 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt C des statistischen Unternehmensregisters „Verarbeitendes Gewerbe“.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich dadurch um rund **+3 Tsd. Euro**.

Vorgabe 7 (Informationspflicht): Bestimmung der Angaben bei der Registrierung; Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 7 und 8 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
5.750	2	40,70	-	8	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				8	

Die Änderungen des § 9 Absatz 2 Nummer 7 und 8 VerpackG sehen vor, dass die Hersteller Angaben zu den Verpackungen aufgeschlüsselt nach Verpackungsarten bei künftigen Registrierungen machen müssen. Erforderlich ist lediglich die Angabe, welche der in Nummer 7 genannten Verpackungsarten von dem jeweiligen Hersteller in Verkehr gebracht werden, nicht die Masse oder die Materialzusammensetzung der Verpackungen. Für die Schätzung werden Annahmen getroffen, wie viele Betriebe sich jährlich registrieren müssen.

Für die jährliche Fallzahl werden rund 5.750 Hersteller angenommen. Zu diesen zählen sowohl die Hersteller von nicht-systembeteiligungspflichtigen Verpackungen (750 Hersteller pro Jahr; siehe Vorgabe 4 – Wirtschaft), als auch die jährlichen Registrierungen von Herstellern von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen (5.000 Hersteller pro Jahr).

Da nur Informationen zu einem Merkmal abgefragt werden, deren Beantwortung ohne weitere Recherche erfolgen sollte, wird ein Zeitaufwand von 2 Minuten angesetzt, um die Informationspflicht dieses zusätzlichen Merkmals zu erfüllen. Dies entspricht der Standardaktivität „Beschaffung von Daten“.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 40,70 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt C des statistischen Unternehmensregisters „Verarbeitendes Gewerbe“.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich dadurch um rund **+8 Tsd. Euro**.

Vorgabe 8 (Informationspflicht): Erklärung über Vorverlagerung der Systembeteiligungspflicht (Serviceverpackungen); Artikel 1 § 9 Absatz 2 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
35.000	5	29,50	-	+86	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+86	

Die Änderung des § 9 Absatz 2 VerpackG sieht vor, dass ein Hersteller, der seine Pflicht zur Systembeteiligung gemäß § 7 Absatz 2 VerpackG auf einen Vorvertreiber übertragen hat, dies bei der Registrierung erklären muss.

Diese Informationspflicht betrifft jene jährlich rotierenden Hersteller, die sich nach der Gesetzesänderung künftig bei der Zentralen Stelle registrieren müssen. Die Fallzahl von 35.000 Betroffenen ergibt sich aus den Ausführungen von Vorgabe 1 – Wirtschaft.

Es wird angenommen, dass für das Erfüllen dieser Informationspflicht ein formloses Anschreiben ausreicht. Für das Formulieren der Erklärung über Vorverlagerung der Systembeteiligungspflicht wird ein Zeitaufwand von 5 Minuten geschätzt. Dies entspricht der Standardaktivität „Formulare ausfüllen“.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 40,70 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt C des statistischen Unternehmensregisters „Verarbeitendes Gewerbe“.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich dadurch um rund **+86 Tsd. Euro**.

Vorgabe 10 (Informationspflicht): Informationspflicht der Systeme zu Einwegkunststoffverpackungen; Artikel 1 § 14 Absatz 3 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
9	1.440	31,50	-	7	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				7	

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
Einmalige Informationspflicht	7	-

§ 14 Absatz 3 VerpackG sieht vor, dass die Systeme Sensibilisierungsmaßnahmen gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern ergreifen. Durch die Änderungen sollen die Systeme bei diesen Maßnahmen zusätzlich über die Auswirkungen einer Vermüllung auf die Umwelt, sowie die Maßnahmen zur Vermeidung dieser informieren. Es wird angenommen, dass die Systeme Informationen in Zusammenarbeit mit kommunalen Abfallberatungen und mit Verbraucherschutzorganisationen erörtern um diese in Schulungen, Werbekampagnen, Flyern, auf ihrer Internetseite oder mittels anderer Outlets der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Neuerung sieht lediglich die Neuaufnahme zusätzlicher Inhalte vor. Da sich diese vermutlich inhaltlich nicht jährlich ändern und infolgedessen anzupassen sind, ist zu erwarten, dass den Systemen nur ein einmaliger Umstellungsaufwand entsteht.

Die Kosten für das jährliche Informieren mittels Werbekampagnen und ähnlichem wurde bereits in der SKM-Datenbank erfasst und es wird angenommen, dass diese unverändert bleiben.

Laut Verpackungsregister betrifft die Regelung die aktuell bestehenden 9 Systeme.

Für das Zusammentragen der zusätzlichen Informationen wird ein einmaliger Zeitaufwand von etwa 3 Arbeitstagen pro System angenommen (1.440 Minuten). Dies entspricht der Schätzung zum Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen, für welches diese Vorgabe erstmalig geschätzt wurde.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 31,50 Euro pro Stunde des Wirtschaftsabschnitts E „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“.

Der **einmalige Erfüllungsaufwand** beträgt demnach rund **7 Tsd. Euro**.

Vorgabe 11 (Informationspflicht): Informationspflichten der Systeme zu ihrer Organisation; Artikel 1 § 14 Absatz 3 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
9	622	31,50	-	3	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				3	

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
Einmalige Informationspflicht	3	-

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
9	480	31,50	-	+2	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+2	

§ 14 Absatz 3 VerpackG sieht vor, dass die Systeme unter Wahrung der Geschäftsgeheimnisse einige Informationen auf ihren Internetseiten veröffentlichen und regelmäßig aktualisieren. Dazu gehören Eigentums- und Mitgliederverhältnisse, die von den beteiligten Herstellern geleisteten Entgelte je in Verkehr gebrachter systembeteiligungspflichtiger Verpackungen und Angaben zu dem Verfahren, das sie zur Auswahl der Abfallbewirtschaftungseinrichtungen verwenden. Bei Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen sind diese nachvollziehbar zu begründen und diese Begründungen der zentralen Stelle elektronisch zu übermitteln. Mit Blick auf die Art der betroffenen Informationen (Eigentums- und Mitgliederverhältnisse, Entgelte und Verfahren zur Auswahl der Abfallbewirtschaftungseinrichtungen) kann davon ausgegangen werden, dass bei allen Systemen Geschäftsgeheimnisse vorliegen und die Systeme entsprechend eine Begründung einmalig formulieren und übermitteln müssen.

Laut Verpackungsregister betrifft die Regelung die aktuell bestehenden 9 Systeme.

Es wird angenommen, dass ein einmaliger Zeitaufwand von einem Arbeitstag (480 Minuten) für das Programmieren und Einrichten der Internetseite anfallen wird. Zusätzlich wird angenommen, dass ein Zeitaufwand von 142 Minuten für das Verfassen und Versenden einer Begründung des Vorliegens von Geschäftsgeheimnissen entstehen wird. Dieser Zeitaufwand setzt sich aus den Standardaktivitäten Beschaffen von Daten und Informationen, Aufbereitung der Daten bzw. Verfassen der Begründung und Kopieren, Archivieren, Verteilen zusammen. Da es sich um eine zumeist einmalige Tätigkeit handeln wird und eine ausführliche Begründung formuliert werden muss, um Nachfragen und weitere Erklärungen durch die Zentrale Stelle oder der zuständigen Landesbehörde zu vermeiden, wird für die Beschaffung der Daten und Informationen eine hohe Komplexität angenommen. Das weitere Verfahren betrifft typische Verwaltungstätigkeiten und kann deshalb auf eine mittlere Komplexität gesetzt werden.

Insgesamt entsteht durch diese Vorgabe ein einmaliger Zeitaufwand von 622 Minuten.

Für den jährlichen Zeitaufwand wird die Häufigkeit der Aktualisierung der veröffentlichten Informationen auf zweimal pro Jahr geschätzt und dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter in etwa einen halben Arbeitstag dafür benötigt (240 Minuten pro Aktualisierung; 480 Minuten pro Jahr).

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 31,50 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt E des statistischen Unternehmensregisters „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“.

Der **einmalige Erfüllungsaufwand** beträgt demnach rund **3 Tsd. Euro**.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich um rund **+2 Tsd. Euro**.

Vorgabe 12 (Informationspflicht): Informationspflichten der Letztvertreiber; Artikel 1 § 15 Absatz 1 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
7.400	72	32,20	350	+286	+2.590
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+2.876	

Die Änderung des § 15 Absatz 1 VerpackG sieht vor, dass Letztvertreiber verpflichtet werden, Endverbraucher über die geeigneten Maßnahmen, über die Rückgabemöglichkeiten und deren Sinn und Zweck zu informieren. Bisher galt dies nur für Hersteller und Vertreiber von den unter § 15 Absatz 1 Nummer 3 und 4 VerpackG vorgesehenen Verpackungen, künftig gilt dies auch für Letztvertreiber nach Nummer 1, 2 und 5 (neu).

Die Vorgabe ist in der SKM-Datenbank bereits als Informationspflicht mit einer Fallzahl von 100 Unternehmen enthalten. Durch die Änderung des Verpackungsgesetzes kommen nun zusätzlich auch die unter Vorgabe 4 – Wirtschaft genannten Betroffenen (7.500) hinzu. Für die Kalkulation der Erfüllungsaufwandsänderung wird die Differenz der Fallzahlen zwischen den künftigen und bestehenden Informationspflichtigen herangezogen (= 7.400).

Der Zeitaufwand von 72 Minuten und die Sachkosten in Höhe von rund 350 Euro pro Fall entsprechen der in der SKM-Datenbank erfassten Vorgabe „Hinweise durch Hersteller und Vertreiber von Verkaufsverpackungen über das Recht der Endverbraucher zur unentgeltlichen Rückgabe von Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter“.

Für den Lohnsatz wird der in der SKM-Datensatz erfasste Wert übernommen. Dieser liegt bei 32,20 Euro pro Stunde und entspricht dem mittleren Qualifikationsniveau der Gesamtwirtschaft.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich um rund **+2,9 Mill. Euro**. Davon zählen rund +286 Tsd. Euro zu den Personalkosten und rund +2,6 Mill. Euro zu den Sachkosten.

Vorgabe 13 (Informationspflicht): Nachweispflichten; Artikel 1 § 15 Absatz 3 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
7.400	4.530	56,37	200	31.494	1.480
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				32.974	

Bislang waren nach § 15 Absatz 3 VerpackG lediglich Hersteller und in der Lieferkette nachfolgende Vertreiber von Verkaufs-, Verkaufsverpackungen mit schadstoffhaltigen Füllgütern und Umverpackungen über die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen nachweispflichtig, für die wegen Systemunverträglichkeit eine Systembeteiligung nicht möglich ist. Den aktuellen Änderungen zufolge sind nun auch Hersteller von Transportverpackungen, Verkaufs- und Umverpackungen und Mehrwegverpackungen einbezogen, die nach Gebrauch typischerweise nicht bei privaten Endverbrauchern als Abfall anfallen.

Diese Vorgabe wurde in der SKM-Datenbank bereits erfasst und die Informationspflicht galt bisher für 100 Unternehmen. Durch die Änderung des Verpackungsgesetzes sind nun zusätzlich auch die unter Vorgabe 4 – Wirtschaft genannten (7.500) betroffen. Für das weitere Vorgehen gilt für die Kalkulation der Erfüllungsaufwandsänderung der Saldo der Fallzahlen der künftigen Informationspflichtigen und der bestehenden Informationspflichtigen (7.400).

Für die Vorgabe „Nachweis über die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen bei Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter“ wurden ein Zeitaufwand von 45.300 Minuten und Sachkosten in Höhe von rund 9.395 Euro pro Fall angenommen.

Diese Werte wurden im Rahmen der Bestandsmessung im Jahr 2007 in einem Expertenpanel zur Verpackungsverordnung bestimmt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dieser Zeitaufwand sich seit dem, u.a. durch automatisierte Verfahren und durch die Digitalisierung von Prozessabläufen, verringert hat. Daher wird für diese Schätzung frei angenommen, dass sich durch die Digitalisierung und die Automatisierung der Zeitaufwand auf 10% reduziert hat (4.530 Minuten pro Jahr).

Es wird angenommen, dass Informationstechniken bereits zur Verfügung stehen, aber für die Wartung Sachkosten in Höhe von rund 200 Euro entstehen werden.

Für den Lohnsatz wird der in der SKM-Datensatz erfasste Wert übernommen. Dieser liegt bei 56,37 Euro pro Stunde und entspricht einem gewichteten Qualifikationsniveau der Gesamtwirtschaft.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich dadurch um rund **33 Mill. Euro**. Davon zählen rund +14,5 Mill. Euro zu den Personalkosten und rund 31,5 Mill. Euro zu den Sachkosten.

Vorgabe 14 (Weitere Vorgabe): Selbstkontrollmechanismen für die Nachweispflichten; Artikel 1 § 15 Absatz 3 Satz 6 VerpackG

Laut § 15 Absatz 3 Satz 6 VerpackG sind Letztvertreiber von Verpackungen verpflichtet, geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle der Nachweispflichten einzurichten. Der Gesetzestext gibt nicht konkret vor, wie diese Selbstkontrollmechanismen ausgestaltet werden sollen.

Für die vorliegende Schätzung wird davon ausgegangen, dass die Letztvertreiber von Verpackungen bereits ein geeignetes Controlling im Unternehmen implementiert haben, welches den Anforderungen der Gesetzesänderung entspricht. Insofern entsteht **kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand**.

Vorgabe 15 (Weitere Vorgabe): Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus; Artikel 1 § 15 Absatz 5 VerpackG

Nach § 15 Absatz 5 VerpackG sind Hersteller oder in der Lieferkette nachfolgende Vertreiber von Verpackungen verpflichtet, geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten. Der Gesetzestext gibt nicht konkret vor, wie diese Selbstkontrollmechanismen ausgestaltet werden sollen.

Es wird angenommen, dass die Hersteller oder in der Lieferkette nachfolgende Vertreiber von Verpackungen bereits ein geeignetes Controlling im Unternehmen implementiert haben, welches den Anforderungen der Gesetzesänderung entspricht, so dass **kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand** anfällt.

Vorgabe 16 (Weitere Vorgabe): Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus; Artikel 1 § 17 Absatz 1 Satz 6, ggf. i.V.m. § 8 Absatz 3 Satz 1 VerpackG

In § 17 Absatz 1 Satz 6 VerpackG werden Systeme und – über § 17 Absatz 1 in Verbindung mit § 8 Absatz 3 Satz 1 VerpackG – Branchenlösungen verpflichtet, geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten. Der Gesetzestext gibt nicht konkret vor, wie diese Selbstkontrollmechanismen ausgestaltet werden sollen.

Auch hier ist wiederum davon auszugehen, dass die Systeme und Branchenlösungen bereits ein geeignetes Controlling im Unternehmen vorliegen haben, welches den Anforderungen der Gesetzesänderung entspricht, so dass **kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand** anfällt.

Vorgabe 17 (Informationspflicht): Elektronische Hinterlegung statt schriftlicher Vorlage, elektronische Signatur; Artikel 1 § 17 Absatz 3 VerpackG

Durch die Änderung des § 17 Absatz 3 VerpackG übermitteln die Systeme die Mengestromnachweise elektronisch an die Zentrale Stelle. Zuvor war dies nur schriftlich möglich. Die Bestätigung nach §17 Absatz 2 Satz 1 VerpackG ist mit einer elektronischen Signatur zu versehen. Da angenommen werden kann, dass die Prozesse trotz Digitalisierung denselben Zeitaufwand beanspruchen werden wie zuvor, wird von keiner Zeitaufwandsänderung ausgegangen. Lediglich die Portogebühren, welche für die Übermittlung der Unterlagen an die ZSRV anfallen, entfallen durch die Gesetzesänderung.

Als Portogebühr wird ein Euro angenommen. Dadurch entfällt den Systemen jährlicher – vernachlässigbarer - Erfüllungsaufwand von rund neun Euro (Sachkosten).

Vorgabe 18 (Informationspflicht): Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit der Systeme; Artikel 1 § 18 Absatz 1a VerpackG

Durch den neuen § 18 Absatz 1a VerpackG werden die Bedingungen für die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Systems vorgegeben, welche bei der Genehmigung des Systems von der zuständigen Landesbehörde geprüft werden. Die Systeme haben dazu den handelsrechtlichen Jahresabschluss oder die Vermögensübersicht zu übermitteln und Angaben zu den in Anlage 6 erfragten Merkmalen zu machen.

Der in der SKM-Datenbank anhand der Vorgabe „Antrag auf Genehmigung von Systemen“ (id-ip: 200609291509054) dargestellte Zeitaufwand pro System liegt bei rund 492.000 Minuten. Anzunehmen ist, dass sich dieser durch die Übermittlung der zusätzlichen Angaben nicht wesentlich ändert. **Zusätzlicher Erfüllungsaufwand** wird daher **nicht** erwartet.

Vorgabe 19 (Weitere Vorgabe): Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus; Artikel 1 § 18 Absatz 5 VerpackG

Laut § 18 Absatz 5 VerpackG sind Systeme verpflichtet, geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten. Der Gesetzestext gibt nicht konkret vor, wie diese Selbstkontrollmechanismen ausgestaltet werden sollen.

Analog zu den vorherigen Vorgaben wird zur Bestimmung des Erfüllungsaufwands zugrunde gelegt, dass die Systeme bereits ein geeignetes Controlling im Unternehmen implementiert haben, welches den Anforderungen der Gesetzesänderung entspricht, so dass **kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand** anfällt.

Vorgabe 20 (Informationspflicht): Vorlage Jahresabschluss oder Vermögensübersicht; Artikel 1 § 20 Absatz 5 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
9	15	31,50	-	+0,1	-

Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	+0,1
----------------------------------	------

Laut § 20 Absatz 5 VerpackG werden die Systeme verpflichtet ihren handelsrechtlichen Jahresabschluss oder eine Vermögensübersicht sowie die in Anlage 6 genannten Angaben an die zentrale Stelle einmal jährlich zu übermitteln. Die benötigten Unterlagen sollten den Systemen bereits vorliegen und können ohne weitere Recherche an die zentrale Stelle übermittelt werden. Es wird erwartet, dass das Zusammentragen der Informationen nach Anlage 6 VerpackG lediglich einen geringen Zeitaufwand erfordert.

Laut Verpackungsregister betrifft die Regelung die aktuell bestehenden 9 Systeme.

Für die Herleitung des Zeitaufwands werden folgende Standardaktivitäten zugrunde gelegt: Beschaffung von Daten und Informationen sowie Formulare ausfüllen. Für das weitere Vorgehen wird mit einem Zeitaufwand von insgesamt 15 Minuten gerechnet.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 31,50 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt E des statistischen Unternehmensregisters „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** ändert sich um rund **+100 Euro**.

Vorgabe 28 (Weitere Vorgabe): Mindestrezyklatanteil von Einwegkunststoffgetränkeflaschen; Artikel 1 § 30a VerpackG

Durch das Inkrafttreten des § 30a VerpackG, wird der Mindestanteil von Rezyklat bei der Herstellung von Einwegkunststoffgetränkeflaschen erhöht. Dieser soll von zunächst 25 Masseprozent ab dem 1. Januar 2015 auf mindestens 30 Masseprozent ab dem 1. Januar 2030 ansteigen.

Da bereits jetzt die Herstellung von Einwegkunststoffgetränkeflaschen aus Rezyklat erfolgt, ist nicht zu erwarten, dass Maschinen erneuert oder neu angeschafft werden müssen um die Herstellung mit einem höheren Masseanteil an Rezyklat zu gewährleisten. Entsprechend wird hierfür **keine Erfüllungsaufwandsänderung** angenommen.

Vorgabe 29 (Informationspflicht): Informationspflichten gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern; Artikel 1 § 31 Absatz 1 Satz 4 VerpackG

Mit § 31 Absatz 1 Satz 4 VerpackG wird das einheitliche Pfandsystem verpflichtet, die Endverbraucher über die Rücknahme- und Sammelsysteme für pfandpflichtige Einweggetränkeverpackungen zu informieren. Diese Informationen sollen auf der Internetseite des bundesweit einheitlichen Pfandsystems nach § 31 Absatz 1 Satz 4 VerpackG veröffentlicht werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werden entsprechende Informationen auf der Internetseite der Deutschen Pfand Gesellschaft mbH (DPG) veröffentlicht. Entsprechend wird durch die gesetzliche Verankerung eines bereits durchgeführten Sachverhalts keine Änderung des Erfüllungsaufwands erwartet.

Vorgabe 30 (Weitere Vorgabe): Ausweitung der Einwegpfandpflicht; Artikel 1 § 31 Absatz 4 Nummer 7 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
20	-	-	4.290	-	86
400	-	-	16.575	-	6.630

Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)	6.716
----------------------------------	-------

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
Anpassung von Produkten, Fertigungsprozessen und Beschaffungswegen	-	6.716

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd.Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
20	-	-	-10.000	-	-200
400	-	-	-89.000	-	-35.600
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)				-35.800	

Mit der gesetzlichen Änderung des § 31 Absatz 4 Nummer 7 VerpackG fallen neben den bisher pfandpflichtigen Getränkeverpackungen künftig alle Einwegkunststoffgetränkeflaschen und Getränkedosen unter die Pfandpflicht. Diese galten vor der Gesetzesänderung von der Pfandpflicht befreit, sofern sie mit speziellen Getränken befüllt waren (z.B. Fruchtsäfte und weitere; siehe § 31 Absatz 4 VerpackG). Um der Pflicht nachzugehen, müssen sich Erstinverkehrbringer nun am Deutschen Pfandsystem anmelden und einen Vertrag mit der Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG) eingehen. Gleichzeitig entfallen jährliche Lizenzentgelte, da die Lizenzierung der entsprechenden Verpackungen bei einem dualen System entfällt.

Für die Nutzung des DPG-Systems fallen kalenderjährliche Teilnahmeentgelte an, welche in breit definierten Mengencluster aufgeteilt sind. Diese orientieren sich an der Stückzahl der in Verkehr gebrachten Verpackungen und reichen von 500 Euro (bis zu 20.000 Verpackungen) bis rund 21.000 Euro (mehr als 80 Millionen Verpackungen). Für das weitere Vorgehen wird mit einem durchschnittlichen Teilnahmeentgelt von rund 11.000 Euro gerechnet.

Es wird angenommen, dass Inverkehrbringer von Einwegkunststoffflaschen derzeit ausschließlich in dualen Systeme registriert sind. Nun fällt für diese das jährliche Teilnahmeentgelt an. Es wird davon ausgegangen, dass die meisten Inverkehrbringer von Einweggetränkeverpackungen bereits bei der DPG teilnehmen (mit Verpackungen für Getränke, die schon vor der gesetzlichen Änderung unter die Pfandpflicht fielen). Die Teilnahmeentgelte sind nach Menge der in Verkehr gebrachten Verpackungen in Mengencluster gestaffelt. Diese Mengencluster sind in so hohen Spannbreiten definiert, dass nicht zu erwarten ist, dass die bereits gemeldeten Erstinverkehrbringer in ein höheres Cluster rutschen. Es ist also von keiner Änderung des Erfüllungsaufwands auszugehen.

Zusätzlich fallen für alle Erstinverkehrbringer Anmeldeentgelte an, die pro Artikel einmalig an die DPG zu zahlen sind. Diese Entgelte sind ebenfalls nach angemeldeter Menge gestaffelt und reichen von 80 bis 33.000 Euro pro Artikel.

Ausgehend davon, dass von der Gesetzesänderung sowohl Einwegkunststoffgetränkeflaschen als auch Getränkedosen betroffen sind, werden die Preisintervalle der Anmeldeentgelte für diese beiden Gruppen unterschiedlich bewertet.

Für die Einwegkunststoffgetränkeflaschen wird angenommen, dass die Spanne der von Erstinverkehrbringern vertriebenen Flaschen von 0,8 Millionen bis 50 Millionen Verpackungen reicht. Entsprechend liegt das Preisintervall zwischen 150 Euro und 33 Tsd. Euro.

Zu den Getränkedosen, welche bisher nicht pfandpflichtig sind, zählen nur einzelne Produkte wie Apfelwein, Cider, alkoholische Mischgetränke und einzelne Energydrinks. Öfters handelt es sich hierbei um Nischenprodukte weshalb die Spanne der von den Erstinverkehrbringer vertriebenen Getränkedosen zwischen 80 Euro (0,1 Millionen Verpackungen pro Jahr) und 8.500 Euro (bis zu 50 Millionen Verpackungen) liegt.

Da sich das Lizenzentgelt an dem Gewicht der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen orientiert, wird geprüft, wie hoch das Abfallgewicht der genannten Artikel pro Unternehmen durchschnittlich ist:

Bei einem durchschnittlichen Gewicht pro Einwegkunststoffflasche von etwa 20 Gramm entspricht dies - fußend auf den zuvor angenommenen Intervallgrenzen - einem Abfallgewicht von 16.000 Kilogramm (20 Gramm*0,8 Millionen Verpackungen) bis 1.000.000 Kilogramm (20 Gramm*50 Millionen Verpackungen). Für das weitere Vorgehen wird mit einem durchschnittlichen Abfallgewicht für Einwegkunststoffflaschen von rund 500.000 Kilogramm gerechnet. Laut dem WebShop-Angebot des dualen Systems „BellandVision“ kann näherungsweise kalkuliert werden, dass bei diesem Gewicht ein jährliches Lizenzentgelt von etwa 100.000 Euro anfällt.

Bei Dosen liegt das durchschnittliche Gewicht bei etwa 14 Gramm. Unter Verwendung derselben Kalkulationsgrundlage liegt das Abfallgewicht folglich zwischen 140 Kilogramm (14 Gramm*0,1 Millionen Dosen) und 28.000 Kilogramm (14 Gramm*2 Millionen Dosen). Für das weitere Vorgehen wird mit einem Durchschnittswert von rund 14.000 Kilogramm gerechnet, für welches ein jährliches Lizenzentgelt von rund 10.000 Euro anfällt.

Zusammenfassend ändert sich der jährliche Sachaufwand für Erstinverkehrbringer von Kunststoffflaschen um rund -89.000 Euro pro Jahr (+11.000 Euro durch DPG-Teilnahme - 100.000 Euro Lizenzentgelt für duale Systeme) und der jährliche Sachaufwand für Erstinverkehrbringer von Dosen um rund -10.000 Euro (+0 Euro durch DPG-Teilnahme - 10.000 Euro Lizenzentgelt für duale Systeme). Laut DPG sind derzeit 650 Teilnehmer gemeldet. Hierunter befinden sich Erstinverkehrbringer, Forderungssteller und Rücknehmer. Relevant für die Kostenbetrachtung sind lediglich die Erstinverkehrbringer, da davon auszugehen ist, dass für die anderen beiden Gruppen kein Anpassungsbedarf für Prozesse oder Automaten notwendig ist.

Für die Gruppe der Erstinverkehrbringer von Einwegkunststoffgetränkeflaschen werden 400 Betroffene angenommen, für die Erstinverkehrbringer von Getränkedosen, die bisher noch nicht pfandpflichtig sind, werden 20 Betroffene angenommen.

Der einmalige Umstellungsaufwand für Erstinverkehrbringer von Einwegkunststoffgetränkeflaschen liegt daher zwischen 60 Tsd. und 13,2 Mio. Euro (durchschnittlich werden rund 6,6 Mill. Euro geschätzt).

Der einmalige Umstellungsaufwand für Erstinverkehrbringer von Getränkedosen liegt zwischen 1.600 und 170 Tsd. Euro (durchschnittlich werden rund 86 Tsd. Euro geschätzt).

Diese Kosten sind der Kategorie „Anpassung von Produkten, Fertigungsprozessen und Beschaffungswegen“ zuzuschreiben.

Der jährliche Erfüllungsaufwand für Erstinverkehrbringer von Einwegkunststoffflaschen ändert sich um rund -35,6 Millionen Euro und der jährliche Erfüllungsaufwand von Erstinverkehrbringern von Dosen um rund -200 Tsd Euro.

Vorgabe 31 (Weitere Vorgabe): Finanzielle und organisatorische Mittel inkl. Selbstkontrollmechanismus; Artikel 1 § 31 Absatz 6 VerpackG

Laut § 17 Absatz 1 VerpackG sind Hersteller von Einweggetränkeverpackungen verpflichtet, geeignete Mechanismen zur Selbstkontrolle einzurichten. Der Gesetzestext gibt nicht konkret vor, wie diese Selbstkontrollmechanismen ausgestaltet werden sollen.

Wie bei den vergleichbaren Annahmen zuvor, gilt auch hier, dass die Hersteller von Einweggetränkeverpackungen bereits ein geeignetes Controlling im Unternehmen implementiert haben, welches den Anforderungen der Gesetzesänderung entspricht, so dass **kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand** anfällt.

Vorgabe 32 (Weitere Vorgabe): Mehrwegalternative bei Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebechern; Artikel 1 § 33 VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
34.200	3	29,50	2,75	50	94
92.200	6	29,50	2,75	272	254
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				670	

Zur Erhöhung der Transparenz über den einmaligen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und dessen Begrenzung wird dieser einer oder mehreren Kategorien zugeordnet:

Kategorie des einmaligen Erfüllungsaufwand	Anteil der Kategorie am einmaligen Erfüllungsaufwand	
	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
Anpassung von Organisationsstrukturen	136	-
Einmalige Informationspflicht	186	348

Jährlicher Erfüllungsaufwand:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
34.200	-	-	0	-	0
92.200	-	-	115	-	10.603
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				10.603	

Artikel 1 § 33 VerpackG adaptiert Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/904 in das nationale Recht und sieht vor, dass künftig die Letztvertreiber von Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebecher eine Mehrwegalternative anbieten müssen. Sofern die Einweggetränkebecher nicht teilweise oder vollständig aus Kunststoff bestehen, d.h. auch keine Kunststoffbeschichtung aufweisen (Beschichtung durch Polyethylen (PE) oder ähnlichen Kunststoff), geht die Verpflichtung über die Umsetzung von EU-Recht hinaus und ist infolgedessen von der One-in-one-Out Regelung betroffen.

Wie der künftigen Pflicht auf Seiten der Letztvertreiber nachgegangen wird, kann noch nicht im Einzelnen konkretisiert werden. Aufgrund dessen werden Annahmen getroffen, deren Plausibilität sich aus Recherchen, Erfahrungen aus ähnlichen Regelungsvorhaben und Absprache mit dem Ressort ergibt:

- 1) Der Letztvertreiber bietet Einwegkunststofflebensmittelverpackungen oder Einweggetränkebecher an und muss aufgrund der Gesetzesänderung eine Mehrwegalternative für die eigene Vertriebsstelle anschaffen. Meist wird dies durch ein auf die Betriebsstelle oder die Kette oder ein sonstiges geschlossenes System beschränktes Pfandsystem umgesetzt, oder es besteht – für kleine Unternehmen im Sinne des § 34 VerpackG – die Möglichkeit der Befüllung mit Lebensmitteln oder Getränken in von Kunden mitgebrachten Behältern.
- 2) Der Letztvertreiber bietet Einwegkunststofflebensmittelverpackungen oder Einweggetränkebecher an, und wird sich aufgrund der Gesetzesänderung bei einem Mehrwegsystem (z.B. Mehrweg-Pfandsysteme) beteiligen.
- 3) Der Letztvertreiber bietet bereits jetzt eine Mehrwegalternative an oder beteiligt sich bereits jetzt bei einem Mehrwegsystem.

Für die Verteilung der Anzahl von Letztvertreibern je nach genannter Variante ist sowohl die angebotene Produktpalette wie auch die Größe des Betriebs ausschlaggebend.

Für Variante (1) kommen vor allem größere Geschäfte im Lebensmitteleinzelhandel in Frage, da diese bereits eine geeignete Infrastruktur durch die Verkettung mehrere Verkaufsstellen besitzen. Diesen entsteht aufgrund der Gesetzesänderung jährlicher Aufwand durch das Anschaffen der Mehrwegalternative und einmaliger Aufwand durch das Anbringen von Schildern (o. ä.) mit Hinweisen auf die zur Verfügung stehende Alternative.

Für Variante (2) wird angenommen, dass vor allem Letztvertreiber von Einwegbechern aber auch von Take-Away-Boxen und Einwegschalen dieses Angebot nutzen werden. Dazu zählen vor allem Kioske, Kaffeebars, Imbissstuben, Tankstellen und Bäckereibetriebe. Die bisher etablierten Pfandsysteme bieten in ihrem Service die Belieferung der Letztvertreiber mit der Mehrwegalternative an und sammeln, spülen und verteilen diese wieder an ihre Partner (vor allem regionale Systeme³). Oder sie beliefern die Letztvertreiber mit der Mehrwegalternative, wobei diese selbst für das Reinigen der Becher verantwortlich sind (überregionale bzw. bundesweite Systeme⁴).

Für Variante (3) wird angenommen, dass sowohl Variante (1) als auch Variante (2) bereits teilweise umgesetzt worden sind, weshalb die Fallzahlen dieser Varianten zu relativieren sind.

Für die Herleitung der Fallzahlen wird zunächst geprüft wie viele Letztvertreiber es von Einwegkunststofflebensmittelverpackungen gibt. Diese werden dann den zuvor genannten Varianten zugeordnet. Zusätzlich wird geprüft, wie hoch der Anteil der nicht-kunststoffbeschichteten Becher ist.

Letztvertreiber von Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebecher:

Laut Recherche können deutschlandweit etwa 141.000 Geschäfte (o.ä. Stellen) zu den Letztvertreibern der genannten Verpackungen gezählt werden. Diese verteilen sich auf rund 40.000 Kioske, rund 2.300 Kaffeebars, rund 14.500 Tankstellen, rund 10.000 Bäckereibetriebe, rund 36.400 Imbissstuben und rund 38.000 Geschäfte im Lebensmitteleinzelhandel.

³ Zum Beispiel FairCup (<https://fair-cup.de/>), CupForCup (<https://cupforcup.de/>), FreiburgCup (<https://freiburgcup.de/>) und CupCycle (<https://www.cupcycle.eu/>) (jeweils zuletzt abgerufen am 11.11.2020).

⁴ Zum Beispiel ReCup (<https://recup.de/>), ReBowl (<https://rebowl.de/>) und Recircle (<https://www.recircle.de/>) (jeweils zuletzt abgerufen am 11.11.2020).

Nach der zuvor gelisteten Aufteilung zählen demnach rund 38.000 Letztvertreiber zu Variante (1) und rund 103.200 Letztvertreiber zu Variante (2).

Um bereits das derzeitige Anbieten von Mehrwegalternativen zu berücksichtigen, werden die Fallzahlen relativiert. So wird für Variante (1) frei angenommen, dass etwa 10% der Letztvertreiber bereits eine Mehrwegalternative anbieten (rund 34.200 Letztvertreiber = 36.400 Letztvertreiber * 0,9).

Die Fallzahl von Variante (2) wird um rund 11.000 Letztvertreiber reduziert und liegt dadurch bei rund 92.200. Diese Anzahl ergibt sich aus der Anzahl der Partner von den größten bundesweiten Mehrwegpfandanbietern „ReCup“, „ReBowl“ und „Recircle“ (insgesamt etwa rund 6.000 Partner) und der Annahme, dass sich in den deutschen Großstädten regionale Systeme etabliert haben (z.B. FairCup, CupForCup, FreiburgCup, Con-Cup, CupCycle) deren Partneranzahl zwischen 20 und 100 pro Großstadt liegt. Bei durchschnittlich 60 Partnern pro Großstadt und 81 deutschen Großstädten ist dadurch mit zusätzlich rund 5.000 Letztvertreibern zu rechnen, die sich bereits an einem regionalen Mehrwegpfandsystem beteiligen.

Anteil der Getränkebecher ohne Beschichtung aus Kunststoff:

Nach Recherche des Anteils von Getränkebechern ohne Beschichtung aus Kunststoff konnten keine Alternativen festgestellt werden. Auch vom Umweltbundesamt wird angegeben, dass 40 Prozent der Getränkebecher aus Kunststoff bestehen und 60 Prozent aus Pappe, wobei die Becher aus Pappe immer zu mindestens vier Prozent aus Kunststoff bestehen. Alternativen dazu, bei denen kein Kunststoffanteil vorhanden ist, konnten zum derzeitigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden und es wird angenommen, dass dieser Anteil vernachlässigbar ist.

Für Variante (1) entsteht kein zusätzlicher Zeitaufwand.

Für Variante (2) ergeben sich einmalige Zeitaufwände für das Abschließen einer Partnerschaft mit einem Mehrwegpfandsystem. Dies erfolgt sehr aufwandsarm über die Website der Systeme und sollte in wenigen Minuten umsetzbar sein. Für die weitere Berechnung werden für diese einmalige Anmeldung 3 Minuten angenommen. Dies entspricht auch der Standardaktivität „Formulare ausfüllen“ aus der Zeitwerttabelle des Leitfadens für die Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands.

Für alle Letztvertreiber (Varianten (1) und (2)) entsteht ein einmaliger Zeitaufwand für das Aufstellen von Hinweisschildern. Grundlage für den Zeitaufwand ist die bereits in der SKM-Datenbank erfasste Pflicht zum Aufstellen von Hinweistafeln durch Vertreiber von Umverpackungen. Hier wird ein geringer Zeitaufwand von 3 Minuten pro Fall angesetzt.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 29,50 Euro pro Stunde. Dieser entspricht dem Wirtschaftsabschnitt G des statistischen Unternehmensregisters „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“.

Für die Variante (1) entstehen jährliche Sachkosten für die Anschaffung ausreichender Mehrwegalternativen. Da die Gesetzesänderung die Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebecher nicht verbietet, sondern nur das Bereitstellen einer Alternative verpflichtet, wird angenommen, dass pro Verkaufsstelle durchschnittlich etwa 50 Mehrwegverpackungen angeschafft werden. Diese müssen nach etwa 500 Nutzungen durch neue Produkte ersetzt werden. Es wird angenommen, dass pro Produkt etwa 5 Euro Sachkosten entstehen, welche, unter der Voraussetzung, dass das Produkt pro Tag gespült wird, nach jeweils zweijähriger Nutzung erneut anfallen werden. Pro Fall entstehen dadurch jährlich rund 125 Euro.

Es wird erwartet, dass die korrespondierende Anzahl der potenziellen Nutzungen von Mehrwegalternativen (250 Nutzungen pro Artikel pro Jahr entspricht bei 50 Mehrwegartikeln rund

12.500 Einwegartikel pro Verkaufsstelle) künftig nicht mehr als Einwegartikel von den Verkaufsstellen bereitgestellt werden muss. Dadurch reduzieren sich die Kosten für die Verkaufsstellen um etwa 0,01 Euro pro Wegfall einer Einwegverpackung pro Jahr. Dies entspricht einer Entlastung von rund 125 Euro pro Jahr. Somit kann für das weitere Vorgehen mit einer kostenneutralen Änderung gerechnet werden (125 Euro durch das Anbieten einer Mehrwegalternative - 125 Euro durch Wegfall der Einwegartikel). Für die Variante (2) fallen für den Service der Pfandsysteme monatliche Systemgebühren in Höhe von durchschnittlich etwa 20 Euro an. Pro Jahr entstehen dadurch Sachkosten in Höhe von rund 240 Euro.

Nach Ausführungen der potenziellen Einsparungen für Variante (1), kann auch für diese Variante eine Entlastung von etwa 125 Euro pro Jahr angenommen werden. Somit gilt für das weitere Vorgehen eine Belastung von rund 115 Euro (240 Euro für die Teilnahme an einem Pfandsystem -125 Euro für den Wegfall von Einwegverpackungen).

Für alle Letztvertreiber (Varianten (1) und (2)) entstehen einmalige Sachkosten für das Anschaffen von Hinweisschildern. Grundlage für den Sachaufwand ist die bereits in der SKM-Datenbank erfasste Pflicht zum Aufstellen von Hinweistafeln durch Vertreiber von Umverpackungen. Hier liegen die Anschaffungskosten für die Hinweistafeln bei 2,75 Euro pro Stück.

Durch Variante (1) ändern sich die jährlichen Sachkosten durch die Anschaffung geeigneter Mehrwegalternativen und den Wegfall der Einwegverpackungen nicht.

Durch die Variante (2) entstehen einmalige Personalkosten in Höhe von rund 136 Tsd. Euro und es entstehen jährliche Sachkosten in Höhe von rund 10,6 Mill. Euro.

Für das Aufstellen der Hinweisschilder entsteht ein **einmaliger Personalaufwand** von rund **186 Tsd. Euro** und rund **348 Tsd. Euro Sachkosten**.

Insgesamt fallen für diese Vorgabe rund **322 Tsd. Euro einmalige Personalkosten**, rund **348 Tsd. einmalige Sachkosten** und rund **10,6 Mill. Euro jährliche Sachkosten** an.

Diese Kosten fallen vollständig durch die Umsetzung von EU-Recht an, wobei einmaligen Personalkosten in Höhe von rund 136 Tsd. Euro der Kategorie „Anpassung von Organisationsstrukturen“ sowie rund 186 Tsd. Euro Personalkosten und rund 348 Tsd. Euro der Kategorie „Einmalige Informationspflicht“ zuzuschreiben sind.

Da die verpflichtende Ersetzung eines Produkts mit nur einem geringfügigen Anteil an Kunststoff auch unter die Umsetzung Richtlinie (EU) 2019/904 fällt, ist der Anteil des Erfüllungsaufwands durch die Umsetzung von nationalem Recht nach derzeitigem Kenntnisstand gleich null.

Vorgabe 33 (Weitere Vorgaben): Ermöglichung der Bestellung eines Bevollmächtigten für Hersteller aus dem Ausland; Artikel 1 § 35 VerpackG

In § 35 VerpackG wird die Möglichkeit für Hersteller von Verpackungen geschaffen, einen Bevollmächtigten mit der Erfüllung ihrer Pflichten nach dem Verpackungsgesetz zu beauftragen.

Es ist noch nicht abzusehen, wie viele Hersteller von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Allerdings verlagert sich im Falle der Beauftragung eines Bevollmächtigten lediglich der Aufwand für die Erfüllung der Pflichten aus dem Verpackungsgesetz vom Hersteller auf den Bevollmächtigten, sodass hier jedenfalls kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand zu erwarten ist.

Artikel 2 (Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes)

Vorgabe 38: Informationspflichten über Abfallvermeidungsmaßnahmen; Artikel 2 § 46 KrwG

Die Änderungen nach Artikel 2 Nummer 3 stellen lediglich eine Konkretisierung der bestehenden Pflicht zur Abfallberatung dar, durch die kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand entsteht.

Artikel 3 (Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die Änderungen zu Artikel 3 adressieren nicht die Wirtschaft, so dass insoweit auch kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft entsteht.

e) Erfüllungsaufwand für die Verwaltung

Artikel 1 (Änderung des Verpackungsgesetzes)

Vorgabe 5: Veränderung der Veröffentlichung von Registrierungsdaten; Artikel 1 § 9 Absatz 2 Nummer 1 und 5 VerpackG

In § 9 Absatz 2 Nummer 1 und 5 VerpackG werden zusätzliche Merkmale mitaufgenommen, die bei der Registrierung der Unternehmen bei der Zentralen Stelle bereits erfragt werden (europäische Steuernummer des Herstellers), nun aber auch von der Zentralen Stelle veröffentlicht werden können. Es wird angenommen, dass das Ändern der öffentlich sichtbaren Informationen auf der Website der Zentralen Stelle zu **keinem bzw. einem vernachlässigbaren geringen einmaligen Erfüllungsaufwand** führt.

Vorgabe 17: Elektronische Hinterlegung statt schriftlicher Vorlage, elektronische Signatur; Artikel 1 § 17 Absatz 3 VerpackG

Durch die Möglichkeit der elektronischen Übermittlung entfallen lediglich Portokosten, wodurch eine zu vernachlässigende jährliche Entlastung entsteht. Ansonsten wird davon ausgegangen, dass der Aufwand für die elektronische Hinterlegung dem Aufwand der bisherigen schriftlichen Vorlage entspricht.

Vorgabe 18: Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit der Systeme; Artikel 1 § 18 Absatz 1a VerpackG

Durch den neu gefassten § 18 Absatz 1a VerpackG werden die Bedingungen für die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Systems vorgegeben. Diese sind anhand des handelsrechtlichen Jahresabschlusses oder anhand einer Vermögensübersicht durch die zuständige Landesbehörde zu prüfen. Für diese Prüfung wird für die zuständige Landesbehörde **keine Erfüllungsaufwandsänderung** erwartet (siehe auch Vorgabe 18 – Wirtschaft).

Vorgaben 21 und 25: Prüfung des Jahresabschlusses/ der Vermögensübersicht; Artikel 1 § 20 Absatz 6 i.V.m. § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand auf Bundesebene:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
1	9.081	38,80	-	+6	
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+6	

§ 20 Absatz 6 VerpackG schreibt die Prüfung der von den Systemen übermittelten Unterlagen und Informationen durch die ZSRV vor. Dazu zählt die Prüfung des Jahresabschlusses, ggf. der Vermögensübersicht und die angegebenen Informationen nach Anlage 6. Die Tätigkeit der Prüfung der Unterlagen wird zu den hoheitlichen Aufgaben der Zentralen

Stelle gezählt. Die Erfüllungsaufwandsänderung in Verbindung mit dieser Vorgabe wird entsprechend dem Normadressaten Verwaltung zugeschrieben. Sofern keine Meldung nach § 20 Absatz 5 Satz 1 VerpackG erfolgt, wird die zuständige Landesbehörde von der Zentralen Stelle informiert (siehe § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a VerpackG).

Für die Prüfung ist die Zentrale Stelle zuständig (Fallzahl: 1).

Da der Zentralen Stelle nur 9 Berichte pro Jahr übermittelt werden, wird aufgrund der sporadischen Prüfung ein Zeitaufwand hoher Komplexität angenommen. Für sonstige Verwaltungsaufgaben, wie das Aufbereiten der Informationen und das Archivieren der Daten, wird eine mittlere Komplexität angenommen. Nach Auswertung der SKM-Datenbank basierend auf ähnlichen Verwaltungsvorgaben wird mit einem Zeitaufwand von insgesamt 1.009 Minuten pro Fall für das weitere Vorgehen gerechnet. Hierenthalten sind die Standardaktivitäten formelle Prüfung, Daten sichten, inhaltliche Prüfung, Informationen aufbereiten, Bescheid erstellen, kopieren, archivieren und verteilen.

Da jährlich die Unterlagen von 9 Systemen geprüft werden müssen, entspricht der jährliche Gesamtzeitaufwand rund 21.600 Minuten.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 38,80 Euro pro Stunde auf Bundesebene.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** für die Zentrale Stelle ändert sich dadurch um rund **+6 Tsd. Euro**.

Vorgabe 22 i.V.m. Vorgabe 26: Festlegung der Berichtsform Möglichkeit der Festlegung eines Berichtsformats; Artikel 1 § 21 Absatz 2 i.V.m. § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10a VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand auf Bundesebene:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
6	1.586	65,40	-	10	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				10	

Es wird angenommen, dass durch die Änderungen des § 21 Absatz 2 VerpackG und des § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10a VerpackG die Zentrale Stelle in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt die Form der Berichte nach § 21 Absatz 2 Satz 1 VerpackG, welche von den Systemen jährlich zu übermitteln sind, einmalig vereinheitlicht. Durch eine Vereinheitlichung wird eine Vergleichbarkeit der Berichte der Systeme gewährleistet. Es wird angenommen, dass sich für das Konkretisieren der verbindlichen Vorgaben bzgl. Berichtserstellung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Stelle und des Umweltbundesamts treffen, um die derzeitigen Darstellungsformen abzugleichen, abzuwägen und zu vereinheitlichen.

Diese Tätigkeit wird zu den hoheitlichen Aufgaben der Zentralen Stelle gezählt. Die Erfüllungsaufwandsänderung in Verbindung mit dieser Vorgabe wird entsprechend dem Normadressaten Verwaltung zugeschrieben.

Für die Fallzahl gelten die beiden Stellen: Zentrale Stelle und Umweltbundesamt. Es wird angenommen, dass für diese Tätigkeit jeweils 3 Mitarbeiter von beiden Stellen beauftragt werden (Fallzahl: 6). Nach Auswertung der Datenbank anhand ähnlicher Verwaltungsvorgaben wird angenommen, dass für die betroffenen Mitarbeiter ein Zeitaufwand für Vorbereitung, Abhalten einer internen und einer externen Sitzung und die Nachbereitung anfällt. Insgesamt entsteht dadurch ein einmaliger Zeitaufwand von 1586 Minuten pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter.

Es wird geschätzt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des höheren Dienstes verantwortlich sein werden. Entsprechend gilt der Lohnsatz in Höhe von 65,40 Euro pro Stunde.

Der **einmalige Erfüllungsaufwand** beträgt dadurch rund **+10 Tsd. Euro**.

Vorgabe 23: Vorlage von Unterlagen durch die Zentrale Stelle an das Umweltbundesamt; Artikel 1 § 25 Absatz 5 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand auf Bundesebene:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
1	10	38,80	-	+0	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)				+0	

§ 25 Absatz 5 VerpackG bestimmt, dass das Umweltbundesamt Auskünfte oder sonstige weitere Unterlagen von der Zentralen Stelle anfordern kann, sofern dies für die Prüfung der Bescheinigung nach § 25 Absatz 2 Satz 2 VerpackG, der Dokumentation der zugrundeliegenden Methode der Bemessung des Umlageaufkommens und der Durchführung der Nachkalkulation oder deren Anwendung erforderlich ist.

Für die Fallzahl gilt der Aufwand der Zentralen Stelle, welche die Informationen übermitteln muss.

Davon ausgehend, dass die erforderlichen Informationen der Zentralen Stelle bereits vorliegen und lediglich eine Übermittlung an das Umweltbundesamt, ohne sonstiges Einbindung weiterer Gremien, erforderlich ist, kann nach Auswertung der SKM-Datenbank bezüglich ähnlicher Verwaltungsvorgaben ein Zeitaufwand von 10 Minuten angenommen werden.

Die Erfüllungsaufwandsänderung beträgt folglich rund +6 Euro und ist insoweit vernachlässigbar.

Vorgabe 24: Prüfung des Vorliegens von Geschäftsgeheimnissen; Artikel 1 § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6a VerpackG

Einmaliger Erfüllungsaufwand auf Bundesebene:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. EUR)	Sachkosten (in Tsd. EUR)
1	1.440	38,80	-	1	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)				1	

Jährlicher Erfüllungsaufwand auf Bundesebene:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
1	160	38,80	-	+0,1	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+0,1	

Sofern ein System eine schriftliche Begründung bzgl. des Vorliegens von Geschäftsgeheimnissen an die Zentrale Stelle übermittelt, wird diese nach § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6a VerpackG zur Prüfung verpflichtet. Sofern die Begründung nicht nachvollziehbar ist, benachrichtigt die Zentrale Stelle die zuständige Landesbehörde über den Sachstand.

Diese Tätigkeit wird zu den hoheitlichen Aufgaben der Zentralen Stelle gezählt. Die Erfüllungsaufwandsänderung in Verbindung mit dieser Vorgabe wird entsprechend dem Normadressaten Verwaltung zugeschrieben.

Für die Prüfung ist die Zentrale Stelle zuständig (Fallzahl: 1).

Der Zeitaufwand hängt von der Anzahl der übermittelten Begründungen zum Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen ab, sowie dessen Regelmäßigkeit. Es wird angenommen, dass alle Systeme Geschäftsgeheimnisse pflegen (9 Systeme) und die Prüfung der Begründung etwa eine Arbeitsstunde beanspruchen wird. Dies erfolgt einmalig für die 9 bestehenden

Systeme. Es wird angenommen, dass sich das Vorliegen, wie auch der Inhalt der Begründung zum Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen, nicht regelmäßig ändern wird. Um die Probabilität dennoch zu berücksichtigen, wie auch die Möglichkeit, dass neue Systeme gegründet werden, wird mit einer jährlichen Fallzahl von „1“ für das weitere Vorgehen gerechnet.

Der Zeitaufwand pro Prüfung entspricht der Auswertung ähnlicher Verwaltungsvorgaben der SKM-Datenbank. Diese beinhaltet formelle und inhaltliche Prüfung, Sichtung der Daten, Aufbereitung von Informationen, Erstellen des Bescheids, kopieren, archivieren und verteilen. Insgesamt entsteht ein Zeitaufwand von 160 Minuten pro Prüfung.

Für die Prüfung der 9 bestehenden Systeme entsteht folglich ein einmaliger Zeitaufwand von 1.440 Minuten und ein jährlicher Zeitaufwand, durch potenzielle Änderungen der Begründungen oder durch das Hinzukommen eines neuen Systems, von 160 Minuten.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 38,80 Euro pro Stunde auf Bundesebene.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** für die Zentrale Stelle ändert sich dadurch um rund **+100 Euro**.

Vorgabe 27: Ermöglichung des Erlasses von Verwaltungsvorschriften durch das Umweltbundesamt; Artikel 1 § 26 Absatz 1 Nummer 23 VerpackG

Durch die Ermöglichung des Erlasses von Verwaltungsvorschriften durch das Umweltbundesamt ist keine Änderung des Erfüllungsaufwandes zu erwarten.

Vorgabe 34 i.V.m. Vorgabe 35: Ordnungswidrigkeitstatbestände, Einziehung von Gegenständen im Rahmen von Ordnungswidrigkeitenverfahren; Artikel 1 § 36 VerpackG i.V.m. § 37 VerpackG

Jährlicher Erfüllungsaufwand auf Landesebene:

Fallzahl	Zeitaufwand pro Fall (in Minuten)	Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Personalkosten (in Tsd. Euro)	Sachkosten (in Tsd. Euro)
1.600	240	40,30	-	+242	-
Erfüllungsaufwand (in Tsd. Euro)				+242	

Durch die Aufnahme weiterer Ordnungswidrigkeitstatbestände laut § 36 VerpackG wird erwartet, dass die nach Landesrecht zuständige Behörde weitere Bußgeldverfahren einleiten muss. Diese bekommen die Aufgabe übertragen, die Unternehmen bezüglich Umsetzung der zusätzlich gesetzlich verankerten Voraussetzungen zu prüfen, wie z.B. die Prüfung der Einführung der verpflichteten Mehrwegverpackungen oder dem normkonformen Inverkehrbringen systembeteiligungspflichtigen Verpackungen. Außerdem werden die nach Landesrecht zuständigen Behörden nach § 37 VerpackG berechtigt, Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, einzuziehen.

Durch die neu aufgenommenen Vorschriften und Verpflichtungen bekommen insgesamt etwa 150.000 Betriebe, Vertriebe, Hersteller und ähnliche neue Pflichten auferlegt (siehe Wirtschaftsvorgaben). Es wird angenommen, dass von diesen pro Jahr etwa ein Prozent sich ordnungswidrig verhält und infolgedessen ein Verfahren eingeleitet werden muss (1.500 Verfahren).

Nach Auswertung ähnlicher Vorgaben der SKM-Datenbank kann mit einem Zeitaufwand von etwa 240 Minuten pro Verfahren gerechnet werden.

Es gilt der durchschnittliche Lohnsatz in Höhe von 40,30 Euro pro Stunde auf Landesebene.

Der **jährliche Erfüllungsaufwand** für die nach Landesrecht zuständigen Behörden ändert sich dadurch um rund **+242 Tsd. Euro**.

Vorgaben 36 und 37: Mindestanforderungen an Abfallbewirtschaftungspläne; Abfallvermeidungsprogramme; Artikel 2 § 30 Absatz 6 und § 33 Absatz 3 Nummer 2 KrWG

Die durch die Änderung nach Artikel 2 Nummer 1 und Nummer 2 aufzunehmenden Maßnahmen können bei der Gelegenheit der nächsten Fortschreibung der Abfallbewirtschaftungspläne bzw. des Abfallvermeidungsprogrammes in das jeweilige Programm aufgenommen werden und zur Darstellung der Maßnahmen kann auf die Internetseite des Bundesumweltministeriums hingewiesen werden. Daher entsteht insoweit kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Vorgabe 38: Informationspflichten über Abfallvermeidungsmaßnahmen; Artikel 2 § 46 KrWG

Die Änderungen nach Artikel 2 Nummer 3 stellen lediglich eine Konkretisierung der bestehenden Pflicht zur Abfallberatung dar, durch die kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand entsteht.

Artikel 3 (Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes)

Vorgabe 39: Maßnahmenprogramme; Artikel 3 § 45h Absatz 1 Satz 4 und § 82 Absatz 2 WHG

Da die durch die Änderungen nach Artikel 3 Nummer 1 und Nummer 2 aufzunehmenden Maßnahmen bei der Gelegenheit der nächsten Änderung der Maßnahmenprogramme in das jeweilige Programm aufgenommen werden und zur Darstellung der Maßnahmen auf die Internetseite des Bundesumweltministeriums hingewiesen werden kann, entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung zu Artikel 3 wird verwiesen.

5. Weitere Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Nutzen des Gesetzes

Mit diesem Gesetzentwurf wird das bereits gut funktionierende System der Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen, das im Verpackungsgesetz geregelt ist, weiter verbessert und an die europarechtlichen Anforderungen angepasst. Damit wird sichergestellt, dass dieses System auch in Zukunft tragfähig ist und zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Verpackungsabfällen beiträgt. Verpackungsabfälle, die häufig aus hochwertigen und gut recycelbaren Materialien bestehen, müssen als Ressource betrachtet werden. Eine nachhaltige und auf den gesamten Nutzungszyklus einer Verpackung ausgerichtete Kreislaufwirtschaft bietet die Chance effektiv den Verbrauch von Primärressourcen zu verringern.

Die Wirtschaftsbeteiligten profitieren langfristig von einer auf die Zukunft ausgerichteten und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft. Indem vermehrt Rezyklate genutzt werden, verlieren die in vielen Fällen nur in endlicher Menge verfügbaren Primärrohstoffe an Bedeutung. Sämtliche Mitgliedsstaaten der europäischen Union und letztlich alle Länder der Welt sehen sich mit den Herausforderungen schwindender natürlicher Ressourcen und eines gesteigerten Fokus auf umweltfreundlichem und klimaschonendem Konsum gegenüber. Das novellierte Verpackungsgesetz bietet jetzt schon Anreize zu Innovationen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Damit werden deutsche Unternehmen und Wirtschaftsbeteiligte auch in Zukunft weltweit konkurrenzfähig bleiben.

Aus umweltpolitischen Gesichtspunkten trägt dieser Gesetzentwurf vor allem dazu bei, Primärressourcen zu schonen und einzusparen. Dies geschieht einerseits durch die Anreize zur Einsparung von Verpackungen, beispielsweise durch den stärkeren Fokus auf Mehrwegverpackungen im Bereich von Lebensmitteln und Getränken zum Sofortverzehr oder durch die Ausweitung der Einwegpfandpflicht. Andererseits wird durch den Ausbau der Getrenntsammlung bestimmter Verpackungsabfälle und die Verbesserung und Stabilisierung des bereits etablierten Systems der Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen die Kreislaufwirtschaft gestärkt. Dazu trägt auch der stärkere Fokus auf den Einsatz von Rezyklaten bei, den der Gesetzentwurf vorsieht.

Durch die Ausweitung der Einwegpfandpflicht und die Reduzierung von Verpackungen insbesondere im Bereich der To-Go Lebensmittelbehälter wird außerdem das Littering reduziert. Durch Littering gelangen Abfälle in die Umwelt, die sowohl unmittelbar in der Natur, als auch durch den Eintrag in Gewässer und Meere großen Schaden anrichten. Während in Deutschland bereits der überwiegende Teil der Verpackungsabfälle durch die bestehenden Sammelsysteme gesammelt und anhand ambitionierter Recyclingquoten verwertet wird, setzt der Gesetzesentwurf mit konkreten Maßnahmen bei den Verpackungsarten an, die besonders häufig gelittert werden und sorgt für einen geringeren Verbrauch und eine bessere Sammlung der daraus entstehenden Abfälle.

7. Weitere Gesetzesfolgen

a. Berücksichtigung der Belange mittelständischer Unternehmen

Entsprechend dem Leitfaden zur Berücksichtigung der Belange mittelständischer Unternehmen in der Gesetzesfolgenabschätzung (KMU-Test) vom 30. Dezember 2015 wurde geprüft, ob weniger belastende Regelungsalternativen oder Unterstützungsmaßnahmen möglich sind. Der Gesetzentwurf trägt dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Rechnung. Dies wird im Bereich der Kostenverteilung insbesondere dadurch gewährleistet, dass den Herstellern grundsätzlich Kosten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung jeweils im Verhältnis zu der von ihnen in Verkehr gebrachten Verpackungsmenge entstehen. Folglich werden kleine und mittlere Unternehmen nicht unverhältnismäßig belastet. Darüber hinaus enthält § 34 VerpackG neu ausdrücklich Erleichterungen für kleine Inverkehrbringer von Verpackungen. Damit wurden die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen ausreichend berücksichtigt; eine generelle Sonderregelung für KMU ist vor diesem Hintergrund entbehrlich.

b. Gleichstellungspolitische Relevanzprüfung

Im Zuge der gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) vorzunehmenden Relevanzprüfung sind durch den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen zuwiderlaufen.

c. Demographie-Check

Von dem Vorhaben sind keine demographischen Auswirkungen – unter anderem auf die Geburtenentwicklung, Altersstruktur, Zuwanderung, regionale Verteilung der Bevölkerung oder das Generationenverhältnis – zu erwarten.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung des Gesetzes kommt nicht in Betracht. Mit dem Gesetz wird EU-Recht umgesetzt.

Eine Evaluierung der Richtlinie (EU) 2019/904 erfolgt nach Artikel 15 der Richtlinie (EU) 2019/904 bis zum 3. Juli 2027 durch die Europäische Kommission. Die für die Evaluierung

erforderlichen zusätzlichen Informationen für die Bewertung und die Erstellung des nach Artikel 15 Absatz 2 vorgesehenen Berichts übermitteln die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission. Mit dieser Bewertung erfolgt erstmals auch eine Bewertung der Wirksamkeit der zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/904 getroffenen Regelungen etwa betreffend die Verbrauchsminderung von Einwegkunststoffgetränkebechern und -lebensmittelverpackungen, die Produkthanforderungen und Getrenntsammlungspflichten bei Einwegkunststoffgetränkeflaschen und die Sensibilisierungsmaßnahmen von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Aufbauend auf diesem Bericht und den bis dahin gesammelten Erfahrungen auf nationaler Ebene wird die Bundesregierung bis zum 31. Dezember 2028 dieses Gesetz evaluieren. Ziel der Evaluierung ist nicht nur die Beantwortung der Frage nach der Wirksamkeit der getroffenen Umsetzungsvorschriften, sondern auch, wie die Umstellung auf Produktalternativen erfolgt ist. Kriterien für die Bewertung sind unter anderem die Häufigkeit festgestellter Verstöße gegen die getroffenen Regelungen, die verstärkte Nutzung von Mehrwegalternativen und die Art der Ersatzmaterialien für Kunststoffe. Ebenfalls im Rahmen der o.g. Evaluierung bis zum 31. Dezember 2028 wird die Bundesregierung die Umsetzung der Vorgaben nach Artikel 8a der geänderten Abfallrahmenrichtlinie bewerten. Auch hier ist das Ziel der Prüfung, inwieweit die getroffenen Umsetzungsvorschriften wirken. Zusätzlich soll bewertet werden, ob ggf. der Erlass ergänzender Vorschriften zur optimale Wirksamkeit der betreffenden Regelungen angezeigt ist.

Bei den Änderungen, die sich nicht unmittelbar aus der Umsetzung der europäischen Richtlinien ergeben, handelt es sich insbesondere um Aktualisierungen sowie Ergänzungen und Anpassungen, um den Vollzug des Verpackungsgesetzes zu vereinfachen und zu verbessern. Auch diese Vorschriften wird die Bundesregierung im Rahmen der o.g. Evaluierung bis zum 31. Dezember 2028 bewerten. Ziel der Bewertung ist neben der Frage der Wirksamkeit der betreffenden Regelungen insbesondere die Frage, ob sich in Folge von praktischen Erfahrungen bei der Anwendung des Verpackungsgesetzes weitere Änderungen des Verpackungsgesetzes zur Vereinfachung und Verbesserung des Vollzugs anbieten. .

Sofern für die Evaluierung statistische Daten nicht ausreichen, kann jeweils ergänzend eine Befragung der Länder und Verbände bzw. einzelner Unternehmen erfolgen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Verpackungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird den Regelungen des Verpackungsgesetzes eine Inhaltsübersicht vorangestellt.

Zu Nummer 2 (§ 1 „Abfallwirtschaftliche Ziele“)

In § 1 werden zwei neue Zielbestimmungen eingefügt, die mit kleineren Anpassungen den Vorgaben des Artikels 9 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2019/904 entsprechen. Sie geben insofern die bereits aus der Richtlinie (EU) 2019/904 für die Bundesrepublik Deutschland geltenden Getrenntsammlungspflichten als nationale Zielbestimmungen wieder. Danach sind von den jährlich erstmals in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffgetränkeflaschen ab dem 1. Januar 2025 mindestens 77 Masseprozent und ab dem 1. Januar 2029 mindestens 90 Masseprozent zum Zwecke des Recyclings getrennt zu sammeln.

Von den Zielbestimmungen umfasst sind ausschließlich Einwegkunststoffgetränkeflaschen mit einem Füllvolumen von bis zu 3,0 Litern. Der Begriff der „Einwegkunststoffgetränkefla-

sche“ wird im Verpackungsgesetz nicht gesondert definiert. Es handelt sich um eine besondere Form der Einwegkunststoffgetränkeverpackung. Deshalb müssen zunächst alle Voraussetzungen einer „Einwegkunststoffverpackung“ nach § 3 Absatz 4a (neu) erfüllt sein (s. dazu die Begründung unter Nummer 4 Buchstabe b). Zudem muss es sich um eine „Getränkeverpackung“ nach § 3 Absatz 2 handeln. Gemäß § 3 Absatz 2 sind „Getränkeverpackungen“ geschlossene oder überwiegend geschlossene Verkaufsverpackungen für flüssige Lebensmittel im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002, die zum Verzehr als Getränk bestimmt sind.

Durch die Einschränkung auf „Flaschen“ gelten die Getrenntsammlziele nur für Einwegkunststoffgetränkeverpackungen in Flaschenform. Der verwendete Begriff der „Einwegkunststoffgetränkeflasche“ umfasst sämtliche Getränkeflaschen, auf welche sich die Anforderung nach Artikel 9 Absatz 1 in Verbindung mit Teil F des Anhangs der Richtlinie (EU) 2019/904 bezieht. Sofern sich der Begriff der Flasche im Übrigen nicht bereits von selbst versteht, können zur näheren Auslegung die gemäß Artikel 12 der Richtlinie (EU) 2019/904 zu veröffentlichenden Leitlinien der Europäischen Kommission herangezogen werden. Die derzeit noch nur im Entwurf vorliegenden Leitlinien definieren Getränkeflaschen unter Bezugnahme auf andere gesetzliche und nicht gesetzliche Erkenntnisquellen als Getränkebehälter mit einem schmalen Hals oder Mund und einer Kapazität von bis zu drei Litern, einschließlich ihrer Verschlüsse und Deckel, die zur Aufnahme von Getränken genutzt werden. Ergänzend wird auf die ISO 21067-1:2016 verwiesen, wonach Flaschen starre Verpackungen, typischerweise aus Glas oder Plastik sind, die einen vergleichsweise schmalen Hals oder Mund haben, mit einem Verschluss und üblicherweise ohne Griff. Um die Getrenntsammlziele zu erreichen, sieht Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2019/904 für die Mitgliedstaaten unter anderem die Möglichkeit vor, Pfandsysteme einzuführen. In Deutschland besteht bereits gemäß § 31 ein von den Herstellern und Vertreibern betriebenes Pfand- und Rücknahmesystem für bestimmte Einweggetränkeverpackungen. Ziel des Pfandsystems ist es, den Marktanteil von Einweggetränkeverpackungen zu reduzieren und ökologisch vorteilhaftere Mehrwegsyste me zu stärken. Zudem wird ein Anreiz zur Rückgabe geschaffen und hierdurch Littering verhindert. Darüber hinaus wird ein sortenreines Erfassen und damit verbessertes Recycling von Einweggetränkeverpackungen ermöglicht. Durch eine Erweiterung der Pfandpflicht auf alle Einwegkunststoffgetränkeflaschen soll das bestehende Pfand- und Rücknahmesystem dazu genutzt werden, die europäischen Getrenntsammlziele zu erreichen (s. dazu die Begründung zu Nummer 24 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa).

Die Zielbestimmungen sind zwar nicht an einzelne Hersteller adressiert, aber stellen eine von den Herstellern insgesamt zu erfüllende Zielquote dar und werden daher eine erhebliche Lenkungswirkung entfalten. Sie sind gestaffelt ab unterschiedlichen Zeitpunkten zu beachten. So sind ab dem 1. Januar 2025 von den jährlich erstmals in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffgetränkeflaschen, einschließlich ihrer Verschlüsse und Deckel, mit einem Füllvolumen von bis zu 3,0 Litern zunächst mindestens 77 Masseprozent und ab dem 1. Januar 2029 mindestens 90 Masseprozent zum Zwecke des Recyclings getrennt zu sammeln. Das genaue Berechnungsverfahren ergibt sich aus einem noch von der Europäischen Kommission zu erlassenden Durchführungsrechtsakt.

Ausgenommen von der Getrenntsammlpflicht sind in Umsetzung von Artikel 9 in Verbindung mit Teil F Buchstaben a und b der Richtlinie (EU) 2019/904 Einwegkunststoffgetränkeflaschen, die nach § 30a Absatz 2 auch von den Vorgaben nach § 30a Absatz 1 ausgenommen sind, also solche, bei denen der Flaschenkörper aus Glas oder Metall besteht und lediglich die Verschlüsse oder Deckel aus Kunststoff sind, oder solche, die für flüssige Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke bestimmt sind und dafür verwendet werden (s. hierzu im Einzelnen die Begründung zu Nummer 23).

Zu Nummer 3 (§ 2 Absatz 2 Satz 2)

Durch die Einfügung des Verweises auf § 19 Absatz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in § 2 Absatz 2 Satz 2 wird klargestellt, dass die Duldungspflichten der Eigentümer und Besitzer von Grundstücken nach § 19 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auch im Hinblick auf die Sammlung der Verpackungsabfälle durch die dualen Systeme gelten. Danach muss ein Eigentümer oder Besitzer eines Grundstücks beispielsweise das Aufstellen von gelben Tonnen oder Wertstofftonnen auf seinem Grundstück sowie deren regelmäßige Leerung dulden.

Zu Nummer 4 (§ 3 „Begriffsbestimmungen“)

Zu Buchstabe a (§ 3 Absatz 2)

Die Änderung dient der Aktualisierung des Verweises auf die Verordnung (EG) Nr. 178/2002. Mit der Aktualisierung sind keine inhaltlichen Änderungen verbunden.

Zu Buchstabe b (§ 3 Absatz 4a und 4b neu)

Buchstabe b fügt einen neuen Absatz 4a und 4b ein.

§ 3 Absatz 4a definiert den Begriff der „Einwegkunststoffverpackung“ als Einwegverpackung, die ganz oder teilweise aus Kunststoff besteht. Zwar ist der in Artikel 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2019/904 verwendete Begriff des „Einwegkunststoffartikels“ weiter als der Begriff der „Einwegkunststoffverpackung“, da er auch Nichtverpackungen umfasst. Jedoch bedarf es vorliegend einer Einschränkung des Begriffs „Einwegkunststoffartikel“ auf die für die Vorgaben des Verpackungsgesetzes einschlägige Produktkategorie der Verpackungen.

Voraussetzung ist zunächst, dass es sich um eine Einwegverpackung handelt. Der Begriff der Einwegverpackung wird bereits in § 3 Absatz 4 definiert als Verpackung, die keine Mehrwegverpackung ist. Mehrwegverpackungen sind gemäß § 3 Absatz 3 Verpackungen, die dazu bestimmt sind, nach dem Gebrauch mehrfach zum gleichen Zweck wiederverwendet zu werden und deren tatsächliche Rückgabe und Wiederverwendung durch eine ausreichende Logistik ermöglicht sowie durch geeignete Anreizsysteme, in der Regel durch ein Pfand, gefördert wird. Im Übrigen wird auf die herkömmliche Auslegung dieser Begriffe im Verpackungsgesetz und auf die Ausführungen in der BT-Drucksache 18/11274 vom 22.02.2017, S. 82 f. verwiesen. Die negative Abgrenzung der Einwegverpackung zur Mehrwegverpackung entspricht somit der in der Definition des Einwegkunststoffartikels in Artikel 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2019/904 enthaltenen negativen Abgrenzung zu wiederverwendbaren Artikeln. Nicht ausdrücklich in der Begriffsbestimmung nach dem VerpackG enthalten, aber dem Begriff „Wiederverwendung“ (vgl. dazu § 3 Absatz 21 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG)) immanent ist, dass die Verpackung während der Mehrfachverwendung nicht zu Abfall werden darf. Insofern bedurfte es nicht der ausdrücklichen Übernahme „des Durchlaufens mehrerer Produktkreisläufe“ aus der umzusetzenden Norm des Artikels 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2019/904.

Die Europäische Kommission veröffentlicht nach Artikel 12 Satz 2 der Richtlinie (EU) 2019/904 in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten Leitlinien zur Auslegung des Begriffs „Einwegkunststoffartikel“. Diese Leitlinien sollen unter anderem Beispiele dafür enthalten, was als Einwegkunststoffartikel im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/904 gilt. Da hierunter auch Einwegkunststoffverpackungen fallen, können die Leitlinien auch bei der Auslegung und beim Vollzug der betreffenden Regelungen herangezogen werden (siehe dazu auch Erwägungsgrund 12 der Richtlinie (EU) 2019/904).

Des Weiteren muss eine Einwegkunststoffverpackung ganz oder teilweise aus Kunststoff bestehen. Damit wird klargestellt, dass die Begriffsdefinition nur dann erfüllt ist, wenn die Verpackung zumindest teilweise aus Kunststoff besteht (siehe dazu die neu eingefügte Kunststoffdefinition in § 3 Absatz 21), wobei es auf die Höhe des Kunststoffanteils nicht

ankommt. Insofern führen bereits geringe Mengen an Kunststoff (zum Beispiel in Beschichtungen) dazu, dass eine Verpackung als Einwegkunststoffverpackung anzusehen ist, sofern nach der Definition der enthaltene Kunststoff generell als Hauptstrukturbestandteil von Endprodukten fungieren kann. Damit stellen auch Verbundverpackungen aus Kunststoff im Sinne von § 3 Absatz 5, sofern es sich nicht um Mehrwegverpackungen handelt, zugleich Einwegkunststoffverpackungen dar.

Der neue § 3 Absatz 4b definiert den Begriff der Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und entspricht dabei inhaltlich größtenteils Teil A Nummer 2 des Anhangs zur Richtlinie (EU) 2019/904. Die Definition wird vor allem benötigt, um die in § 35 Absatz 1 adressierten Einwegkunststofflebensmittelverpackungen zu konkretisieren. Der Definition ist der Begriff der Einwegkunststoffverpackung immanent, die in § 3 Absatz 4a neu definiert wird.

Zu Buchstabe c (§ 3 Absatz 14a neu)

Der neue § 3 Absatz 14a führt den Begriff des Bevollmächtigten ein. § 3 Absatz 14a dient zusammen mit der neuen Regelung in § 35 Absatz 2 (s. den Änderungsbefehl zu Nummer 28 der Umsetzung der Vorgaben aus Artikel 8a Absatz 5 Unterabsatz 3 und 4 der Richtlinie 2008/98/EG. Mit den Regelungen zum Bevollmächtigten soll ausländischen Herstellern die Wahrnehmung der Produktverantwortung im Geltungsbereich dieses Gesetzes erleichtert werden, indem durch eine entsprechende Beauftragung die Herstellerpflichten auf diesen übertragen werden können. Wesentlich hierfür ist jedoch, dass der Bevollmächtigte im Geltungsbereich dieses Gesetzes niedergelassen ist und die Aufgaben im eigenen Namen wahrnimmt.

Zu Buchstabe d (§ 3 Absatz 14b und 14c neu)

In § 3 Absatz 14b Satz 1 wird eine Definition zum elektronischen Marktplatz eingefügt. Die Definition orientiert sich dabei im Wesentlichen an der bereits bestehenden Definition in § 25e Absatz 5 des Umsatzsteuergesetzes. In Satz 2 wird der Betreiber eines elektronischen Marktplatzes definiert. Dieser ist der handelnde Akteur eines elektronischen Marktplatzes und kommt daher als Adressat von Verpflichtungen in Betracht. Die Definition orientiert sich an § 25e Absatz 6 des Umsatzsteuergesetzes.

Der neue § 3 Absatz 14c Satz 1 enthält eine Definition des Fulfilment-Dienstleisters. Die Definition orientiert sich dabei an Artikel 3 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011. Ausdrücklich ausgenommen von der Tätigkeit eines Fulfilment-Dienstleisters werden gemäß § 3 Absatz 14c Satz 2 Postdienstleistungen nach § 4 des Postgesetzes, Paketzustelldienstleistungen nach der Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste und Frachtverkehrsdienstleistungen.

Zu Buchstabe e (§ 3 Absatz 15)

Die Änderung dient der Aktualisierung der Verweise auf das Umweltauditgesetz und auf die Verordnung (EG) Nr. 1893/2006. Es sind keine inhaltlichen Änderungen mit den Aktualisierungen verbunden.

Zu Buchstabe f (§ 3 Absatz 21 neu)

Buchstabe f fügt § 3 einen neuen Absatz 21 an. Absatz 21 definiert den Begriff „Kunststoff“ entsprechend der europarechtlichen Definition in Artikel 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2019/904 als einen Werkstoff, der aus einem Polymer besteht und als Hauptstrukturbestandteil von Endprodukten fungieren kann. Für den Polymerbegriff gilt die Definition des Artikel 3 Nummer 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006. Hiernach ist ein Polymer ein Stoff,

der aus Molekülen besteht, die durch eine Kette einer oder mehrerer Arten von Monomereinheiten gekennzeichnet sind. Diese Moleküle müssen innerhalb eines bestimmten Molekulargewichtsbereichs liegen, wobei die Unterschiede beim Molekulargewicht im Wesentlichen auf die Unterschiede in der Zahl der Monomereinheiten zurückzuführen sind. Ein Polymer enthält nach der Definition zum einen eine einfache Gewichtsmehrheit von Molekülen mit mindestens drei Monomereinheiten, die zumindest mit einer weiteren Monomereinheit bzw. einem sonstigen Reaktanten eine kovalente Bindung eingegangen sind und zum anderen weniger als eine einfache Gewichtsmehrheit von Molekülen mit demselben Molekulargewicht. Nach der EU-rechtlich vorgegebenen Begriffsbestimmung ist es für die Einordnung eines Werkstoffs als Kunststoff ohne Bedeutung, wenn ihm Zusatzstoffe oder andere Stoffe zugesetzt werden. Farben, Tinten und Klebstoffe können nicht als Hauptstrukturbestandteil von Endprodukten fungieren und fallen deshalb nicht unter die Definition. Die gegenüber dem Chemikalienrecht angepasste Definition des Begriffs „Kunststoff“ umfasst auch polymerbasierte Kautschukartikel sowie biobasierte und biologisch abbaubare Kunststoffe, unabhängig davon, ob sie aus Biomasse gewonnen werden und ob sie sich mit der Zeit zersetzen (vgl. Erwägungsgrund 11 der Richtlinie (EU) 2019/904). Ausgenommen von der Definition sind allerdings Werkstoffe, die aus natürlichen Polymeren bestehen, die nicht chemisch modifiziert wurden.

Die Kunststoffdefinition nach § 3 Absatz 21 neu entspricht der Kunststoffdefinition der Richtlinie (EU) 2019/904. Sie weicht insofern geringfügig von der Kunststoffdefinition in Artikel 3 Nummer 1a der Richtlinie 94/62/EG ab, als der Halbsatz „ausgenommen sind Werkstoffe aus natürlichen Polymeren, die nicht chemisch modifiziert wurden“ zwar in der Definition der Richtlinie (EU) 2019/904 und dem folgend auch in der nationalen Kunststoffdefinition in § 3 Absatz 21 neu enthalten ist, nicht aber in der Definition des Kunststoffbegriffs in der Richtlinie 94/62/EG, welche somit etwas weiter gefasst ist. Die Kunststoffdefinition der Richtlinie 94/62/EG bezieht sich jedoch ausschließlich auf Tragetaschen. Da handelsübliche Kunststofftragetaschen in aller Regel nicht aus natürlichen Polymeren, die nicht chemisch modifiziert wurden, hergestellt werden, ist nicht zu erwarten, dass die Herausnahme dieser Polymere aus dem Kunststoffbegriff praxisrelevante Auswirkungen auf die Reichweite des nationalen Kunststofftragetaschenverbots haben wird.

Die oben zu § 3 Absatz 4a genannten Leitlinien der Europäischen Kommission werden auch zur Kunststoffdefinition, insbesondere zur Auslegung der Begriffe „natürliches Polymer“ und „chemisch nicht modifiziert“ weitergehende Erläuterungen enthalten, damit ein einheitlicher Vollzug in den Mitgliedstaaten sichergestellt wird.

Zu Nummer 5 (§ 4 „Allgemeine Anforderungen an Verpackungen“)

Die Ergänzung stellt klar, dass die allgemeinen Anforderungen an Verpackungen nach § 4 bereits bei der Entwicklung von Verpackungen zu beachten sind.

Die Regelung dient der Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2008/98/EG in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/62/EG. Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/62/EG verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Einführung von Regimen der erweiterten Herstellerverantwortung (EHV) für alle Verpackungen. Unter dem Begriff der Regime der EHV ist ein Bündel von Maßnahmen zu verstehen, die von den Mitgliedstaaten getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Hersteller der Erzeugnisse die finanzielle Verantwortung oder die finanzielle und organisatorische Verantwortung für die Bewirtschaftung in der Abfallphase des Produktlebenszyklus übernehmen (s. Artikel 3 Nummer 21 der Richtlinie 2008/98/EG). Hersteller ist nach der Richtlinie 2008/98/EG auch jede natürliche oder juristische Person, die gewerbsmäßig Erzeugnisse entwickelt (s. Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 2. Halbsatz der Richtlinie 2008/98/EG). Damit sind die Anforderungen an die EHV bereits bei der Entwicklung von Produkten zu erfüllen. Im Verpackungsgesetz soll daher künftig die Entwicklung eines Produkts ausdrücklich im Sinne der EHV adressiert werden. Der Einschluss der Produktentwicklung ergibt sich jedoch schon bislang aus den Anforderungen an die Herstellung bzw. das Inverkehrbringen eines Produkts, da ein in Verkehr

zu bringendes Produkt, bzw. eine Verpackung vor ihrem Inverkehrbringen notwendigerweise entwickelt worden sein muss und so in der Entwicklung notwendigerweise schon die Anforderungen, die vom Verpackungsgesetz an die in Verkehr gebrachte Verpackung gestellt werden, mitgedacht werden müssen.

Zu Nummer 6 (§ 5 Absatz 3 neu)

Die Einwegkunststoffverbotsverordnung setzt Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2019/904 um und enthält in § 3 Beschränkungen des Inverkehrbringens für bestimmte Einwegkunststoffartikel, die sowohl Verpackungen als auch Nichtverpackungen betreffen. Durch den neuen § 5 Absatz 3 soll insofern klargestellt werden, dass § 5 des Verpackungsgesetzes im Hinblick auf Beschränkungen des Inverkehrbringens von Verpackungen nicht abschließend ist, sondern die Beschränkungen aus § 3 der Einwegkunststoffverbotsverordnung auch im Hinblick auf Verpackungen daneben anzuwenden sind. Diese Klarstellung ist auch vor dem Hintergrund des bereits bestehenden § 2 Absatz 3 sachgerecht, da die dortige Regelung das Inverkehrbringen einer Verpackung voraussetzt. Die Klausel in § 2 Absatz 3 betreffend Rechtsvorschriften mit besonderen Anforderungen an Verpackungen umfasst aber etwa den Fall, dass in Umsetzung von Artikel 7 der Richtlinie (EU) 2019/904 in einer auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz gestützten Verordnung Anforderungen zur Kennzeichnung von Verpackungen normiert werden.

Zu Nummer 7 (§ 7 „Systembeteiligungspflicht“)

Zu Buchstabe a (§ 7 Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 7 Absatz 1 Satz 1)

Mit der Einfügung der Wörter „vor dem Inverkehrbringen“ wird klargestellt, zu welchem Zeitpunkt die Systembeteiligung zu erfolgen hat. Dies ergibt sich auch bereits aus der Systematik des Gesetzes, da für systembeteiligungspflichtige Verpackungen, die zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens noch nicht an einem System beteiligt sind, automatisch das neu gefasste Vertriebsverbot in § 7 Absatz 7 greift. Nunmehr lässt sich auch dem Gesetzestext eindeutig entnehmen, dass bereits das erstmalige Inverkehrbringen ohne vorherige Systembeteiligung einen Gesetzesverstoß darstellt und den objektiven Ordnungswidrigkeitsbestand der Nichtbeteiligung gemäß § 36 Absatz 1 Nummer 3 erfüllt.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 7 Absatz 1 Satz 4)

Das Vertriebsverbot in Bezug auf systembeteiligungspflichtige Verpackungen, die der Hersteller nicht an einem System beteiligt hat, wird inhaltlich erweitert und in Absatz 7 neu gefasst (siehe die Begründung zu Buchstabe c). Das bisherige Vertriebsverbot in § 7 Absatz 1 Satz 4 kann insofern gestrichen werden.

Zu Buchstabe b (§ 7 Absatz 2 Satz 3)

Letztvertreiber von Serviceverpackungen unterliegen als diejenigen, die die Serviceverpackungen mit Ware befüllen, grundsätzlich der Systembeteiligungspflicht nach Absatz 1. Mit der ausnahmsweisen Möglichkeit gemäß § 7 Absatz 2, die Systembeteiligungspflicht auf einen Vorvertreiber der Serviceverpackungen zu übertragen, gehen gemäß Satz 3 auch die Herstellerpflichten nach den §§ 9 bis 11 insoweit auf den verpflichteten Vorvertreiber über. Das hätte zur Folge, dass ein eigentlich verpflichteter Letztvertreiber in dem Fall, in dem er die Systembeteiligungspflicht für alle von ihm in Verkehr gebrachten Verpackungen auf einen Vorvertreiber überträgt, sich nicht mehr gemäß § 9 in dem Verpackungsregister registrieren müsste. Dadurch würden also viele Erstinverkehrbringer von befüllten Serviceverpackungen nicht im Verpackungsregister erscheinen.

Um die dadurch entstehende Transparenzlücke im Verpackungsregister zu schließen, wird § 7 Absatz 2 Satz 3 um einen Halbsatz ergänzt, wonach der Letztvertreiber als eigentlicher

Hersteller nach Absatz 1 Satz 1 zusätzlich, also neben dem Vorvertreiber, auf den die Herstellerpflichten übertragen wurden, selbst zur Registrierung gemäß § 9 verpflichtet bleibt. Dabei hat er gemäß § 9 Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 gegebenenfalls zu erklären, dass er ausschließlich bereits durch seine Vorvertreiber systembeteiligte Serviceverpackungen in Verkehr bringt. Da es sich um eine einmalige Registrierung handelt, werden hierdurch auch kleine und mittlere Unternehmen nicht übermäßig belastet.

Zu Buchstabe c (§ 7 Absatz 7 neu)

Immer mehr verpackte Waren kommen über elektronische Plattformen aus dem Ausland nach Deutschland. Insofern ist es von besonderer Bedeutung, dass auch die Hersteller und Vertreiber mit Sitz im Ausland den nationalen Pflichten nach dem Verpackungsgesetz nachkommen, wenn sie Verpackungen in Deutschland in Verkehr bringen. Gemäß § 3 Absatz 14 Satz 2 gilt derjenige, der eine Verpackung nach Deutschland einführt und hier erstmals in Verkehr bringt, als Hersteller und hat somit sämtliche Herstellerpflichten wahrzunehmen. Dazu zählen bei systembeteiligungspflichtigen Verpackungen vor allem die Registrierung gemäß § 9 und die Systembeteiligung gemäß § 7. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass viele Importeure aus dem Ausland, insbesondere bei einem Direktvertrieb über das Internet, diesen Pflichten nur unzureichend nachkommen. Die hoheitliche Durchsetzung der Pflichten des Verpackungsgesetzes gegenüber im Ausland sitzenden Herstellern, insbesondere gegenüber Hersteller mit Sitz außerhalb der EU, ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet.

Um sicherzustellen, dass dennoch nur solche Verpackungen in Deutschland in Verkehr gebracht werden, bei denen die Rücknahme und anschließende Verwertung durch die Produktverantwortlichen gewährleistet ist, sieht das Verpackungsgesetz in § 9 Absatz 5 ein Vertriebsverbot im Hinblick auf Verpackungen vor, deren Hersteller sich nicht gemäß § 9 Absatz 1 im Verpackungsregister der Zentralen Stelle registriert haben. Zusätzlich bestand gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 bisher ein Vertriebsverbot in Bezug auf systembeteiligungspflichtige Verpackungen, mit denen sich die Hersteller nicht an einem System beteiligt haben. Allerdings richten sich diese bislang schon bestehenden Vertriebsverbote nur an die Hersteller und nachfolgenden Vertreiber der Verpackungen. Der Begriff des Vertreibers in § 3 Absatz 12 bezieht sich zwar auf alle Handelsstufen und Vertriebsmethoden und erfasst daher neben dem stationären Handel auch Online-Shops mit Sitz in Deutschland. Viele Online-Käufe erfolgen inzwischen aber direkt bei ausländischen Anbietern, sodass die bisherigen Vertriebsverbote häufig ins Leere laufen.

Das bisherige Vertriebsverbot in § 7 Absatz 1 Satz 4 wird daher erweitert und im Absatz 7 neu gefasst, wobei es sprachlich an das vergleichbare Vertriebsverbot in § 9 Absatz 5 angepasst wird. Gemäß § 7 Absatz 7 Satz 1 dürfen Hersteller ihre systembeteiligungspflichtigen Verpackungen nicht in Verkehr bringen, wenn sie sich mit diesen Verpackungen entgegen Absatz 1 vorher nicht an einem System beteiligt haben. Gemäß § 7 Absatz 7 Satz 2 gilt das Vertriebsverbot auch für alle nachfolgenden Vertreiber. Das Vertriebsverbot greift hingegen nicht, wenn ein Hersteller anstelle der Systembeteiligung eine Branchenlösung nach § 8 betreibt, weil in diesem Fall die Pflicht gemäß § 7 Absatz 1 zur Systembeteiligung entfällt.

Neu aufgenommen werden in § 7 Absatz 7 Satz 2 die Betreiber eines elektronischen Marktplatzes nach § 3 Absatz 14b Satz 2. Da Betreiber eines elektronischen Marktplatzes lediglich den Verkauf von Waren zwischen Verkäufern und Käufern vermitteln, jedoch nicht selbst als Vertreiber im Sinne des Verpackungsgesetzes auftreten, waren sie von den bisherigen Vertriebsverböten nicht erfasst. Deshalb wird ihnen nun ausdrücklich untersagt, Vertreibern das Anbieten von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen zum Verkauf auf ihren elektronischen Marktplätzen in Deutschland zu ermöglichen, wenn sich die Hersteller mit diesen Verpackungen entgegen Absatz 1 nicht an einem System beteiligt haben.

Dadurch werden sie implizit zur Überprüfung der Systembeteiligung verpflichtet, zum Beispiel anhand der den Herstellern von den Systemen ausgestellten Bestätigung nach § 7 Absatz 1 Satz 3.

Ebenfalls bisher nicht von den Vertriebsverboten erfasst waren sogenannte Fulfilment-Dienstleister nach dem neu eigenfügten § 3 Absatz 14c. Sie unterstützen durch ihre Dienstleistungen Vertrieber beim Inverkehrbringen von Waren, indem sie die Waren zum Beispiel lagern, verpacken, adressieren und versenden. Deshalb werden ihre Dienstleistungen häufig von im Ausland ansässigen Vertriebern in Anspruch genommen, um Waren in Deutschland in Verkehr zu bringen. Da Fulfilment-Dienstleister in der Regel lediglich als Erfüllungsgehilfen für die Vertrieber tätig werden, sind sie selbst nicht als Vertrieber im Sinne des Verpackungsgesetzes anzusehen. Aus diesem Grund werden sie ausdrücklich im neuen § 7 Absatz 1 Satz 3 adressiert, der ihnen zukünftig die Unterstützung beim Inverkehrbringen von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen untersagt, wenn sich die Hersteller dieser Verpackungen entgegen Absatz 1 nicht an einem System beteiligt haben. Somit besteht auch für Fulfilment-Dienstleister eine implizite Prüfpflicht in Bezug auf die Systembeteiligung.

Im 2. Halbsatz von Satz 3 wird außerdem klargestellt, dass Fulfilment-Dienstleister nicht als Inverkehrbringer von Versandverpackungen anzusehen sind, selbst wenn sie die Versandverpackungen selbst mit Ware befüllen. In diesem Fall ist vielmehr der Vertrieber, in dessen Auftrag sie die Versandverpackungen befüllen und absenden, als Hersteller anzusehen und somit auch zur Systembeteiligung verpflichtet, wenn es sich um systembeteiligungspflichtige Verpackungen handelt, was bei Versandverpackungen regelmäßig der Fall ist.

Die Erweiterung des Vertriebsverbotes dient auch der Umsetzung des Artikels 8a Absatz 5 der Richtlinie 2008/98/EG. Dieser schreibt die Schaffung eines geeigneten Überwachungs- und Durchsetzungsrahmens vor, um sicherzustellen, dass die Hersteller und Organisationen, die durch die EHV verpflichtet werden, ihren Verpflichtungen auch im Fernabsatz nachkommen.

Zu Nummer 8 (§ 8 „Branchenlösung“)

Zu Buchstabe a (§ 8 Absatz 4 neu)

Die Ergänzung des neuen § 8 Absatz 4 dient der Klarstellung. Nach Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c sowie Buchstabe d Ziffer i der Richtlinie 2008/98/EG müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Hersteller von Erzeugnissen zum einen über die erforderlichen finanziellen Mittel oder finanziellen und organisatorischen Mittel verfügen, um ihren Verpflichtungen im Rahmen der EHV nachzukommen. Es ist davon auszugehen, dass die Hersteller bereits zum jetzigen Zeitpunkt Vorkehrungen im Hinblick auf das Vorhalten der erforderlichen finanziellen und organisatorischen Mittel treffen, um ihren Pflichten nach § 8, insbesondere ihren Rücknahme- und Verwertungspflichten, nachkommen zu können. Zudem müssen sie bereits nach der bisherigen Rechtslage die Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts einhalten. Die getroffene Regelung überlässt es mit Blick auf die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Hersteller ihrer Eigenverantwortung, wie sie das Vorhandensein der erforderlichen finanziellen oder organisatorischen Mittel sicherstellen.

Zum anderen wird durch den Verweis auf § 15 Absatz 5 klargestellt, dass Hersteller von Verpackungen nach § 8 einen geeigneten Eigenkontrollmechanismus zur Bewertung ihrer Finanzverwaltung einrichten müssen. Aufgrund der möglichen Heterogenität der einzelnen Hersteller ist es weder sachgerecht noch angemessen, die Form der Sicherstellung der erforderlichen finanziellen oder organisatorischen Mittel sowie der Eigenkontrollmechanismen im Detail vorzuschreiben. Vielmehr überlässt es die getroffene Vorgabe mit Blick auf

die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Hersteller ihrer Eigenverantwortung, in welcher Art und Weise sie – auf der Grundlage des Handels- und Gesellschaftsrechts – die Einhaltung dieser Regelung gewährleisten.

Zu Buchstabe b (§ 8 Absatz 5 neu)

Die Änderung stellt eine formale Anpassung in Folge der Einfügung des neuen § 8 Absatz 4 dar. Der Inhalt des bisherigen § 8 Absatz 4 ist künftig in § 8 Absatz 5 geregelt. Inhaltliche Änderungen sind nicht damit verbunden.

Zu Nummer 9 (§ 9 „Registrierung“)

Zu Buchstabe a (§ 9 Absatz 1)

Die Erweiterung der Registrierungspflicht dient der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 5 der Richtlinie 2008/98/EG, nämlich der Verbesserung des Überwachungs- und Durchsetzungsumrahmens für die Regelungen zur erweiterten Herstellerverantwortung, insbesondere im Bereich der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen. Ziel ist es, der Unterlizenzierung entgegenzuwirken, also der Tatsache, dass sich Hersteller, die systembeteiligungspflichtige Verpackungen auf den Markt bringen und die sich folglich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 1 an einem System beteiligen müssten, diesen Pflichten nicht nachkommen. Daneben wird auch der Vollzug von anderen Vorschriften, die Pflichten aufgrund der erweiterten Herstellerverantwortung für Hersteller von nicht systembeteiligungspflichtigen Verpackungen regeln, verbessert, indem diese Hersteller das Inverkehrbringen von nicht systembeteiligungspflichtigen Verpackungen ebenfalls kenntlich machen müssen.

Die Regelung erweitert die bisherige Registrierungspflicht für Hersteller von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen auf alle Hersteller von Verpackungen, also auch von nicht systembeteiligungspflichtigen Verpackungen. Vorgesehen ist eine einmalige Registrierung, bei der die Hersteller ihr Tätigwerden am Markt bei der Zentralen Stelle anzeigen müssen und sowohl Kontaktdaten (Adresse, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse) als auch ihre nationale oder europäische Steuernummer zur Identifikation angeben müssen. Damit müssen sich auch die Hersteller von nicht systembeteiligungspflichtigen Verpackungen zukünftig einmalig bei der Zentralen Stelle registrieren, bevor sie Verpackungen in Verkehr bringen. Diejenigen Hersteller, die sowohl systembeteiligungspflichtige als auch nicht systembeteiligungspflichtige Verpackungen in Verkehr bringen, müssen sich auf Grund der Änderung auch – einmalig – vor dem Inverkehrbringen für die von ihnen in Verkehr gebrachten Verpackungen registrieren lassen, die nicht systembeteiligungspflichtig sind.

Die Erweiterung der Registrierungspflicht dient neben den oben genannten Gründen auch der Verbesserung der Datenerhebung durch die statistischen Landesämter, die aus dem Register die zu befragenden Hersteller von Verpackungen ersehen können.

Zu Buchstabe b (§ 9 Absatz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 9 Absatz 2 Nummer 1)

Die Aufnahme der nationalen oder europäischen Steuernummer des Herstellers in die nach § 9 Absatz 4 Satz 1 zu veröffentlichenden Angaben der Nummer 1 dient der einfachen und eindeutigen Identifizierung der Hersteller im Register.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 9 Absatz 2 Nummer 2 und 3 neu)

In § 9 Absatz 2 Nummer 2 und 3 neu wird ergänzt, welche zusätzlichen Angaben im Falle einer Bevollmächtigung nach dem neuen § 33 Absatz 2 bei der Registrierung zu machen sind. Bisher war eine Bevollmächtigung nach dem Verpackungsgesetz nicht vorgesehen. Insoweit gibt es bisher bei keinem bereits registrierten Hersteller Angaben zu Bevollmächtigten; bei der Angabe „Bevollmächtigung“ wäre bei ihnen „nein“ zu vermerken. Folglich

stellt die Beauftragung eines Bevollmächtigten nach dem neuen § 35 Absatz 2 eine Änderung dar, die auch eine Änderung der Registrierungsdaten gegenüber der Zentralen Stelle nach § 9 Absatz 1 Satz 2 notwendig macht.

Zu Doppelbuchstabe cc (§ 9 Absatz 2 Nummer 4 bis 6)

Die Änderung stellt eine formale Anpassung in Folge der neu aufgenommenen § 9 Absatz 2 Nummer 2 und 3 dar.

Zu Doppelbuchstabe dd (§ 9 Absatz 2 Nummer 5 neu)

Die im neuen § 9 Absatz 2 Nummer 5 aufgeführten Angaben werden zwar bei der Registrierung durch die Hersteller erfasst, werden jedoch gemäß § 9 Absatz 4 Satz 1 nicht veröffentlicht. Die Veröffentlichung der E-Mail-Adresse ist zur eindeutigen Identifikation der Hersteller bzw. der Bevollmächtigten nicht erforderlich, weswegen auf ihre Veröffentlichung zukünftig verzichtet wird. Demgegenüber würde eine Veröffentlichung die Gefahr bergen, dass die Hersteller bzw. die Bevollmächtigten unerwünschte und massenhaft gesendete E-Mails (Spam) erhalten. Einer Kontaktaufnahme per E-Mail durch die Zentrale Stelle steht der Verzicht auf eine Veröffentlichung nicht entgegen.

Zu Doppelbuchstabe ee (§ 9 Absatz 2 Nummer 6 neu)

Die Änderungen dienen der Erweiterung der Registrierungspflicht auf nicht systembeteiligungspflichtige Verpackungen.

Zu Doppelbuchstabe ff (§ 9 Absatz 2 Nummer 7 und 8 neu)

Die Aufnahme des neuen § 9 Absatz 2 Nummer 7 dient der Erweiterung der Registrierungspflicht auf nicht systembeteiligungspflichtige Verpackungen. Erforderlich ist lediglich eine Angabe dahingehend, welche der in Nummer 7 genannten Verpackungsarten von dem jeweiligen Hersteller in Verkehr gebracht werden, nicht jedoch Angaben zur Masse oder Materialzusammensetzung der Verpackungen.

Der neue § 9 Absatz 2 Nummer 8 enthält die zuvor in § 9 Absatz 2 Nummer 6 geregelte Erklärung über die wahrheitsgemäßen Angaben. Diese muss sich auf alle gemäß Absatz 2 gemachten Angaben beziehen, also auch auf diejenigen nach dem neuen Satz 2.

Zu Doppelbuchstabe gg

Die Änderung dient der redaktionellen Folgeanpassung aufgrund der geänderten Regelungssystematik und Inhalte.

Zu Doppelbuchstabe hh (§ 9 Absatz 2 Satz 2 neu)

Die Änderung übernimmt die bisher in § 9 Absatz 2 Nummer 5 geregelte Erklärung. Ergänzend aufgenommen wird die bei der Registrierung abzugebende Erklärung eines Herstellers, der seine Pflicht zur Systembeteiligung gemäß § 7 Absatz 2 vollständig auf einen oder mehrere Vorvertreiber übertragen hat, dass er nur durch den oder die Vorvertreiber bereits systembeteiligte (sog. vorlizensierte) Verpackungen in Verkehr bringt. Dadurch soll die Transparenz des Verpackungsregisters verbessert werden, indem für die Zentrale Stelle auf den ersten Blick erkennbar ist, welche Hersteller ausschließlich bereits vorlizensierte Serviceverpackungen in Verkehr bringen und somit keine eigene Systembeteiligung vorzunehmen haben. Diese Regelung dient mithin der Verbesserung des Vollzuges im Bereich von vorlizensierten Serviceverpackungen und damit der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 5 der Richtlinie 2008/98/EG.

Zu Buchstabe c (§ 9 Absatz 4)

Die Änderungen in § 9 Absatz 4 dienen der Anpassung an die Änderungen in § 9 Absatz 2. Insbesondere wird ergänzt, dass auch die zusätzlichen Angaben zum Bevollmächtigten von der Zentralen Stelle im Internet zu veröffentlichen sind. Die Veröffentlichung im Internet soll es jedermann ermöglichen, sich in einer frei zugänglichen Online-Datenbank über die Registrierung der jeweiligen Hersteller zu informieren.

Zu Buchstabe d (§ 9 Absatz 5)

Buchstabe d erweitert das bereits bestehende Vertriebsverbot in § 9 Absatz 5, um dort ebenfalls – wie im neuen § 7 Absatz 7 – die bisher nicht erfassten Marktakteure der Betreiber von elektronischen Marktplätzen und Fulfilment-Dienstleister zu adressieren. Das Vertriebsverbot gemäß § 9 Absatz 5 bezieht sich – anders als in § 7 Absatz 7 (neu) – auf alle Verpackungen, deren Hersteller entgegen § 9 Absatz 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert sind. Zukünftig müssen also auch Betreiber eines elektronischen Marktplatzes und Fulfilment-Dienstleister darauf achten, dass die Hersteller im Verpackungsregister der Zentralen Stelle eingetragen sind, bevor sie das Anbieten von deren Verpackungen zum Verkauf ermöglichen bzw. Fulfilment-Dienstleistungen in Bezug auf deren Verpackungen erbringen. Hierzu reicht es grundsätzlich aus, einen (elektronischen) Datenabgleich mit den öffentlich zugänglichen Informationen des Verpackungsregisters durchzuführen.

Zu Nummer 10 (§ 10 Absatz 1 Satz 3 und 4 neu)

Durch die Einfügung der neuen Sätze 3 und 4 in § 10 Absatz 1 wird klargestellt, dass sich in der Meldung der Hersteller an die Zentrale Stelle die Angaben zur Materialart der an einem System beteiligten Verpackungen an den in § 16 Absatz 2 Satz 1 und 2 genannten Materialarten zu orientieren haben. Außerdem sind Verbundverpackungen, die aufgrund ihres über 95%igen Hautmaterialbestandteils später gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 zusammen mit dem Hauptmaterialstrom verwertet werden, in der Meldung nach § 10 als Verpackungen der jeweiligen Hauptmaterialart anzugeben, also nicht als Verbundverpackungen, sondern beispielsweise als Glas- oder Aluminiumverpackungen. Denn nur auf diese Weise können der Datenabgleich bei der Zentralen Stelle sowie die Quotenberechnung nach § 16 Absatz 2 ordnungsgemäß erfolgen.

Zu Nummer 11 (§ 11 „Vollständigkeitserklärung“)

Zu Buchstabe a (Absatz 2 Satz 3 neu)

Durch die Einfügung des neuen Satz 3 wird klargestellt, dass Verbundverpackungen, die aufgrund ihres über 95%igen Hautmaterialbestandteils gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 zusammen mit dem Hauptmaterialstrom verwertet wurden, in der Vollständigkeitserklärung als Verpackungen der jeweiligen Hauptmaterialart anzugeben sind, also nicht als Verbundverpackungen, sondern beispielsweise als Glas- oder Aluminiumverpackungen. Denn nur auf diese Weise kann der Datenabgleich im Rahmen der Überprüfung bei der Zentralen Stelle ordnungsgemäß funktionieren.

Zu Buchstabe b (Absatz 3 Satz 2)

Der Verweis auf § 2 des Signaturgesetzes in § 11 Absatz 3 Satz 2 ist nach dessen Außerkrafttreten am 29. Juli 2017 zu streichen. Das Erfordernis einer qualifizierten elektronischen Signatur zur Bestätigung der Prüfung der Vollständigkeitserklärung soll jedoch bestehen bleiben. Die Anforderungen an die qualifizierte elektronische Signatur ergeben sich nun unmittelbar aus der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG.

Zu Nummer 12 (§ 14 Absatz 3)

Zu Buchstabe a (§ 14 Absatz 3 Satz 1)

Die Änderung dient der Anpassung an die Vorgaben nach Artikel 8a Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG, nach dem die Informationspflicht nicht auf die Information privater Endverbraucher beschränkt ist.

Zu Buchstabe b (§ 14 Absatz 3 Satz 2 neu)

Die Ergänzung dient der Umsetzung von Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2019/904. Die Vorschrift regelt Sensibilisierungsmaßnahmen gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verminderung der Vermüllung der Umwelt. Die Richtlinie verfolgt insgesamt das Ziel, Kunststoffeinträge in die Umwelt zu verringern. Die gesamten Regelungen der Richtlinie und damit auch die Sensibilisierungsmaßnahmen beziehen sich jeweils auf bestimmte Einwegkunststoffprodukte, zu denen häufig auch Verpackungen zählen. Neben der kommunalen Abfallberatungspflicht in § 46 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die um die neuen Aspekte der Sensibilisierungsmaßnahmen nach Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2019/904 ergänzt wird, sollen daher auch die dualen Systeme im Rahmen ihrer Informationspflicht nach § 14 Absatz 3 an der Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher mitwirken. Dabei wird durch § 14 Absatz 3 Satz 3 (zukünftig Satz 4) sichergestellt, dass sich die dualen Systeme bezüglich der einzelnen Informationsmaßnahmen mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern abstimmen.

Der neu eingefügte § 14 Absatz 3 Satz 2 erweitert die bisherigen Informationspflichten der dualen Systeme und setzt die in Bezug auf Verpackungen besonders relevanten Aspekte aus Artikel 10 Buchstaben a) und b) der Richtlinie (EU) 2019/904 um. Danach werden die dualen Systeme nunmehr auch verpflichtet, die privaten Endverbraucher über die Auswirkungen nicht ordnungsgemäß entsorgter, insbesondere achtlos weggeworfener Einwegkunststoffverpackungen auf die Umwelt, insbesondere die Meeresumwelt, zu informieren. Außerdem sind die privaten Endverbraucher über geeignete Maßnahmen zur Vermeidung dieser Umweltauswirkungen aufzuklären, wozu neben einer ordnungsmäßigen Abfalltrennung und -entsorgung insbesondere die Verwendung von Mehrwegverpackungen als Alternative zu den in Teil G des Anhangs der Richtlinie (EU) 2019/904 aufgeführten Einwegkunststoffverpackungen gehört.

Eine vergleichbare Pflicht wird durch die Änderung von § 46 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auch für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger normiert. Die parallele Regelung von Sensibilisierungsmaßnahmen im Kreislaufwirtschaftsgesetz und im Verpackungsgesetz ist zur effektiven Umsetzung der Richtlinienvorgaben geboten. Da die Einwegkunststoffprodukte in Teil G des Anhangs der Richtlinie (EU) 2019/904 überwiegend als systembeteiligungspflichtige Verpackungen einzuordnen sind und zudem einen erheblichen Anteil an der Vermüllung des öffentlichen Raumes und der Meere haben, ist eine ergänzende Informationspflicht durch die dualen Systeme zweckmäßig. Lediglich im Hinblick auf Artikel 10 Buchstabe c der Richtlinie (EU) 2019/904 wird auf eine zusätzliche Umsetzung im Verpackungsgesetz verzichtet, da der Aspekt der Auswirkungen auf Abwasseranlagen nur einen sehr geringen Verpackungsbezug aufweist und aus diesem Grund eine den § 46 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergänzende Informationspflicht der dualen Systeme nicht geboten erscheint.

Zu Buchstabe c (§ 14 Absatz 3 Sätze 4 und 5 neu)

Der neue § 14 Absatz 3 Satz 4 dient der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe e Ziffern i, ii und iii der Richtlinie 2008/98/EG. Um eine Überfrachtung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit Informationen zu vermeiden, sind die hier normierten Informationen über das Internet des jeweiligen Systems zu veröffentlichen. Jegliche Interessenten wie Journalisten als auch Bürgerinnen und Bürger, andere Systeme oder öffentliche Stellen können die betreffenden Informationen einsehen. Durch die übersichtliche Anzahl an Systemen in Deutschland ist auch der Rechercheaufwand zum Auffinden von Informationen auf jeweiligen Internetseiten, überschaubar. Zudem verhindert die Regelung nicht, dass

Verbraucherinnen und Verbrauchern die o.g. Informationen auch auf anderem Weg in geeigneter Form mitgeteilt werden. Die o.g. Regelung stellt damit lediglich eine Mindestanforderung dar. Eine Veröffentlichung auf den jeweiligen Internetseiten der Systeme ist schließlich für die Systeme selbst mit vergleichsweise niedrigem administrativen und bürokratischen Aufwand verbunden. Daneben ermöglicht es der direkte Zugriff des betreffenden Systems auf seine eigene Internetseite, auf der die Informationen stehen, die Aktualität der jeweils veröffentlichten Informationen sicherzustellen. Die Informationen müssen dauerhaft auf einer Internetseite des Systems verfügbar sein. Die bloße Veröffentlichung in einem periodisch im Internet erscheinenden Informationsblatt des Systems genügt dieser Anforderung nicht. Zudem sind die betreffenden Informationen regelmäßig zu aktualisieren. Diese Vorgabe schließt es aus, dass über einen unangemessen langen Zeitraum nur veraltete Informationen zu den Inhalten nach § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummern 1 bis 3 auf der Internetseite verfügbar sind.

Artikel 8a Absatz 8 der Richtlinie 2008/98/EG stellt klar, dass die einschlägigen unionsrechtlichen und nationalen Vorschriften zur Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen unberührt bleiben. In Umsetzung dieser Vorgabe müssen Informationen, die Geschäftsgeheimnisse darstellen, nicht veröffentlicht werden. Ein Geschäftsgeheimnis ist nach der gesetzlichen Definition in § 2 Nummer 1 des Geschäftsgeheimnisgesetzes „eine Information, die weder insgesamt noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile den Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne Weiteres zugänglich ist und daher von wirtschaftlichem Wert ist und die Gegenstand von den Umständen nach angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen durch ihren rechtmäßigen Inhaber ist und bei der ein berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung besteht“. Unter diese Begriffsdefinition fallen auch diejenigen Geschäftsgeheimnisse, die im deutschen Recht bislang unter den Begriff des Betriebsgeheimnisses gefasst wurden, wenn diese Informationen den in den Buchstaben a bis c aufgestellten Voraussetzungen genügen. Es kann sich bei Geschäftsheimnissen mithin sowohl um technisches wie auch um kaufmännisches Wissen handeln. Zur weiteren Begründung wird auf die Bundestagsdrucksache 19/4724, S. 24 f verwiesen.

Die Veröffentlichung der Informationen nach § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummern 1 bis 3 dient der Transparenz und Vergleichbarkeit.

Nach § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummer 1 sind Informationen zu den Eigentums- und Mitgliedsverhältnissen zu veröffentlichen. Da das Verpackungsgesetz den Systemen nach § 3 Absatz 16 die Wahl lässt, ob sie sich als privatrechtlich organisierte juristische Person oder Personengesellschaft formieren, stellt die Nennung von „Eigentums- oder Mitgliedsverhältnissen“ sicher, dass entsprechende Informationen unabhängig von der Organisationsform zu veröffentlichen sind. Über den Begriff „Mitgliedsverhältnisse“ sind auch Informationen über Organisationsformen, die keine Eigentümer, sondern Mitglieder haben, wie etwa Vereine, zu veröffentlichen. Nicht darunter fallen mithin aber Informationen dazu, welche Hersteller systembeteiligungspflichtiger Verpackungen mit ihren Verpackungen an dem jeweiligen System beteiligt sind.

Die Veröffentlichung der Informationen nach § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 stellt in Umsetzung der europäischen Vorgaben keine inhaltlichen Forderungen an das betreffende Auswahlverfahren, sondern verlangt lediglich eine Veröffentlichung des Auswahlverfahrens oder der Auswahlkriterien, die einer Entscheidung der Systeme für eine Verwertungseinrichtung zu Grunde liegen. Ziel ist auch bei dieser Vorgabe die höhere Transparenz des Gesamtregimes. Mit Blick auf die bereits bestehenden Vorgaben nach § 23 wird die Pflicht zur Veröffentlichung von Informationen über die Verfahren zur Auswahl nach dem neuen § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 beschränkt. Die Informationspflicht nach § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 neu besteht nur in denjenigen Fällen, in denen es sich nicht um die Vergabe von Sammelleistungen handelt. Für diesen Fall sieht nämlich das geltende Recht in § 23 Absatz 4 bereits vor, dass vor jeder Vergabe einer Leistung zur Sammlung aller restent-

leerten Verpackungen bei den privaten Endverbrauchern oder in deren Nähe alle erforderlichen Unterlagen für ein Angebot zur Erbringung der entsprechenden Leistung öffentlich in einer Auftragsbekanntmachung mitzuteilen sind. Aus diesen Informationen ergeben sich auch die Verfahren zur Auswahl der betreffenden Einrichtung zur Sammlung von Verpackungen.

Veröffentlicht ein System eine Information nach § 14 Absatz 3 Satz 4 Nummern 1 bis 3 unter Berufung auf das Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen nicht, so muss es nach § 14 Absatz 3 Satz 5 neu das Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen schriftlich oder elektronisch nachvollziehbar begründen. Zudem ist die Begründung der Zentralen Stelle zu übermitteln. Ergänzt wird diese Regelung inhaltlich von § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6a neu.

Zu Nummer 13 (§ 15 „Pflichten der Hersteller und Vertreiber zur Rücknahme und Verwertung“)

Zu Buchstabe a (§ 15 Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 15 Absatz 1 Satz 1)

Durch die Einfügung von Mehrwegverpackungen in § 15 Absatz 1 Satz 1 wird klargestellt, dass auch in Bezug auf Mehrwegverpackungen eine Rücknahmepflicht der Inverkehrbringer besteht. Bisher ergab sich eine solche nur indirekt aus der gesetzlichen Definition der Mehrwegverpackung in § 3 Absatz 3, wonach ein Inverkehrbringer von Mehrwegverpackungen die Rücknahme durch eine ausreichende Logistik und geeignete Anreizsysteme ermöglichen muss. Damit ist außerdem klargestellt, dass auch Mehrwegverpackungen, wie von der Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie 94/62/EG gefordert, einem Regime der erweiterten Herstellerverantwortung gemäß Artikel 8a der Richtlinie 2008/98/EG unterliegen. Denn durch die Einfügung in den § 15 sind auch die übrigen allgemeinen Vorgaben des § 15 auf Mehrwegverpackungen anzuwenden.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 15 Absatz 1 Satz 5 neu)

Die Einfügung des Satzes 5 in § 15 Absatz 1 dient der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie 2008/98/EG für Verpackungen nach § 15 Absatz 1 Satz 1. Nach dieser Richtlinienvorgabe müssen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit die unter die Regime der EHV fallenden Abfallbesitzer über verschiedene Inhalte wie über Abfallvermeidungsmaßnahmen, Rücknahme- und Sammelsysteme sowie die Vermeidung von Vermüllung informiert werden. Durch die Regelung wird klargestellt, dass diese Information der Öffentlichkeit grundsätzlich eine im Rahmen der Produktverantwortung wahrzunehmende Aufgabe der Wirtschaft ist. Absatz 1 Satz 5 normiert vor diesem Hintergrund eine allgemeine Informationspflicht über Rückgabemöglichkeiten von Verpackungen und deren Sinn und Zweck, die sich auf jegliche von § 15 Absatz 1 Satz 1 erfasste Verpackungsarten bezieht. Sie stellt insoweit eine allgemeine Grundregelung zur Spezialregelung des § 15 Absatz 2 Satz 2 für Verpackungen nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 und 4 dar.

Die dadurch bedingte Aufklärung der Endverbraucher soll zu besseren Ergebnissen bei der Rückgabe von Verpackungen führen und somit den Herstellern und Vertreibern die Erfüllung ihrer Verwertungsanforderungen erleichtern. Zugleich leistet die Regelung einen Beitrag, die Erfüllung der europäischen Verwertungsziele nach der EU-Richtlinie 94/62/EG sicherzustellen.

Zu Buchstabe b (§ 15 Absatz 3)

Im Rahmen der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d Ziffer ii der Richtlinie 2008/98/EG werden die Nachweis-, Dokumentations-, und Vorlagepflichten, die bisher nur

für Verpackungen nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 und 4 bestanden – also für systemunverträgliche Verpackungen nach § 7 Absatz 5 und für Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter – auf alle Verpackungen des § 15 ausgeweitet.

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 15 Absatz 3 Satz 3)

Durch die Neufassung des Satzes 3 wird die Pflicht zur Nachweisführung über die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen auf die Hersteller und Vertreiber aller Verpackungen nach § 15 Absatz 1 Satz 1 ausgedehnt. Die Regelung ergänzt die neu geschaffene Auskunftspflicht in § 14 Umweltstatistikgesetz (UStatG) im Vorfeld um eine Pflicht zur Nachweisführung. Diese stellt sicher, dass die Auskunftspflicht des Umweltstatistikgesetzes nicht mangels vorgehaltener Informationen leerläuft.

Als Folge der Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 15 Absatz 3 Satz 3 sind auch die Dokumentationsanforderungen nach § 15 Absatz 3 Satz 4 und 5 und die Pflicht zur Vorlage der Dokumentation gegenüber der zuständigen Landesbehörde nach § 15 Absatz 3 Satz 7 (neu) von den Herstellern und Vertreibern aller Verpackungsarten nach § 15 Absatz 1 Satz 1 zu beachten.

Ebenfalls erweitert durch die dargestellten Änderungen wird der Ordnungswidrigkeitstatbestand nach § 36 Absatz 1 Nummer 17, der sich künftig auch auf Verstöße gegen die Nachweispflicht bei Verpackungen nach § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1, 2 und 5 bezieht.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 15 Absatz 3 Satz 6 neu)

Der neue § 15 Absatz 3 Satz 6 normiert in Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d Ziffer ii der Richtlinie 2008/98/EG die Pflicht zur Einrichtung eines Eigenkontrollmechanismus zur Sicherung der Qualität der übermittelten Daten. Aufgrund der Heterogenität der einzelnen Hersteller und Vertreiber von Verpackungen im Sinne des §15 ist es dabei weder sachgerecht noch angemessen, die Form dieser Eigenkontrollmechanismen im Detail vorzuschreiben. Vielmehr überlässt es die getroffene Regelung mit Blick auf die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Hersteller ihrer Eigenverantwortung, in welcher Art und Weise sie die erforderlichen Eigenkontrollmechanismen ausgestalten.

Die bereits nach der derzeitigen Rechtslage bestehende Möglichkeit einer Kontrolle der Dokumentation durch die Landesbehörden (nunmehr § 15 Absatz 3 Satz 7), die nun auf alle Verpackungen im Sinne des § 15 Absatz 1 Satz 1 erweitert wird, stellt eine Möglichkeit der unabhängigen Prüfung und Bewertung im Sinne des Artikels 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG dar.

Zu Doppelbuchstabe cc (§ 15 Absatz 3 Satz 7 neu)

Die Änderung ist aufgrund des neu eingefügten Satzes 6 erforderlich und stellt klar, dass sich die Vorlagepflicht gegenüber der zuständigen Landesbehörde auf die Dokumentation bezieht.

Zu Buchstabe c (§ 15 Absatz 4 neu)

Die Einfügung eines neuen Absatzes 4 dient der Klarstellung. Nach Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c sowie Buchstabe d Ziffer i der Richtlinie 2008/98/EG müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Hersteller von Erzeugnissen oder Organisationen, die für Hersteller Verpflichtungen der EHV wahrnehmen, zum einen über die erforderlichen finanziellen Mittel oder finanziellen und organisatorischen Mittel verfügen, um ihren Verpflichtungen im Rahmen der EHV nachzukommen. Es ist davon auszugehen, dass die Hersteller bereits zum jetzigen Zeitpunkt Vorkehrungen im Hinblick auf das Vorhalten der erforderlichen finanziellen und organisatorischen Mittel treffen, um ihren Pflichten nach § 15, insbesondere ihren

Rücknahme- und Verwertungspflichten, nachkommen zu können. Zudem müssen sie bereits nach der bisherigen Rechtslage die Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts einhalten. Aufgrund der möglichen Heterogenität der einzelnen Systeme ist es dabei weder sachgerecht noch angemessen, die Form der Sicherstellung der erforderlichen finanziellen oder organisatorischen Mittel im Detail vorzuschreiben. Vielmehr überlässt es die getroffene Regelung mit Blick auf die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Hersteller ihrer Eigenverantwortung, in welcher Art und Weise sie – ausgehend von den bestehenden Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts – das Vorhandensein der erforderlichen finanziellen oder organisatorischen Mittel sicherstellen.

Durch die dezentrale Organisation des Gesamtsystems, das die flächendeckende Rücknahme und korrekte Verwertung der Verpackungsabfälle nach § 15 Absatz 1 gewährleistet, wird dieses System durch den möglichen Wegfall einzelner Beteiligter nicht in seiner Gesamtheit gefährdet. Die Rücknahme- und Verwertungsverpflichtung der verbleibenden Hersteller bzw. Vertreiber erstreckt sich auch auf gleichartige Verpackungen, sodass die Verpackungen des nunmehr nicht mehr am Markt tätigen Herstellers bzw. Vertreibers durch andere Beteiligte zurückgenommen und verwertet werden und somit auch in einem solchen Fall einer Verwertung nach den Anforderungen des § 16 Absatz 5 zugeführt werden.

Zum anderen wird durch den neuen § 15 Absatz 4 klargestellt, dass Hersteller von Verpackungen nach § 15 einen geeigneten Eigenkontrollmechanismus zur Bewertung ihrer Finanzverwaltung einrichten müssen. Auch diese Vorgabe überlässt es mit Blick auf die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Hersteller ihrer Eigenverantwortung, in welcher Art und Weise sie – ausgehend von den bestehenden Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts – die erforderlichen Eigenkontrollmechanismen ausgestalten.

Zu Buchstabe d (§ 15 Absatz 5 neu)

Der bisherige Absatz 4 ist nun Absatz 5. Durch die geringfügigen Änderungen wird sichergestellt, dass auch für den Fall, dass keine Systeme mehr bestehen sollten, die neuen Anforderungen aus der Richtlinie 2008/98/EG, so wie sie nun in § 15 Absatz 3 Satz 6 und Absatz 4 umgesetzt sind, von den Herstellern und Vertreibern dann auch in Bezug auf systembeteiligungspflichtige Verpackungen zu beachten wären.

Zu Nummer 14 (§ 16 „Anforderungen an die Verwertung“)

Zu Buchstabe a (§ 16 Absatz 3)

Durch die Änderung in § 16 Absatz 3 Satz 4 wird verbindlich vorgegeben, dass Verbundverpackungen, deren Hauptmaterialkomponente einen Masseanteil von 95 Prozent überschreitet, bei einer Verwertung im Strom der Hauptmaterialart nach Satz 3 vollständig auf die Quote der jeweiligen Hauptmaterialart anzurechnen sind. Dadurch wird eine Anrechnung auf die niedrigeren Verbundquoten nach § 16 Absatz 2 Nummer 5 und 6 ausgeschlossen. Vielmehr sind solche Verbundverpackungen aufgrund des sehr hohen Hauptmaterialanteils wie eine Monoverpackung aus dem gleichen Hauptmaterial zu behandeln und somit den anspruchsvolleren materialspezifischen Recyclingquoten zu unterwerfen.

Zu Buchstabe b (§ 16 Absatz 6)

Die Änderung dient der Aktualisierung der Verweise. Inhaltliche Änderungen sind mit den Aktualisierungen nicht verbunden.

Zu Nummer 15 (§ 17 „Nachweispflichten“)

Zu Buchstabe a (§ 17 Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 17 Absatz 1 Satz 5 neu)

Durch die Einfügung des neuen Satz 5 wird klargestellt, dass Verbundverpackungen, die aufgrund ihres über 95%igen Hautmaterialbestandteils gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 zusammen mit dem Hauptmaterialstrom verwertet wurden, in dem Mengenstromnachweis als Verpackungen der jeweiligen Hauptmaterialart anzugeben sind, also nicht als Verbundverpackungen, sondern beispielsweise als Glas- oder Aluminiumverpackungen. Denn nur auf diese Weise kann der Datenabgleich im Rahmen der Überprüfung bei der Zentralen Stelle ordnungsgemäß funktionieren.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 17 Absatz 1 Satz 6 neu)

Der neue § 17 Absatz 1 Satz 6 neu dient der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d Ziffer ii der Richtlinie 2008/98/EG. Dieser schreibt die Schaffung eines geeigneten Eigenkontrollmechanismus, ggf. unterstützt durch eine regelmäßig erfolgende unabhängige Prüfung zur Bewertung der Qualität der gemäß Artikel 8a Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2008/98/EG erhobenen und übermittelten Daten vor.

Die neue Regelung lässt die bereits bestehenden Vorgaben in § 17 unberührt. Sie ergänzt diese um eine Verpflichtung zur Eigenkontrolle in Bezug auf die Qualität der übermittelten Daten. Sie ergänzt insoweit ebenfalls die neu geschaffene Auskunftspflicht des § 14 Absatz 2 UStatG durch eine Verpflichtung zur Eigenkontrolle in Bezug auf die Qualität der übermittelten Daten. Die bereits nach der bisherigen Rechtslage vorgesehene unabhängige Prüfung und Bestätigung der Mengenstromnachweise nach § 17 Absatz 2 stellt mittelbar ebenfalls eine Überprüfung des einzurichtenden Eigenkontrollmechanismus dar. Diese bereits bestehende Regelung des § 17 Absatz 2 dient der Umsetzung des optionalen Teils des Artikels 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG.

Aufgrund der möglichen Heterogenität der einzelnen Systeme ist es dabei weder sachgerecht noch angemessen, die Form dieser Eigenkontrollmechanismen im Detail vorzuschreiben. Vielmehr überlässt es die getroffene Regelung der Eigenverantwortung der Systeme, in welcher Art und Weise sie die erforderlichen Eigenkontrollmechanismen ausgestalten.

Über den bereits bestehenden Verweis in § 8 Absatz 3 Satz 1 auf § 17 Absatz 1 ist diese neue Anforderung an die Dokumentation auch von einem Hersteller, der sich an einer Branchenlösung beteiligt, oder im Falle eines Zusammenwirkens nach § 8 Absatz 1 Satz 3 von dem Träger einer Branchenlösung einzuhalten.

Zu Buchstabe b (§ 17 Absatz 3)

Durch Buchstabe b wird die Vorlage des Mengenstromnachweises nach § 17 Absatz 3 Satz 1 auf ein elektronisches Hinterlegungsverfahren umgestellt, wie es auch schon bei den Vollständigkeitserklärungen nach § 11 und den Meldepflichten der Systeme nach § 20 angewendet wird. Das elektronische Verfahren erleichtert der Zentralen Stelle die Auswertung der Mengenstromnachweise. Für die Systeme ergibt sich durch die Umstellung kein Mehraufwand, da sie wegen § 20 ohnehin schon über eine elektronische Schnittstelle mit der Zentralen Stelle verfügen müssen.

In dem neuen § 17 Absatz 3 Satz 2 wird eine qualifizierte elektronische Signatur für die Prüfbestätigungen der registrierten Sachverständigen nach § 17 Absatz 2 Satz 1 verlangt.

Nach dem neuen § 17 Absatz 3 Satz 3 kann die Zentrale Stelle für die Übermittlung der Mengenstromnachweise die Verwendung bestimmter elektronischer Formulare und Eingabemasken sowie eine bestimmte Verschlüsselung vorschreiben.

Zu Nummer 16 (§ 18 „Genehmigung“)

Zu Buchstabe a (Überschrift des § 18)

Die Änderung dient der Anpassung der Überschrift an den erweiterten Regelungsinhalt des § 18 durch die Ergänzung des neuen Absatzes 5.

Zu Buchstabe b (§ 18 Absatz 1 Satz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa

Die formale Anpassung ist aufgrund der Ergänzung des neuen Inhalts in § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 erforderlich.

Zu Doppelbuchstabe bb

Durch die neue Vorgabe werden die Voraussetzungen für die Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb eines Systems um die subjektive Genehmigungsvoraussetzung, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit gegeben ist, ergänzt. Die Voraussetzung „finanzielle Leistungsfähigkeit“ muss zu jedem Zeitpunkt gegeben sein. Die Regelung dient – neben den Änderungen in Absatz 1a neu, § 20 und § 26 sowie der Ergänzung der Anlage 6 – der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG. Danach müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Organisationen, die für Hersteller Verpflichtungen der EHV wahrnehmen, über die erforderlichen finanziellen Mittel oder finanziellen und organisatorischen Mittel verfügen, um ihren Verpflichtungen im Rahmen der EHV nachzukommen. Die Regelung ist mit Blick auf die besondere Bedeutung der Systeme für das Funktionieren der Sammlung und Verwertung der beim privaten Endverbraucher als Abfall anfallenden restentleerten Verpackungen und durch die Übernahme der Produktverantwortung für die an dem jeweiligen System beteiligten Hersteller angezeigt.

Zu Doppelbuchstabe cc

Die formale Anpassung ist aufgrund der Ergänzung des neuen Inhalts in § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 erforderlich.

Zu Buchstabe c (§ 18 Absatz 1a neu):

Der neue § 18 Absatz 1a regelt, unter welchen Umständen die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Systems nach § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 gegeben oder nicht gegeben ist.. Diese Anforderung an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Systems verfolgt das Ziel, die ordnungsgemäße Erfüllung der Pflichten des Systems zu gewährleisten. Die Regelung orientiert sich an § 6c des Allgemeinen Eisenbahngesetzes.

Zu Buchstabe d (§ 18 Absatz 5 neu)

Der neue § 18 Absatz 5 Satz 1 dient der nationalen Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG. Nach dieser Vorgabe müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Hersteller von Erzeugnissen oder Organisationen, die für Hersteller Verpflichtungen der EHV wahrnehmen, u.a. die erforderlichen organisatorischen Mittel verfügen, um ihren Verpflichtungen im Rahmen der EHV nachzukommen. Mit Blick auf die Vielzahl der in unterschiedlichen Vorschriften des Verpackungsgesetzes geregelten Pflichten der Systeme bezieht sich die neue Regelung in § 18 Absatz 5 Satz 1 neu auf die Pflichten nach dem gesamten Verpackungsgesetz und beschränkt sich nicht auf die Pflichten nach bestimmten Vorgaben.

Die Klarstellung im neuen § 18 Absatz 5 Satz 2 dient der nationalen Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d Nummer i der Richtlinie 2008/98/EG (Eigenkontrolle der Finanzverwaltung) in nationales Recht. Nach dieser Vorgabe müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Hersteller von Erzeugnissen oder Organisationen, die für Hersteller Verpflichtungen der EHV wahrnehmen, einen geeigneten Eigenkontrollmechanismus einrichten zur Bewertung u.a. ihrer Finanzverwaltung.

Aufgrund der möglichen Heterogenität der einzelnen Systeme ist es dabei weder sachgerecht noch angemessen, die Form dieser Eigenkontrollmechanismen im Detail vorzuschreiben. Vielmehr überlässt es die getroffene Regelung mit Blick auf die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Systeme ihrer Eigenverantwortung, in welcher Art und Weise sie – ausgehend von den bestehenden Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts – die erforderlichen Eigenkontrollmechanismen ausgestalten.

Zu Nummer 17 (§ 20 „Meldepflichten“)

Zu Buchstabe a (§ 20 Absatz 1)

Durch die Änderungen in § 20 Absatz 1 wird klargestellt, dass sich in den Meldungen der Systeme an die Zentrale Stelle die Angaben zur Materialart der an dem jeweiligen System beteiligten Verpackungen an den in § 16 Absatz 2 Satz 1 und 2 genannten Materialarten zu orientieren haben. Außerdem sind Verbundverpackungen, die aufgrund ihres über 95%igen Hautmaterialbestandteils gemäß § 16 Absatz 3 Satz 4 zusammen mit dem Hauptmaterialstrom verwertet werden, in der Meldung nach § 20 als Verpackungen der jeweiligen Hauptmaterialart anzugeben, also nicht als Verbundverpackungen, sondern beispielsweise als Glas- oder Aluminiumverpackungen. Denn nur auf diese Weise können der Datenabgleich bei der Zentralen Stelle sowie die Quotenberechnung nach § 16 Absatz 2 ordnungsgemäß erfolgen.

Zu Buchstabe b (§ 20 Absätze 5 und 6 neu)

In Umsetzung der Verpflichtung nach Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG zur Vorhaltung der erforderlichen finanziellen Mittel, um den Verpflichtungen im Rahmen der EHV nachzukommen, regelt der neue § 20 Absatz 5 in Verbindung mit der Anlage 6, welche Informationen die Systeme der Zentralen Stelle jährlich zum Nachweis ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit in vorlegen müssen.

§ 20 Absatz 6 enthält Vorgaben betreffend die Übermittlung an und die Prüfung der Informationen durch die Zentrale Stelle. Strukturell ist die Regelung der bereits geltenden Vorschrift nach § 20 Absatz 2 zur Übermittlung und Prüfung bestimmter Meldungen nach § 20 Absatz 1 nachempfunden.

Zu Nummer 18 (§ 21 „Ökologische Gestaltung der Beteiligungsentgelte“)

Zu Buchstabe a (§ 21 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 4)

Durch die Änderung erfolgt eine Anpassung des bisher verwendeten Begriffs „Recyclate“ an die nun in der maßgeblichen Gesetzesdefinition in § 3 Absatz 7b des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verwendete Schreibweise „Rezyklate“. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Zu Buchstabe b (§ 21 Absatz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 21 Absatz 2 Satz 1)

Mit der Änderung wird klargestellt, dass sich die Berichte nach § 21 Absatz 2 zeitlich jeweils auf das vorangegangene Kalenderjahr zu beziehen haben.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 21 Absatz 2 Satz 4 neu)

Mit dem neuen § 21 Absatz 2 Satz 4 erhält die Zentrale Stelle die Möglichkeit, im Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt einheitliche Vorgaben hinsichtlich der Form der von den Systemen einzureichenden Berichte zur Umsetzung von § 21 zu beschließen. Durch solche einheitlichen Vorgaben soll die Vergleichbarkeit der Berichte verbessert werden, um der Zentralen Stelle und dem Umweltbundesamt die Prüfung der Berichte zu erleichtern,

aber auch, um den Marktakteuren im Falle einer Veröffentlichung der Berichte einen besseren Leistungsvergleich zwischen den Systemen zu ermöglichen. Die Vorgaben dürfen sich auf die äußere Gestaltung und den inhaltlichen Aufbau der Berichte beziehen, jedoch keine über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden inhaltlichen Pflichtangaben vorsehen.

Zu Nummer 19 (§ 22 Absatz 3 Satz 2)

Die Änderung dient der Aktualisierung des Verweises auf das Bundesgebührengesetz. Es sind keine inhaltlichen Änderungen mit der Aktualisierung verbunden.

Zu Nummer 20 (§ 23 Absatz 11)

Die Änderung dient der Aktualisierung des Verweises auf die Vergabeverordnung. Es sind keine inhaltlichen Änderungen mit der Aktualisierung verbunden.

Zu Nummer 21 (§ 24 Absatz 4 neu)

Nummer 21 ergänzt den § 24 um einen neuen Absatz 4. Es wird eine spezielle Ermächtigungsgrundlage für den Widerruf des Einvernehmens nach § 24 Absatz 2 Satz 1 und die Zustimmung nach § 24 Absatz 3 Satz 3 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Stiftungssatzung geschaffen. Danach kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sein Einvernehmen und seine Zustimmung, bei denen es sich jeweils um Verwaltungsakte handelt, widerrufen, wenn die tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr den Anforderungen des § 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 bis 5 entsprechen. Dadurch wird sichergestellt, dass nicht nur die Satzung der Zentralen Stelle die Anforderungen des § 24 Absatz 2 Satz 2 erfüllt, sondern zugleich die tatsächliche Organisation der Zentralen Stelle und deren Handeln mit den grundlegenden gesetzlichen Anforderungen nach § 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 bis 5 im Einklang stehen. Denn durch den Widerruf des Einvernehmens oder der Zustimmung würde eine Voraussetzung nach § 24 entfallen und die Stiftung mangels einer legitimierten Satzung ihren Status als Zentrale Stelle im Sinne dieses Gesetzes verlieren.

Satz 2 des neuen § 24 Absatz 4 stellt im Wege einer unwiderleglichen Vermutung klar, dass die tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr den Anforderungen des § 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 entsprechen, wenn der Anteil der in einem Kalenderjahr von den Mitgliedsunternehmen der im Kuratorium vertretenen Verbände an Systemen beteiligten oder über Branchenlösungen zurückgenommenen Verpackungen auf unter 75 Prozent der insgesamt in dem jeweils gleichen Kalenderjahr an Systemen beteiligten oder über Branchenlösungen zurückgenommenen Verpackungen sinkt. Damit stellt das Gesetz im Hinblick auf die besonders wichtige Anforderung der angemessenen Repräsentanz aller in § 24 Absatz 1 genannten Hersteller und Vertreiber klar, dass eine gleichberechtigte und angemessene Interessenwahrnehmung nicht mehr als gegeben anzusehen ist, wenn die im Kuratorium sitzenden Wirtschaftsvertreter, einschließlich der Interessenverbände, weniger als 75 Prozent der insgesamt in die dualen Systeme und Branchenlösungen eingebrachte Verpackungsmasse auf sich vereinigen. Wenn die Zentrale Stelle in einem solchen Fall nicht die Zusammensetzung des Kuratoriums anpasst, kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sein Einvernehmen oder seine Zustimmung widerrufen, ohne im Einzelnen nachweisen zu müssen, dass die in Absatz 1 genannten Hersteller und Vertreiber ihre Interessen nicht mehr zu gleichen Bedingungen und in angemessenem Umfang einbringen können.

Zu Nummer 22 (§ 25 Absatz 5 Satz 3 neu)

Der neue § 25 Absatz 5 Satz 3 schafft Rechtssicherheit für die Zentrale Stelle und das Umweltbundesamt hinsichtlich der Befugnisse der Genehmigungsbehörde im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung gemäß § 25 Absatz 5. Das Umweltbundesamt kann Auskünfte, Unterlagen und sonstige Daten verlangen, die benötigt werden, um die Bescheinigung des

Wirtschaftsprüfers nach § 25 Absatz 5 Satz 2 sowie die Angemessenheit der Höhe des Umlageaufkommens bzw. der in der Nachkalkulation in Ansatz gebrachten Kosten zu prüfen. Das Umweltbundesamt kann auch weitere Auskünfte, Unterlagen und sonstige Daten zur Bescheinigung verlangen, um – insbesondere zur Beurteilung der Angemessenheit der Kosten sowie im Falle von Unstimmigkeiten oder Unzulänglichkeiten in der Dokumentation – die zugrundeliegende Methode der Bemessung des Umlageaufkommens sowie der Durchführung der Nachkalkulation und deren Anwendung nachvollziehen zu können.

Zu Nummer 23 (§ 26 Absatz 1 Satz 2)

Zu Buchstabe a (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6a neu)

Die Regelung ergänzt in Umsetzung von Artikel 8a Absatz der Richtlinie 2008/98/EG die Informationspflichten und die Ausnahmeregelung für Geschäftsgeheimnisse nach § 4 Absatz 3 Satz 4. Sie beleihet die Zentralen Stelle gesetzlich mit der Aufgabe der Überprüfung der Begründung der Systeme zum Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen. Kann die Zentrale Stelle die Begründung nicht nachvollziehen und bestehen damit Zweifel am Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen, so informiert sie die zuständigen Landesbehörden über das Ergebnis ihrer Prüfung. Die Landesbehörde kann das Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen ggf. anhand von weiteren Unterlagen prüfen.

Zu Buchstabe b (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7)

Die Änderung in § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 dient lediglich der Anpassung an die neue elektronische Hinterlegung der Mengenstromnachweise in § 17 Absatz 3. Eine darüberhin-
ausgehende inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Zu Buchstabe c (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a neu)

Die Regelung dient – neben den Änderungen in § 18, § 20 und der Ergänzung der Anlage 6 – der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG. Hat die Zentrale Stelle Informationen nach § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a an die zuständige Landesbehörde übermittelt, kann diese das Vorhandensein der finanziellen Leistungsfähigkeit etwa anhand weiterer Unterlagen prüfen. Ggf. kann sie auch eine angemessene Sicherheit von dem betreffenden System verlangen (s. § 18 Absatz 4). Als letztes Mittel besteht die Möglichkeit des Widerrufs der Genehmigung zum Betrieb des Systems, da die finanzielle Leistungsfähigkeit auch eine Genehmigungsvoraussetzung ist (s. § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 neu).

Zu Buchstabe d (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10a neu)

Da es sich bei den Vorgaben nach § 21 Absatz 2 Satz 3 um für die Systeme verbindliche Entscheidungen handelt, wird der Zentralen Stelle mit dem neuen § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 10a ausdrücklich die Befugnis zum hoheitlichen Handeln als beliebige Behörde übertragen.

Zu Buchstabe e (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 19)

Die Änderung dient der formalen Anpassung in Folge der Verschiebung des Inhalts des bisherigen § 8 Absatz 4 in § 8 Absatz 5. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Buchstabe f (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 21)

Die Änderung passt den Verweis in § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 21 auf die Bußgeldvorschriften an die neue Paragrafennummerierung in Folge der neu eingefügten §§ 33 und 34 an.

Zu Buchstabe g (§ 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 23)

In die Auflistung der hoheitlichen Tätigkeiten der Zentralen Stelle in § 26 Absatz 1 Satz 2 wird im Zusammenhang mit der Aufgabe nach § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 23, auf Antrag im Einzelfall über die Einordnung einer Verpackung als systembeteiligungspflichtig im Sinne von § 3 Absatz 8 zu entscheiden, klarstellend die Befugnis zum Erlass von norminterpretierenden Verwaltungsvorschriften in Bezug auf die abstrakte Einordnung von Verpackungen als systembeteiligungspflichtig im Sinne von § 3 Absatz 8 aufgenommen. Die Verwaltungsvorschriften sollen lediglich der Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis der Zentralen Stelle dienen. Sie binden weder Landes- noch andere Bundesbehörden. Die Zentrale Stelle kann die Verwaltungsvorschriften zur allgemeinen Information der Marktakteure veröffentlichen. Auf diese Weise können sie den Marktakteuren wichtige Hinweise im Hinblick auf das Ergebnis einer möglichen Einordnungsentscheidung der Zentralen Stelle geben.

Zu Nummer 24 (§ 30a „Mindestrezyklatanteil bei bestimmten Einwegkunststoffgetränkeflaschen“)

Nummer 24 fügt einen neuen § 30a ein.

Nach § 30a Absatz 1 ist das Inverkehrbringen von bestimmten Einwegkunststoffgetränkeflaschen in Deutschland zukünftig nur noch dann zulässig, wenn diese jeweils zu einem festgelegten Mindestanteil aus Kunststoffrezyklaten bestehen. Diese Vorschrift setzt Artikel 6 Absatz 5 in Verbindung mit Teil F des Anhangs der Richtlinie (EU) 2019/904 um, wobei aus Gründen einer besseren Vollziehbarkeit der Mindestrezyklatanteil in Bezug auf jede einzelne in Verkehr gebrachte Einwegkunststoffgetränkeflasche, einschließlich ihres Verschlusses oder Deckels, einzuhalten ist. Sinn und Zweck der Regelung ist es, den Anteil von aus primären Rohstoffen hergestelltem Kunststoff in Getränkeflaschen zu reduzieren und durch einen Mindestanteil an recyceltem Kunststoff zu ersetzen. Dementsprechend kann sich die Rezyklateinsatzquote nur auf den in der Getränkeflasche jeweils enthaltenen Kunststoffanteil beziehen.

Die Vorgaben nach § 30a Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 sind ab unterschiedlichen Zeitpunkten einzuhalten. Gemäß Absatz 1 Satz 1 ist das Inverkehrbringen von hauptsächlich aus Polyethylenterephthalat (PET) bestehenden Einweggetränkeflaschen ab dem 1. Januar 2025 nur noch gestattet, wenn das in der Flasche jeweils enthaltene PET zu mindestens 25 Masseprozent aus Kunststoffrezyklaten besteht. Ab dem 1. Januar 2030 dürfen dann nach Absatz 1 Satz 2 jegliche Einwegkunststoffgetränkeflaschen, unabhängig von der Kunststoffart, nur noch in Verkehr gebracht werden, wenn der in der Flasche jeweils enthaltene Kunststoff zu mindestens 30 Masseprozent aus Kunststoffrezyklaten besteht.

Das Inverkehrbringen bezieht sich im Einklang mit der Definition des Inverkehrbringens in § 3 Absatz 9 auf alle Handelsebenen und nicht ausschließlich auf das erstmalige Inverkehrbringen. Dadurch wird sichergestellt, dass ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung dieser Regelungen keine Einwegkunststoffgetränkeflaschen mehr verkauft werden, welche nicht den Anforderungen des § 30a Absatz 1 entsprechen.

Bei der „Einwegkunststoffgetränkeflasche“ handelt es sich um eine besondere Form der Einwegkunststoffgetränkeverpackung. Insofern kann auf die Definitionen der Begriffe „Kunststoff“ nach § 3 Absatz 21 neu, „Einwegkunststoffverpackung“ nach § 3 Absatz 4a neu und „Getränkeverpackung“ nach § 3 Absatz 2 zurückgegriffen werden (s. hierzu im Einzelnen auch die Begründungen zu Nummer 4 Buchstaben b und f). Eine Einwegkunststoffgetränkeflasche muss somit kumulativ die materiellen Voraussetzungen der vorgenannten Definitionen erfüllen. Durch die Einschränkung auf Flaschen ist der Begriff jedoch insofern enger auszulegen, als er nur Einwegkunststoffgetränkeverpackungen in Flaschenform umfasst. Der Begriff „Flasche“ wird nicht gesondert im Verpackungsgesetz definiert. Zur weiteren Auslegung sind die Ausführungen in den gemäß Artikel 12 der Richtlinie (EU) 2019/904 zu veröffentlichenden Leitlinien der Europäischen Kommission heranzuziehen. Die derzeit noch nur im Entwurf vorliegenden Leitlinien definieren Getränkeflaschen unter

Bezugnahme auf andere gesetzliche und nicht gesetzliche Erkenntnisquellen als Getränkebehälter mit einem schmalen Hals oder Mund und einer Kapazität von bis zu drei Litern, einschließlich ihrer Verschlüsse und Deckel, die zur Aufnahme von Getränken genutzt werden. Ergänzend wird auf die ISO 21067-1:2016 verwiesen, wonach Flaschen starre Verpackungen, typischerweise aus Glas oder Plastik sind, die einen vergleichsweise schmalen Hals oder Mund haben, mit einem Verschluss und üblicherweise ohne Griff. Nicht unter den Begriff der Einwegkunststoffgetränkeflaschen fallen damit zum Beispiel Getränkekartonverpackungen in rechteckiger Form.

Der Begriff „Kunststoffzyklat“ wird ebenfalls nicht im Verpackungsgesetz definiert. Gemäß § 2 Absatz 2 Satz 1 sind darunter jedoch Rezyklate im Sinne von § 3 Absatz 7b des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu verstehen, wobei es sich um Rezyklate aus Kunststoff im Sinne von § 3 Absatz 21 handeln muss.

§ 30a Absatz 2 nimmt von den Regelungen nach Absatz 1 in Umsetzung des Teils F des Anhangs der Richtlinie (EU) 2019/904 bestimmte Einwegkunststoffgetränkeflaschen aus. Beide Ausnahmen stehen nebeneinander und müssen nicht kumulativ vorliegen. Ausgenommen sind zum einen Einweggetränkeflaschen aus Glas oder Metall, bei denen lediglich die Verschlüsse oder Deckel aus Kunststoff bestehen. Zum anderen sind solche Einwegkunststoffgetränkeflaschen ausgenommen, die für flüssige Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 bestimmt sind und dafür verwendet werden. Hierbei handelt es sich um unter ärztlicher Aufsicht zu verwendende Lebensmittel zum Diätmanagement von Patienten, einschließlich Säuglingen, die in spezieller Weise verarbeitet oder formuliert werden. Sie sind zur ausschließlichen oder teilweisen Ernährung von Patienten mit eingeschränkter, behinderter oder gestörter Fähigkeit zur Aufnahme, Verdauung, Resorption, Verstoffwechslung oder Ausscheidung gewöhnlicher Lebensmittel oder bestimmter darin enthaltener Nährstoffe oder Stoffwechselprodukte oder von Patienten mit einem sonstigen medizinisch bedingten Nährstoffbedarf bestimmt, für deren Diätmanagement die Modifizierung der normalen Ernährung allein nicht ausreicht. Von den Ausnahmen erfasst sind als Untergruppe der Einwegkunststoffgetränkeverpackungen jeweils auch Einwegkunststoffgetränkeflaschen.

Zu Nummer 25 (§ 31 „Pfand- und Rücknahmepflichten für Einweggetränkeverpackungen“)

Zu Buchstabe a (§ 31 Absatz 1 Satz 4)

Die Vorschrift dient der Umsetzung des Artikels 8a Absatz 2 der Richtlinie 2008/98/EG in Bezug auf die pfandpflichtigen Einweggetränkeverpackungen nach § 31 Absatz 1.

Die Regelung ermöglicht die Nutzung der bestehenden Strukturen und die Veröffentlichung der betreffenden Informationen auf der Internetseite der Deutschen Pfandsystem GmbH (DPG). Die Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG) stellt bisher den organisatorischen Rahmen insbesondere für das Pfandclearing dar. Sie stellt schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Internetseite mit umfassenden Informationen zum Rückgabe- und Sammelsystem für pfandpflichtige Einweggetränkeverpackungen nach § 31 Absatz 1 zur Verfügung. Die vorgesehene Regelung kodifiziert die bisher gelebte Praxis.

Eine Bereitstellung der Informationen an einem zentralen Ort anstatt durch jeden Hersteller bzw. Letztinverkehrbringer selbst dient der Übersichtlichkeit der Informationen für die Verbraucherinnen und Verbraucher und der Schonung der Hersteller vor unnötigen Pflichten. Eine Verbraucherin oder ein Verbraucher, die oder der auf der Suche nach einer Erläuterung zur Funktionsweise des deutschen Einwegpfandsystems ist, findet problemlos die bereits jetzt auf der Internetseite der DPG bereitgestellten Informationen. Da es sich um ein bundesweit einheitliches Pfandsystem handelt, das jedenfalls aus Verbrauchersicht immer gleich funktioniert, ist es nicht erforderlich, dass jeder Hersteller auf seiner Internetseite gesondert Erläuterungen zum Pfandsystem bereitstellt.

Zu Buchstabe b (§ 31 Absatz 3)

In Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d Ziffer ii der Richtlinie 2008/98/EG für den Bereich der pfandpflichtigen Einweggetränkeverpackungen wird der Verweis in § 31 Absatz 3 Satz 3 ergänzt und die entsprechende Geltung auch des § 15 Absatz 3 Satz 3 bis 7 geregelt. Hiermit werden die Hersteller und Vertrieber im Sinne des § 31 verpflichtet, Nachweis über die Erfüllung der Rücknahme- und Verwertungsanforderungen zu führen und die jährlich bis zum 15. Mai im vorangegangenen Kalenderjahr in Verkehr gebrachten sowie zurückgenommenen oder verwerteten Verpackungen in nachprüfbarer Form zu dokumentieren. Der Verweis auf § 15 Absatz 3 Satz 3 ergänzt die neu in das Umweltstatistikgesetz aufgenommene Auskunftspflicht nach § 14 im Vorfeld um eine Pflicht zur Nachweisführung. Dies stellt sicher, dass die Auskunftspflicht des Umweltstatistikgesetzes nicht mangels vorgehaltener Informationen leerläuft.

Daneben wird über den Verweis auf § 15 Absatz 3 Satz 6 neu die Pflichte zur Einrichtung eines Eigenkontrollmechanismus im Sinne des Artikels 8a Absatz 3 Buchstabe d Ziffer ii der Richtlinie 2008/98/EG zur Sicherung der Qualität der übermittelten Daten eingeführt. Aufgrund der Heterogenität der einzelnen Hersteller/Vertrieber, die unter § 31 fallen, ist es wie auch bei den Herstellern und Vertriebern nach § 15 weder sachgerecht noch angemessen, die Form dieser Eigenkontrollmechanismen im Detail vorzuschreiben. Vielmehr ermöglicht es die neu geschaffene Regelung es jedem einzelnen Verpflichtete selbst die zu seinem Unternehmen passenden Eigenkontrollmechanismen zu gestalten.

Darüber hinaus haben sie über den Verweis auf § 15 Absatz 3 Satz 7 neu die Dokumentation der zuständigen Landesbehörde auf Verlangen vorzulegen.

Zu Buchstabe c (§ 31 Absatz 4 Nummer 7)

Zu Doppelbuchstabe aa (§ 31 Absatz 4 Satzteil vor Nummer 1)

Die materielle Umsetzung der in § 1 Absatz 3 Satz 4 neu normierten Getrenntsammelpflicht aus Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2019/904 (s. hierzu bereits oben unter Nummer 2) erfolgt im Wesentlichen durch das Pfand- und Rücknahmesystem nach § 31, welches sich grundsätzlich auf alle Einweggetränkeverpackungen bezieht. Durch das Pfandsystem wird sichergestellt, dass die bepfandeten Einweggetränkeverpackungen getrennt zurückgenommen werden.

In § 31 Absatz 4 Nummer 7 werden Ausnahmen von der Pfandpflicht geregelt, die sich danach bestimmen, mit welchen Getränken die Einwegverpackungen befüllt sind. Um zukünftig alle Einwegkunststoffgetränkeflaschen getrennt sammeln zu können, wird § 31 Absatz 4 Nummer 7 um die Angabe „ausgenommen Einwegkunststoffgetränkeflaschen“ ergänzt. Die Vorschrift normiert insoweit eine Rückausnahme in Bezug auf Einwegkunststoffgetränkeflaschen zu den in Absatz 4 geregelten Ausnahmen von der Pfand- und Rücknahmepflicht. Dadurch sind also alle Einwegkunststoffgetränkeflaschen von der Pfandpflicht erfasst, unabhängig von der enthaltenen Getränkeart.

Ebenfalls in § 31 Absatz 4 Nummer 7 aufgenommen wird eine weitere Rückausnahme in Bezug auf sämtliche „Getränkedosen“. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Getränkedosen häufig für den Verzehr für unterwegs und im Freien verwendet und deshalb auch des Öfteren in der Umwelt gelittert werden. Während viele Getränkedosen (zum Beispiel mit Bier oder Erfrischungsgetränken) bereits seit langem der Pfandpflicht unterliegen, hat sich in den letzten Jahren ein Trend zur Verwendung von Dosen auch in anderen Getränkebereichen entwickelt, die noch nicht der Pfandpflicht unterliegen (zum Beispiel bei Sekt- und Weinmischgetränken). Vor dem Hintergrund des vergleichbaren Litteringverhaltens erscheint es jedoch nicht mehr sachgerecht, diese Getränkedosen in Bezug auf die Pfandpflicht unterschiedlich zu behandeln, weshalb zukünftig alle Dosen, unabhängig vom Getränkeinhalt, der Pfandpflicht unterliegen werden. Mit der Begrenzung der Ausnahmeregelungen wird der Anwendungsbereich der Pfandpflicht im Ergebnis erweitert. Diese Erwei-

terung der Pfandpflicht wird vollumfänglich durch die bestehenden Bußgeldvorschriften gemäß § 36 Absatz 1 Nummern 21 ff. abgedeckt. Hierdurch wird auch Artikel 14 der Richtlinie (EU) 2019/904 umgesetzt, wonach die Mitgliedstaaten Vorschriften über Sanktionen bei Verstößen gegen die in der Richtlinie enthaltenen Vorschriften zu erlassen haben.

Ein Verstoß gegen die Vorgaben nach § 31 Absätze 1 bis 3 in Bezug auf die nunmehr auch vom Anwendungsbereich erfassten Einwegkunststoffgetränkeflaschen und Getränkedosen stellt eine Ordnungswidrigkeit nach den bereits bestehenden Vorgaben gemäß § 36 Absatz 1 Nummern 21 bis 26 dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Die Geldbuße kann dabei in den Fällen des § 36 Absatz 1 Nummer 24 jeweils bis zu 10.000 Euro und in den übrigen Fällen bis zu 100.000 Euro betragen.

Zu Doppelbuchstabe bb (§ 31 Absatz 4 Nummer 7 Buchstabe d)

Die Änderung dient der Aktualisierung der Verweise auf das Alkoholsteuergesetz und das Alkopopsteuergesetz. Inhaltliche Änderungen sind mit den Aktualisierungen nicht verbunden.

Zu Doppelbuchstabe cc (§ 31 Absatz 4 Nummer 7 Buchstaben g bis i)

Die bisher unter § 31 Absatz 4 Nummer 7 Buchstabe g gefasste Ausnahme von der Einwegpfandpflicht wird zum Teil immer noch für eine Umgehung der Pfandpflicht genutzt, indem Produkte, die typischerweise dem Bereich der Erfrischungsgetränke zuzuordnen sind, insbesondere Energydrinks, durch die Hinzufügung von Molke oder ähnlichen Milcherzeugnissen pfandfrei in Verkehr gebracht werden. Diese Umgehung widerspricht der Zielrichtung der Pfandausnahme für trinkbare Milcherzeugnisse. Durch die nun vorgenommene Präzisierung, wonach solche Getränke von der Pfandbefreiung ausgenommen sind, die neben trinkbaren Milcherzeugnissen auch einen oder mehrere der in der Anlage 8 (zu den §§ 4 und 5) der Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung aufgeführten Stoffe enthalten, wird eindeutig klargestellt, dass insbesondere Energydrinks der Pfandpflicht unterliegen. Denn bei diesen Stoffen handelt es sich um Zutaten, die typischerweise Energydrinks zugesetzt werden.

Nach wie vor von der Ausnahme von der Pfandpflicht umfasst sind Getränke aus Milcherzeugnissen im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 2 des Milch- und Margarinegesetzes. Das heißt, dass diese Getränke auch Zusätze, wie etwa Fruchtbestandteile, Gewürze, Zucker und Süßungsmittel enthalten dürfen, solange keiner der Zusätze dazu verwendet wird, um einen Milchbestandteil vollständig oder teilweise zu ersetzen.

Die Änderung der Buchstaben h) und i) stellt klar, dass die bisher bereits verwendeten Begriffe „Fruchtsäfte“ und „Fruchtnektare“ im Sinne der Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung und somit rein lebensmittelrechtlich zu verstehen sind. Durch den Verweis auf die Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung ergibt sich zudem, dass nur solche Fruchtsäfte und Fruchtnektare von der Pfandpflicht befreit sind, denen keine Kohlensäure zugesetzt wurde, da es sich ansonsten nicht mehr um Fruchtsäfte und Fruchtnektare nach der Fruchtsaft- und Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung handeln würde.

Zu Doppelbuchstabe dd (§ 31 Absatz 4 Nummer 7 Buchstabe j)

Die Änderung dient der Aktualisierung des Verweises auf die Diätverordnung. Inhaltliche Änderungen sind mit der Aktualisierung nicht verbunden.

Zu Buchstabe d (§ 31 Absatz 6 neu)

In Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c und Buchstabe d Ziffer i der Richtlinie 2008/98/EG stellt der neue Absatz 6 für pfandpflichtige Einweggetränkeverpackungen klar, dass Hersteller nach Absatz 1 Satz 1 als auch Vertreiber nach Absatz 2 Satz 1 sowohl über

die erforderlichen finanziellen Mittel oder finanziellen und organisatorischen Mittel verfügen müssen, um ihren Verpflichtungen im Rahmen der EHV nachzukommen, als auch eine Eigenkontrolle zur Bewertung ihrer Finanzverwaltung einrichten müssen. Die europarechtliche Vorgabe richtet sich an Hersteller von Erzeugnissen, unter die u.a. auch jede natürliche oder juristische Person fällt, die gewerbsmäßig Erzeugnisse herstellt, verkauft oder einführt (s. Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie 2008/98/EG). Der europäische Herstellerbegriff ist damit weiter als der entsprechende Begriff des Verpackungsgesetzes umfasst damit sowohl Hersteller als auch Vertreiber im Sinne von § 3 Absätze 12 und 14. Entsprechend adressiert die vorliegende nationale Regelung sowohl Hersteller als auch Vertreiber im Sinne des Verpackungsgesetzes. Es ist allerdings davon auszugehen, dass eine Insolvenz eines Vertreibers in Bezug auf die Erfüllung der in § 31 geregelten Pflichten in aller Regel weniger gravierende Auswirkungen auf dem Markt haben wird als die Insolvenz eines Herstellers, da die Pfandrückgabepflicht in ersterem Fall den nächsten Vertreiber oder Hersteller auf der Handelsstufe trifft (s. § 31 Absatz 1 Satz 2).

Es ist davon auszugehen, dass die Hersteller von Einweggetränkeverpackungen nach § 31 Absatz 1 Satz 1 und Vertreiber von Einweggetränkeverpackungen nach § 31 Absatz 2 Satz 1 bereits zum jetzigen Zeitpunkt Vorkehrungen im Hinblick auf das Vorhalten der erforderlichen finanziellen und organisatorischen Mittel treffen, um ihren Pflichten nach dem Verpackungsgesetz nachkommen zu können. Darüber hinaus müssen sie bereits nach der bisherigen Rechtslage die Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts einhalten. Aufgrund der möglichen Heterogenität der einzelnen Systeme ist es dabei weder sachgerecht noch angemessen, die Form der Sicherstellung der erforderlichen finanziellen oder organisatorischen Mittel sowie dieser Eigenkontrollmechanismen im Detail vorzuschreiben. Vielmehr überlässt es die getroffene Regelung mit Blick auf die zahlreichen möglichen, unterschiedlichen Organisationsformen der Hersteller bzw. Vertreiber ihrer Eigenverantwortung, in welcher Art und Weise sie – ausgehend von den Vorgaben des Handels- und Gesellschaftsrechts – das Vorhandensein der erforderlichen finanziellen oder organisatorischen Mittel und die erforderlichen Eigenkontrollmechanismen ausgestalten.

Zu Nummer 26 (§ 32 Absatz 5)

Die Änderung dient der Aktualisierung des Verweises auf die Preisangabenverordnung. Inhaltliche Änderungen sind mit der Aktualisierung nicht verbunden.

Zu Nummer 27 (Abschnitt 7 neu „Verbrauchsminderung bestimmter Einwegverpackungen“)

Mit Nummer 27 wird ein neuer Abschnitt 7 „Verbrauchsminderung bestimmter Einwegverpackungen“ eingefügt.

Der neue § 33 dient der Umsetzung des Artikels 4 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2019/904. Mit den Regelungen für Einwegkunststofflebensmittelverpackungen nach § 3 Absatz 4b neu und für Einweggetränkebecher soll die nach Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2019/904 erforderliche messbare und dauerhafte Verbrauchsminderung in Deutschland für diese Verpackungen bis zum Jahr 2026 gegenüber dem Jahr 2022 erreicht werden.

Nach § 33 Absatz 1 Satz 1 sind Letztvertreiber nach § 3 Absatz 13 dazu verpflichtet, Lebensmittel zum unmittelbaren Verzehr auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Die mit der Regelung adressierten Einwegkunststofflebensmittelverpackungen sind in dem neuen § 3 Absatz 4b definiert (s. Änderung unter Nummer 4 Buchstabe b und die Begründung hierzu). Die Pflicht zum Angebot von Mehrwegverpackungen neben Einwegverpackungen gilt auch für die Letztvertreiber von sämtlichen Einweggetränkebechern und ist somit nicht beschränkt auf Einweggetränkebecher, die ganz oder teilweise aus Kunststoff bestehen. Diese über die Richtlinienvorgaben hinausgehende Regelung ist sachgerecht, da es im Bereich der Einweggetränkebecher bereits verschiedene etablierte Mehrwegsysteme gibt, die von den Letztvertreibern in Anspruch genommen werden können. Insoweit umfasst die Pflicht nach § 33 Absatz 1 auch Einweggetränkebecher, die nicht ganz oder teilweise aus

Kunststoff, sondern ausschließlich aus anderen Materialien bestehen wie etwa PPK. Dadurch wird bei der Verpflichtung in Bezug auf Einweggetränkebecher aus Kunststoff ein Ausweichen auf andere, in ökologischer Hinsicht ebenfalls problematische Einweggetränkebecher ausgeschlossen. Um den Letztverteilern eine hinreichende Vorbereitungszeit zu geben, sind diese Vorgaben erst ab dem 1. Januar 2022 einzuhalten.

Durch die Formulierung „gleiche Ware“ in § 33 Absatz 1 Satz 2 muss das Angebot der Ware in einer Einwegverpackung dem Angebot der Ware in einer Mehrwegverpackung exakt entsprechen. Es ist danach etwa nicht zulässig, dass der Kunde bei der Wahl einer Einwegverpackung eine größere Auswahl an unterschiedlichen Mengen und Größen der Ware hat als bei der Wahl einer Mehrwegverpackung. Wenn beispielsweise in einer Verkaufsstelle 0,2 l Kaffee in einer Einwegverpackung angeboten wird, so muss in dieser Verkaufsstelle auch 0,2 l Kaffee in einer Mehrwegverpackung zum Verkauf angeboten werden und dies darf nicht zu schlechteren Konditionen oder zu einem schlechteren Preis erfolgen. Die Regelung stellt zudem klar, dass die Wahl einer Mehrwegverpackung nicht durch einen höheren Preis oder schlechtere Angebotskonditionen unattraktiv für den Endverbraucher gemacht werden darf. Der Endverbraucher soll sich also möglichst frei und ohne Nachteile für eine Variante entscheiden können. Unbenommen davon bleibt die Möglichkeit, ein Pfand als Anreiz für die spätere Rückgabe zu erheben, sofern dieses nicht aufgrund seiner Höhe eine abschreckende Wirkung entfalten würde. Als schlechtere Konditionen für Mehrwegverpackungen gelten auch sonstige, nicht-monetäre Kaufanreize im Hinblick auf Einwegverpackungen wie etwa Treue-/Bonussysteme, Gewinnspiele oder sonstige Vorteile im Verkaufsprozess wie z. B. eine bevorzugte oder schnellere Abfertigung bei Wahl einer Einwegverpackung. Die Nutzung oder Rückgabe von Mehrwegverpackungen darf umgekehrt nicht mit unnötigen organisatorischen Hemmnissen belegt werden. Auch dürfen die Mehrwegverpackungen nicht übermäßig sperrig und unhandlich gestaltet sein.

In § 33 Absatz 2 wird eine Hinweispflicht aufgenommen, welche die Pflicht nach Absatz 1 flankiert. Diese Pflicht zu klaren und eindeutigen Informationen gegenüber den Endverbraucherinnen und Verbrauchern ist erforderlich, um eine größere Transparenz zu schaffen und es den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu ermöglichen, sich bewusst für eine Mehrwegalternative zu entscheiden, die ihren ökologischen Ansprüchen genügt. § 33 Absatz 2 Satz 1 richtet sich an Letztverreiber in Verkaufsstellen. § 33 Absatz 2 Satz 2 legt fest, dass die Hinweise nach § 33 Absatz 2 Satz 1 im Falle einer Lieferung von Waren, vor allem durch sogenannte Lieferservices, in den jeweils verwendeten Darstellungsmedien wie Katalog, Internetseite usw. entsprechend zu geben sind.

§ 33 Absatz 3 beschränkt die für Mehrwegverpackungen grundsätzlich geltende Rücknahmepflicht nach § 15 Absatz 1. Normalerweise beschränkt sich die Rücknahmepflicht für Letztverreiber gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 auf Verpackungen, die von solchen Waren stammen, die der Verreiber in seinem Sortiment führt. Gemäß § 33 Absatz 3 müssen die Letztverreiber nach Absatz 1 jedoch nur diejenigen Mehrwegverpackungen zurücknehmen, die sie selbst in Verkehr gebracht haben. Das schließt jedoch nicht aus, dass sie sich freiwillig an einem übergreifenden Mehrwegsystem beteiligen, das auch eine Rückgabe der Mehrwegverpackungen bei anderen Letztverteilern ermöglicht. Die übrigen Pflichten zur Rücknahme und Verwertung nach den Vorschriften des Verpackungsgesetzes bleiben bestehen.

Der neue § 34 Absatz 1 Satz 1 enthält eine Erleichterung für Letztverreiber, die nicht mehr als drei Mitarbeiter beschäftigen und deren Verkaufsfläche 50 Quadratmeter nicht überschreitet. Diese beiden Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein, damit der Letztverreiber von der Regelung Gebrauch machen kann. Die Regelung schafft eine Erleichterung insbesondere für kleine Unternehmen. Denn insbesondere für sehr kleine Unternehmen ist die Einrichtung eines Mehrwegsystems mit größeren finanziellen und organisatorischen Hürden verbunden. Deshalb können die unter die Sonderregelung fallenden Letztverreiber ihre Pflicht nach § 33 Absatz 1 Satz 1 auch dadurch erfüllen, dass sie es den Endverbrau-

chern ermöglichen, ihre eigenen Mehrwegbehältnisse zum Befüllen mit der Ware mitzubringen. Bei dieser Regelung handelt es sich jedoch nur um eine Option, die der Letztvertreiber nicht nutzen muss. Alternativ kann er sich auch dafür entscheiden, Mehrwegverpackungen – gegebenenfalls auch zusätzlich – anzubieten. Eine generelle Verpflichtung, dass Letztvertreiber nach § 34 Absatz 1 Satz 1 die Nutzung selbst mitgebrachter Behältnisse akzeptieren müssen, wird dadurch nicht statuiert. Ebenso wenig wird es Letztvertreibern, die nicht die persönlichen Kriterien des § 34 Absatz 1 Satz 1 erfüllen, untersagt, neben dem Angebot von Mehrwegverpackungen auch das Befüllen von selbst mitgebrachten Behältnissen anzubieten.

Um die Erleichterung nach § 34 Absatz 1 Satz 1 in Anspruch nehmen zu können, muss der Letztvertreiber die baulichen und technischen Voraussetzungen vorweisen, um eine unmittelbare Befüllung mitgebrachter Behältnisse in hygienisch unbedenklicher Weise vornehmen zu können. Um eine unmittelbare Befüllung handelt es sich nicht, wenn beispielsweise zunächst ein Einwegbehältnis zwischenbefüllt wird, das anschließend entsorgt wird. Der Inanspruchnahme dieser Erleichterung steht es nicht entgegen, wenn der Letztvertreiber die Befüllung eines vom Endverbraucher mitgebrachten Behältnisses im Einzelfall aus hygienischen Gründen, die das Behältnis betreffen, ablehnt. Da sich die Alternative nach § 34 Absatz 1 Satz 1 jedoch auf die Möglichkeit des Befüllens von selbst mitgebrachten Mehrwegbehältnissen bezieht, darf er die Befüllung nicht allein aufgrund der Tatsache ablehnen, dass es sich bei dem selbst mitgebrachten Behältnis um ein Mehrwegbehältnis handelt. Vielmehr käme er seiner Verpflichtung aus § 34 Absatz 1 Satz 1 nicht nach, wenn er sein Befüllungsangebot von vornherein auf Einwegbehältnisse beschränken würde.

§ 34 Absatz 1 Satz 2 regelt, dass die Vorgaben zur Preisbildung und zu den Angebotskonditionen nach § 33 Absatz 1 Satz 2 entsprechend für den Fall gelten, dass der Letztvertreiber keine Mehrwegverpackungen anbietet, sondern stattdessen die Nutzung von Mehrwegbehältnissen zulässt, die der Endverbraucher selbst mitgebracht hat.

Nach § 34 Absatz 2 gelten die Hinweispflichten nach § 33 Absatz 2 entsprechend, wenn der Letztvertreiber von der Erleichterung nach § 34 Absatz 1 Gebrauch macht.

Zu Nummer 28 (Abschnitt 8 neu „Schlussbestimmungen“)

Nummer 28 stellt eine redaktionelle Anpassung in Folge der Einfügung des neuen Abschnitts 7 dar.

Zu Nummer 29 (§ 35 neu „Beauftragung Dritter“)

Die Änderung der Paragrafennummerierung stellt eine redaktionelle Anpassung in Folge der Einfügung der neuen §§ 33 und 34 dar.

Nummer 29 fasst den bisherigen § 35 neu. Die Überschrift wird ausdrücklich um den neuen Regelungsinhalt, die Bevollmächtigung, erweitert. Der Inhalt des bisherigen § 35 ist künftig in § 35 Absatz 1 geregelt. § 35 Absatz 1 umfasst die Möglichkeit, einen Dritten mit der Aufgabenerfüllung zu beauftragen. Ausgenommen von dieser Möglichkeit ist die Registrierung nach § 9, die weiterhin von dem Hersteller selbst vorgenommen werden muss. Die bisherige Ausnahme, nach der auch die Datenmeldung gemäß § 10 nicht durch einen beauftragten Dritten erfolgen durfte, wird gestrichen.

In Umsetzung der Vorgaben aus Artikel 8a Absatz 5 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2008/98/EG wird ein eigener Absatz zur Bevollmächtigung aufgenommen. Nach § 35 Absatz 2 können Hersteller, die über keine Niederlassung im Geltungsbereich des Verpackungsgesetzes verfügen, einen Bevollmächtigten nach § 3 Absatz 14a mit der Erfüllung ihrer Herstellerpflichten beauftragen. Im Falle einer ordnungsgemäßen Bevollmächtigung ist der Bevollmächtigte im Hinblick auf die im Verpackungsgesetz geregelten Pflichten als Hersteller anzusehen und tritt somit in die Pflichtenstellung des beauftragenden Herstellers ein. Ausgenommen hiervon ist lediglich die Registrierungspflicht, welche weiterhin von dem

originären Hersteller wahrzunehmen ist. Der Bevollmächtigte selbst muss eine Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben und die Aufgaben im eigenen Namen wahrnehmen. Jeder Hersteller darf nur einen Bevollmächtigten beauftragen. Die Bevollmächtigung muss schriftlich und in deutscher Sprache erfolgen.

Zu Nummer 30 (§ 36 neu „Bußgeldvorschriften“)

Die Änderung der Paragrafennummerierung stellt eine redaktionelle Anpassung in Folge der Einfügung der neuen §§ 33 und 34 dar.

Im Übrigen passt Nummer 30 die Bußgeldvorschriften an.

Zu Buchstabe a (§ 36 Absatz 1)

Zu Doppelbuchstaben aa, bb, dd und ee

Die Änderungen nach den Doppelbuchstaben aa, bb, dd und ee dienen der Anpassung an die Änderungen und Ergänzungen in §§ 7 und 9 betreffend Betreiber eines elektronischen Marktplatzes und Fulfilment-Dienstleister.

Dabei kann ein Verstoß gegen die neuen Verbote für Betreiber eines elektronischen Marktplatzes und Fulfilment-Dienstleister gemäß § 36 Absatz 1 Nummer 5 und 5a – wie auch schon bei den bisherigen Vertriebsverboten – mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro geahndet werden.

Zu Doppelbuchstabe cc (§ 36 Absatz 1 Nummer 6)

Die Änderung in § 36 Absatz 1 Nummer 6 dient der Anpassung an die neue elektronische Hinterlegung der Mengenstromnachweise in § 17 Absatz 3.

Zu Doppelbuchstaben ff bis hh

Die formalen Änderungen sind aufgrund der dem bisherigen § 15 Absatz 4 zugewiesenen neuen Absatz 5 notwendig.

Zu Doppelbuchstabe ii (§ 36 Absatz 1 Nummer 17)

In Entsprechung zum bereits bestehenden Ordnungswidrigkeitstatbestand bei einem Verstoß gegen die entsprechende Vorschrift aus § 15 Absatz 3 Satz 3 wird auch der Verstoß gegen § 31 Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit den in Bezug genommenen Vorgaben nach § 15 mit einer Ordnungswidrigkeit belegt.

Auch der Verstoß gegen § 31 Absatz 3 in Verbindung mit § 15 Absatz 3 Satz 3 kann mit einem Bußgeld von bis zu hunderttausend Euro bewehrt werden.

Zu Doppelbuchstabe jj

Doppelbuchstabe jj ergänzt die Bußgeldvorschriften gemäß § 36 Absatz 1 um die Nummer 20a.

Diese Regelungen dient der Umsetzung von Artikel 14 der Richtlinie (EU) 2019/904. Hier-nach haben die Mitgliedstaaten Vorschriften über Sanktionen bei Verstößen gegen die in der Richtlinie enthaltenen Vorschriften zu erlassen.

Die neue Vorschrift normiert einen Verstoß gegen die Vorgaben nach § 30a Absatz 1 Satz 1 oder 2 als Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Die Geldbuße kann dabei jeweils bis zu 10.000 Euro betragen.

Zu Doppelbuchstaben kk und ll (§ 36 Absatz 1 Nummer 26 und 27)

Die formalen Änderungen sind aufgrund der Ergänzungen der neuen § 36 Absatz 1 Nummer 28 bis 30 notwendig.

Zu Doppelbuchstabe mm (§ 36 Absatz 1 Nummer 28 bis 30 neu)

Die Bußgeldvorschriften gemäß § 36 Absatz 1 werden ergänzt um die Nummern 28 bis 30.

Diese Regelungen dienen auch der Umsetzung von Artikel 14 der Richtlinie (EU) 2019/904. Hiernach haben die Mitgliedstaaten Vorschriften über Sanktionen bei Verstößen gegen die in der Richtlinie enthaltenen Vorschriften zu erlassen.

Die neuen Vorschriften nach § 36 Absatz 1 Nummer 28 bis 30 normieren einen Verstoß gegen die Vorgaben nach § 33 Absatz 1 Satz 1 oder 2 oder Absatz 2 Satz 1 oder 2 auch in Verbindung mit § 34 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 Satz 2 als Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Ein Verstoß gegen § 33 Absatz 1 Satz 1 liegt nicht vor, wenn der Letztvertreiber in zulässiger Weise von der Erleichterung nach § 34 Absatz 1 Satz 1 Gebrauch macht.

Die Geldbuße kann dabei jeweils bis zu 10.000 Euro betragen.

Zu Buchstabe b (§ 36 Absatz 2)

Die Änderung und Ergänzung in § 36 Absatz 2 dient der Anpassung an die geänderten Regelungsinhalte in § 36 Absatz 1.

Zu Nummer 31 (§ 37 neu „Einziehung“)

Vor Inkrafttreten des Verpackungsgesetzes am 1. Januar 2019 bestand die Möglichkeit, Gegenstände einzuziehen, die sich auf bestimmte Bußgeldtatbestände der Verpackungsverordnung bezogen oder die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind. Dies ergab sich durch eine Bezugnahme in § 15 Absatz 1 der früheren Verpackungsverordnung auf § 69 Absatz 1 Nummer 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Für die Ordnungswidrigkeiten nach § 69 Absatz 1 Nummer 8 ist in § 70 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ausdrücklich die Möglichkeit der Einziehung vorgesehen.

Das neue Verpackungsgesetz enthält in § 36 nun eigenständige Bußgeldvorschriften und nimmt dabei nicht mehr auf § 69 Absatz 1 Nummer 8 und § 70 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Bezug. Da eine Einziehung von Gegenständen nach den §§ 22 und 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten nur dann zulässig ist, wenn das entsprechende Gesetz dies ausdrücklich zulässt, ist nach dem derzeitigen Verpackungsgesetz eine Einziehung im Ordnungswidrigkeitenverfahren nicht mehr möglich.

Diese Vollzugslücke soll durch den neuen § 37 geschlossen werden, indem er ausdrücklich die Möglichkeit einer Einziehung von Gegenständen unter den Voraussetzungen der §§ 22 und 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vorsieht. Er entspricht dabei inhaltlich dem § 70 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Zu Nummer 32

Die Änderung stellt eine redaktionelle Anpassung in Folge der Einfügung der neuen §§ 33, 34 und 37 dar.

Zu Nummer 33 (§ 38 Absatz 6 neu)

Die Übergangsvorschrift dient der Rechtssicherheit. Die finanzielle Leistungsfähigkeit von Systemen, die bereits vor dem Inkrafttreten der neu in § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4

aufgenommenen Genehmigungsvoraussetzung genehmigt wurden, gilt nach § 37 Absatz 6 Satz 1 neu zunächst als gegeben. Ab der ersten, auf das Inkrafttreten des Gesetzes folgenden Meldungsfrist nach § 20 Absatz 5 Satz 1, dem 31. März 2022, müssen die vor der Ergänzung dieser Genehmigungsvoraussetzung im Verpackungsgesetz bereits genehmigten Systeme die gleichen Nachweisanforderungen nach § 20 Absatz 5 und 6 erfüllen wie neu hinzukommende Systeme.

Die Übermittlung der Meldungen nach § 37 Absatz 6 Satz 2 neu an die zuständigen Landesbehörden stellt sicher, dass die zuständige Genehmigungsbehörde über alle für die Genehmigung nach § 18 Absatz 1 Satz 1 notwendigen Informationen auch bezogen auf bereits bestehende Systeme verfügt. Nachdem einmalig im Jahr 2022 diese zusätzliche Meldung betreffend die finanzielle Leistungsfähigkeit bereits bestehender Systeme an die zuständige Genehmigungsbehörde erfolgt ist – unabhängig vom Vorliegen von Anhaltspunkten für ein Fehlen der finanziellen Leistungsfähigkeit –, gilt § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 8a für bestehende wie für neue Systeme in gleicher Weise.

Zu Nummer 34 (Anlage 2)

Zu Buchstabe a (Anlage 2 Nummer 1)

Die Änderung dient der Anpassung an die geltende Chemikalien-Verbotsverordnung.

Zu Buchstabe b (Anlage 2 Nummer 2)

Die Änderung stellt eine Anpassung an die geltende Fassung der in Bezug genommenen Rechtsnorm dar.

Zu Buchstabe c (Anlage 2 Nummer 3)

Die Änderung stellt eine Anpassung an die geltende Fassung der in Bezug genommenen Rechtsnorm dar.

Zu Nummer 35 (Anlage 6 neu)

Mit Nummer 35 wird die neue Anlage 6 angefügt.

Die neue Anlage 6 dient der Umsetzung von Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe c der Richtlinie 2008/98/EG. Die in der Anlage 6 normierten Informationen sind der Zentralen Stelle zur Verfügung zu stellen, damit diese die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Systems nach § 20 Absatz 5 und 6 beurteilen kann. Die Regelung orientiert sich an Anlage 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes.

Zu Artikel 2 (Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes)

Zu Nummer 1 und Nummer 2 (§ 30 Absatz 6 und § 33 Absatz 2 Nummer 2)

Die Änderungen in Nummer 1 und Nummer 2 dienen der Umsetzung von Artikel 11 der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (ABl. L 155 vom 12.6.2019, S. 1). Die Vorschrift regelt, dass die zur Umsetzung und Durchführung der Richtlinie getroffenen Maßnahmen integraler Bestandteil bestimmter Pläne und Programme werden. Dazu zählen neben weiteren auch die Abfallbewirtschaftungspläne der Länder gemäß § 30 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und die Abfallvermeidungsprogramme gemäß § 33 KrWG.

Nummer 1 Buchstabe b erweitert daher die Mindestinhalte der Abfallbewirtschaftungspläne in § 30 Absatz 6 KrWG und fügt dazu eine neue Nummer 10 an. Buchstabe a enthält die notwendige Folgeänderung.

Nummer 2 Buchstabe c erweitert gleichlautend die Mindestinhalte des Abfallvermeidungsprogramms in § 33 Absatz 2 Nummer 2 KrWG und fügt dazu einen Buchstaben n an. Die Buchstaben a und b enthalten die notwendigen Folgeänderungen.

Eine konkrete Frist zur Anpassung der Programme sieht die Richtlinie dabei nicht vor. Da die Abfallbewirtschaftungspläne gemäß § 31 Absatz 5 KrWG bzw. § 33 Absatz 9 Satz 1 KrWG alle sechs Jahre zu evaluieren und bei Bedarf fortzuschreiben sind, sind die bis dahin getroffenen Maßnahmen nach der Richtlinie (EU) 2019/904 bei nächster Gelegenheit, also spätestens bei der nächsten Fortschreibung, entsprechend anzupassen. Das Abfallvermeidungsprogramm wurde bereits 2020 fortgeführt und enthält einen Hinweis auf die Maßnahmen der Richtlinie (EU) 2019/904. Verfahren zur Aufstellung von Abfallbewirtschaftungsplänen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelung bereits durchgeführt werden, können durch die in Nummer 4 enthalten Übergangsvorschrift auf der Grundlage des bestehenden Kreislaufwirtschaftsgesetzes abgeschlossen werden (s.u.).

Zur Vereinfachung der Umsetzung werden die vielfältigen Maßnahmen der Richtlinie zukünftig auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums (www.bmu.de/GE883) beschrieben sowie die betroffenen Gesetze, Verordnungen sowie sonstigen Maßnahmen aufgeführt. Die Seite wird laufend aktualisiert, so dass in den Plänen und Programmen darauf Bezug genommen werden kann. Eine zusätzliche Aufführung der jeweiligen Maßnahmenprogramme wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Zu Nummer 3 (§ 46)

Die Änderungen in Nummer 3 dienen der Umsetzung von Artikel 10 der Richtlinie (EU) 2019/904. Die Vorschrift regelt Sensibilisierungsmaßnahmen gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verminderung der Vermüllung der Umwelt. Die Richtlinie verfolgt insgesamt das Ziel, Kunststoffeinträge in die Umwelt zu verringern. Die gesamten Regelungen der Richtlinie und damit auch die Sensibilisierungsmaßnahmen beziehen sich dabei jeweils auf bestimmte Einwegkunststoffprodukte. Da das Kreislaufwirtschaftsgesetz bereits allgemeine Aufklärungspflichten über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen für den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger normiert, sind lediglich Konkretisierungen der bestehenden Regelung erforderlich.

In Absatz 2 wird durch die neue Nummer 2 Artikel 10 Buchstabe a der Richtlinie umgesetzt. Demnach sind die Verbraucherinnen und Verbraucher im Rahmen der Beratung über die Abfallvermeidung auch über die Verfügbarkeit von Mehrwegprodukten aufzuklären. Die Aufklärung beschränkt sich dabei nicht auf das Mehrwegprodukt, sondern umfasst auch weitere Informationen über das gesamte Wiederverwendungssystem. Dazu zählen bspw. die Logistik der Rücknahme und mögliche Anreize zur Teilnahme an dem Wiederverwendungssystem, wie die Erhebung eines Pfandes. Insgesamt kann dadurch der Einsatz von Einwegkunststoffprodukten nach Teil G der Richtlinie begrenzt werden.

Die neu eingefügte Nummer 2 in Absatz 3 konkretisiert die bereits bestehende Pflicht zur Beratung über die Abfallverwertung, insbesondere die getrennte Sammlung von Abfällen dahingehend, dass auch die Auswirkungen einer nicht ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf die Umwelt, insbesondere die Meeresumwelt, abzubilden sind. Dieser Aspekt spielt bereits in der praktischen Umsetzung der Beratung eine große Rolle, ist aber gesetzlich noch nicht verankert. Dadurch wird Artikel 10 Buchstabe b der Richtlinie umgesetzt. Eine vergleichbare Pflicht wird durch die Änderung von § 14 Absatz 3 des Verpackungsgesetzes ergänzend auch für die dualen Systeme normiert. Die parallele Regelung von Sensibilisierungsmaßnahmen im Kreislaufwirtschaftsgesetz und im Verpackungsgesetz trägt zu einer effektiven Umsetzung der Richtlinienvorgaben bei.

Die neu eingefügte Nummer 3 in Absatz 3 setzt Artikel 10 Buchstabe c der Richtlinie um. Die Beratung umfasst demnach auch die Information über die Auswirkungen einer nicht

ordnungsgemäßen Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf Abwasseranlagen. Relevant sind dabei vor allem die nach dem Gebrauch von Hygieneartikeln und Feuchttüchern sowie Tabakprodukten mit Filtern entstehenden Abfälle. Neben den Umwelt- und Gesundheitsfolgen kann eine nicht ordnungsgemäße Verwertung und Beseitigung zusätzlich wirtschaftliche Schäden an den Kanalisationsnetzen, bspw. durch verstopfte Rohre und Pumpen, hervorrufen. Eine ausdrückliche Normierung der Informationspflicht ist daher geboten.

Zu Nummer 4 (§ 72 Absatz 2)

Die Änderungen in Nummer 4 dienen dazu, für die Länder eine klare Vorgabe zu schaffen, ab wann spätestens die neuen erweiterten Vorgaben hinsichtlich Informationen und Sensibilisierung sowie weiterer mit Blick auf Einwegkunststoffprodukte abzubildenden Maßnahmen in den Abfallwirtschaftsplänen berücksichtigt werden müssen. Vergleichbar der Übergangsvorschrift für die mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2008/98/EG vorgesehene Regelung wird dabei auf den Zeitpunkt des Endes der Umsetzungsfrist der Richtlinie (EU) 2019/ 904, also den 3.7.2021, abgestellt.

Zu Artikel 3 (Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die Änderungen dienen der Umsetzung von Artikel 11 der Richtlinie (EU) 2019/904. Die Vorschrift regelt, dass die zur Umsetzung und Durchführung der Richtlinie getroffenen Maßnahmen integraler Bestandteil bestimmter Pläne und Programme werden. Dazu zählen neben weiteren auch die Maßnahmenprogramme nach § 45 h und § 82 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

Nummer 1 Buchstabe c enthält die Vorgabe für die Maßnahmenprogramme nach § 45 h Absatz 1 WHG. Die Buchstaben a und b enthalten die notwendigen Folgeänderungen. Nummer 2 enthält die Vorgabe für die Maßnahmenprogramme nach § 82 Absatz 1 WHG.

Eine konkrete Frist zur Anpassung der jeweiligen Programme sieht die Richtlinie (EU) 2019/904 dabei nicht vor. Da die Maßnahmenprogramme gemäß § 45 j WHG bzw. § 84 Absatz 1 WHG alle sechs Jahre zu überarbeiten sind, sind die Programme um die bis dahin nach der Richtlinie getroffenen Maßnahmen bei nächster Gelegenheit, also zum nächsten Fortschreibungszeitpunkt, entsprechend zu ergänzen.

Zur Vereinfachung der Umsetzung werden die vielfältigen Maßnahmen der Richtlinie (EU) 2019/904 zukünftig auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums (www.bmu.de/GE883) beschrieben sowie die betroffenen Gesetze, Verordnungen sowie sonstigen Maßnahmen aufgeführt. Die Seite wird fortlaufend aktualisiert, so dass in den Plänen und Programmen darauf Bezug genommen werden kann. Eine zusätzliche Aufführung der jeweiligen Maßnahmen in den betroffenen Maßnahmenprogrammen wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)

Artikel 4 regelt gemäß Artikel 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes das Datum des Inkrafttretens des Gesetzes.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 tritt das Gesetz vorbehaltlich der unter Absatz 2 und 3 geregelten Ausnahmen am 3. Juli 2021 in Kraft. Bis zu diesem Tag sind die Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/904 vorbehaltlich spezifischer Sonderregelungen hierzu in nationale Maßnahmen umzusetzen.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 treten bestimmte Neuregelungen, die der Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsbereich dienen, erst am 1. Januar 2022 in Kraft. Das Inkrafttreten dieser Regelungen erst zum 1. Januar 2022 ist europarechtlich zulässig. Nach Artikel 8a Absatz 7 der Richtlinie 2008/98/EG müssen bereits vor dem 4. Juli 2018 errichtete Regime der erweiterten Herstellerverantwortung den Vorgaben der Abfallrahmenrichtlinie erst bis zum 5. Januar 2023 entsprechen.

Ebenfalls erst zum 1. Januar 2022 in Kraft treten sollen die Erweiterung der Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen nach § 31 sowie die Anpassung der Anlage 2 zu den schadstoffhaltigen Füllgütern, um eine unterjährige Auswirkung auf die Systembeteiligung der betroffenen Hersteller zu vermeiden.

Schließlich werden auch die impliziten Prüfpflichten für Marketplace-Betreiber und Fulfillment-Dienstleister in § 7 Absatz 7 (neu) und § 9 Absatz 5 erst am 1. Januar 2022 in Kraft treten, um den Betroffenen ausreichend Zeit für die Einrichtung entsprechender Prüfmechanismen (z. B. in der Betriebssoftware) zu geben.

Zu Absatz 3

Die Regelung des Inkrafttretens von Artikel 3 in Absatz 3 ist Folge von Artikel 72 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes. Danach treten Bundesgesetze auf dem Gebiet des Wasserhaushalts (ohne stoff- und anlagenbezogene Regelungen) frühestens sechs Monate nach ihrer Verkündung in Kraft, soweit nicht mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmt ist. Durch diese Verzögerung beim Inkrafttreten wird EU-Recht nicht verletzt, da die Maßnahmenprogramme gemäß § 45j WHG beziehungsweise § 84 Absatz 1 WHG alle sechs Jahre zu überarbeiten sind, und die Programme um die bis dahin nach der Richtlinie getroffenen Maßnahmen bei nächster Gelegenheit, also zum nächsten Fortschreibungszeitpunkt, entsprechend ergänzt werden.